Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Leipziger Gemeinde-synagoge

arani

Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Leipziger Gemeindesynagoge

1855–1930
Leipzig

Mit einem Vorwort
von Fred Grubel, New York



arani

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2026

Herausgegeben von der
Ephraim Carlebach Stiftung

© arani-Verlag GmbH, Berlin 1994
Printed in Germany
Schubereinband: Hauke Sturm, Berlin
Gesamtherstellung: WB-Druck, Rieden
ISBN 3-7605-8657-0 (Schuber)
ISBN 3-7605-8662-7

Festschrift zum 75jährigen Bestehen
der Leipziger Gemeindesynagoge

Vorwort zur Neuausgabe der „Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Leipziger Gemeindesynagoge"

Die Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Leipziger Gemeindesynagoge wurde in der Tat die Abschiedsgabe einer Gemeinde, die ein Jahrzehnt später grausamst vernichtet wurde, eine Schrift zur Erinnerung an ein von Brandmördern zerstörtes Gotteshaus.

Ihr Herausgeber, Gemeinderabbiner Gustav Cohn, s. A., starb den Märtyrertod in Auschwitz.

Der Existenzkampf der Gemeinde in den Jahren der Verfolgung spiegelt sich in einem Artikel, den ich als junger Verwaltungsdirektor der Gemeinde im Jahre 1937 im Gemeindeblatt veröffentlicht habe. Ein Auszug davon sei hier nochmals zum Andenken an die tapferen und aufrechten Menschen dieser Gemeinde abgedruckt.

Wie steht die Gemeinde? (Auszug)

Die immer klarer hervortretende Tatsache, daß wir Juden in erster Linie für- und miteinander leben müssen, hat einerseits bisher unbekannte Zusammenschlüsse von größter Bedeutung geschaffen, voran die Reichsvertretung der Juden in Deutschland, während andererseits die schon von altersher bestehenden jüdischen Gemeinden nach Aufgaben und Arbeiten trotz Beibehaltung der überlieferten Formen einen sehr starken Bedeutungswandel durchgemacht haben.

Diese allgemeine, in allen jüdischen Gemeinden Deutschlands spürbare Entwicklung hat im stärksten Maß sich auch auf unsere Leipziger Gemeinde ausgewirkt. Der große Problemkreis der beruflichen Umschichtung, der beruflichen Ausbildung und vor allem der produktiven Auswanderungshilfe hat zur Gründung des bei der Gemeinde bestehenden Sozialamtes geführt. In dem Sozialamt wird eine noch vor wenigen Jahren ganz und gar ungeahnte und völlig neuartige Arbeit geleistet, um die Juden des Leipziger Bezirkes zu solchen Lebensberufen heranzubilden oder umzubilden, die nach den Erfahrungen der letzten Zeit krisenfester und in einem gewissen

Sinne natürlicher sind, als die Berufe und Gewerbe, denen bisher in erster Linie die Tätigkeit der jüdischen Bevölkerung gegolten hat.

Als ein anderer großer Zweig der Gemeindeverwaltung ist das jüdische Schulwerk herangewachsen. Hier konnte auf die Gründung unseres sel. Rabbiners Dr. Carlebach aufgebaut werden, und im Laufe der letzten zwei Jahre ist die Schülerzahl des Schulwerkes, das Volksschule, Knabenschule und höhere Mädchenschule umfaßt, von etwa 400 auf 1100 gestiegen. Somit werden rund 80–85% sämtlicher jüdischen Schulkinder Leipzigs vom jüdischen Schulwerk erfaßt.

Daß durch die Neueinrichtung der jüdischen Winterhilfe eine ungeahnte Ausdehnung der Wohlfahrtspflege der Gemeinde entstanden ist, ist wohl allgemein bekannt. Die schwierige Neuarbeit unseres Wohlfahrtsamtes, die durch die Betreuung der für Leipzig stark ins Gewicht fallenden, wirtschaftlich besonders notleidenden kleinen Händler und Wandergewerbetreibenden und vieles andere mehr sei hier nur kurz erwähnt.

Dabei muß sich unser Wohlfahrtsamt nur mit der allernotdürftigsten Hilfeleistung begnügen.

Wenn man bedenkt, daß mehr als die Hälfte der Gemeindemitglieder noch nicht einmal ein steuerpflichtiges Einkommen haben und daß weit über 50% des Steuereinkommens nur von einer kleinen Anzahl von Steuerzahlern aufgebracht werden, so zeigt sich die überaus große Schwierigkeit für die Finanzverwaltung unserer Gemeinde. Die für Leipzig charakteristischen kleinen wirtschaftlichen Existenzen sind in erschreckendem Maße zum Zusammenbruch verurteilt.

Daß auch die jüdische Angestelltenschaft auf einem wirtschaftlich schwierigen Posten steht, ist bekannt. Und es ist gewiß die in allernächster Zeit der Lösung harrende brennende Frage, wie verarmte und aus allen möglichen Gründen nicht mehr erwerbsfähige Eltern, deren Kinder ausgewandert sind, aber die Eltern vom Ausland her nicht oder nicht ausreichend unterstützen können, vor dem rein körperlichen Untergang bewahrt werden können.

Die Gemeinde hat nicht, wie es andere Gemeinden haben, irgendwelche ins Gewicht fallende Reserven, von denen sie in dieser schwierigen Zeit zehren kann.

Die Gemeinde kann überhaupt nur weiter leben, wenn ihr Finanzbedarf laufend von ihren Gemeindemitgliedern aufgebracht wird.

Die Gemeindevertretung hat nach langen und schweren Beratungen sich nunmehr entschließen müssen, den Steuersatz für die Gemeindeanlage 1936 auf 33 1/3% der Einkommenssteuer festzusetzen.

Die Frage: „Wie steht die Gemeinde?" ist also kurz damit zu beantworten:

Die jüdische Gemeinde Leipzig ist arm. Die jüdische Gemeinde Leipzig hat unerhörte Aufgaben in sozialer, in geistiger und in seelischer Hinsicht zu leisten. Die jüdische Gemeinde Leipzig steht und fällt mit dem Verantwortungsgefühl ihrer Mitglieder, und mit der jüdischen Gemeinde Leipzig steht und fällt die Existenz von vielen Tausenden von Juden, die in dieser Stadt wohnen und deren Gegenwart und Zukunft ohne die Hilfe der Gemeinde Not und Verzweiflung sein würden.

Dr. Fred Grubel — New York, Mai 1994

Gestiftet

von

Geheimrat Sieskind-Sieskind's Erben

den Familien

Sieskind — Schreiber — Maas

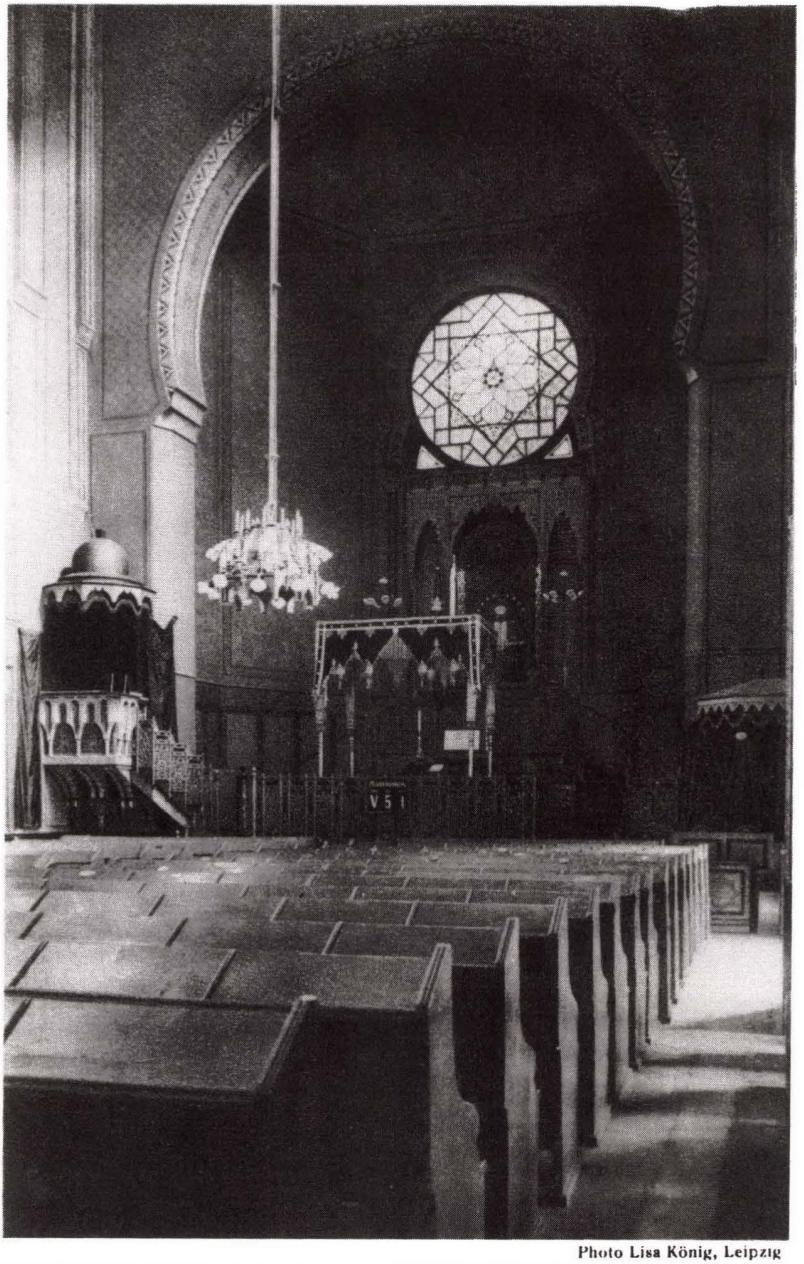


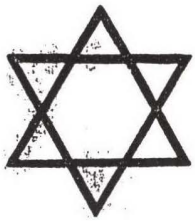
Photo Lisa König, Leipzig

Im Inneren der Gemeindesynagoge — Blick auf den Ostteil.

AUS GESCHICHTE UND LEBEN DER JUDEN IN LEIPZIG

FESTSCHRIFT ZUM 75JÄHRIGEN BESTEHEN DER LEIPZIGER GEMEINDE-SYNAGOGE

HERAUSGEGEBEN VOM VORSTAND DER ISRAELITISCHEN RELIGIONSGEMEINDE

1855  1930

LEIPZIG

UMSCHLAG- UND EINBANDENTWURF: EDWIN BERNSTEIN, LEIPZIG
BILDER IN KUPFERTIEFDRUCK: MAX BRESLAUER, GRAPH. KUNST-
ANSTALTEN, LEIPZIG S 3 / DRUCK VON AUGUST PRIES IN LEIPZIG

VORWORT

Die Kenntnis der Vergangenheit einer Gemeinde hat nicht nur einen rein geschichtlichen Wert, sondern schafft dauernd jeder Gegenwart lebendigste Bedeutung: Sie bindet die Lebenden fester an die Gemeinde, weil sie den Stolz auf das früher geschaffene Werk weckt und damit auch das Gefühl der Verpflichtung, es zu erhalten und der Zukunft größer und schöner zu übermitteln.

Darum wurde seit vielen Jahren schon der Mangel einer Darstellung der Geschichte der Juden in Leipzig lebhaft empfunden. Schon 1917 wurde der Beschluß gefaßt, an die Bearbeitung dieses Werkes zu gehen. Der sel. Prof. Dr. Porges, der sich schon mit Studien zur Geschichte der Juden in Leipzig befaßt hatte, wurde gebeten, die Arbeit zu übernehmen. Er erklärte jedoch, daß er in absehbarer Zeit das Werk nicht zu Ende führen könnte. Nach Beendigung des Krieges befaßte sich der damals hier wirkende Rabbiner Dr. Reinhold Lewin erneut mit dem Plane. Infolge seiner Berufung nach Königsberg i. Pr. wurden jedoch auch diese Arbeiten unterbrochen. Inflation und andere Nachkriegsnöte ließen den immer wieder erörterten Gedanken nicht zur Verwirklichung führen.

Die hochherzige Stiftung der Erben von Geheimrat Sieskind-Sieskind gibt uns die Möglichkeit, jetzt, gelegentlich der Feier des 75jährigen Bestehens unserer Gemeindesynagoge, einen Überblick über die Geschichte unserer Gemeinde zu veröffentlichen. Es sei nicht unterlassen, dafür den Stiftern an dieser Stelle aufrichtigen Dank auszusprechen.

Durch den Charakter des Buches als Festschrift war hinsichtlich des Umfanges und damit auch der inhaltlichen Gestaltung Begrenzung gegeben. Was die Festschrift bietet, kann naturgemäß noch nicht *die* Geschichte der Juden in Leipzig darstellen. Doch glauben wir, daß es gelungen ist, das Bild einigermaßen zu runden und dabei die Probleme aufzuzeigen, die in der hoffentlich bald zu verwirklichenden vollständigen Behandlung zu lösen sind.

Wir danken allen denen, die an dem Zustandekommen dieser Festschrift mitgewirkt haben, den auswärtigen und Leipziger Mitarbeitern, die Beiträge für den Textteil zur Verfügung gestellt haben, wie auch denen, die durch Überlassung von Bildmaterial zur Belebung der Festschrift beigetragen haben.

Ganz besonders danken wir Herrn *Gemeinderabbiner Gustav Cohn,* der liebenswürdigerweise sich der Mühe unterzogen hat, die umfangreichen Vorarbeiten sowie die inhaltliche und technische Bearbeitung der Festschrift auszuführen.

Leipzig, den 21. August 1930.

Der Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

INHALTSÜBERSICHT

Seite

Vorwort 5

Inhaltsübersicht 6

Zur Geschichte der Juden in Leipzig:

Frühzeit und Übergang. Von Rabbiner Gustav Cohn . . 7

Juden als Meßgäste in Leipzig. Von Dr. Max Freudenthal (Nürnberg) 16

Die Entstehung der Israelitischen Religionsgemeinde. Von Dr. J. Jacobson (Berlin) 27

Die Entwicklung der gottesdienstlichen Verhältnisse bis zur Einweihung der Synagoge. Von Rabbiner Gustav Cohn 43

Der Tempelbau. Von Arch. B.D.A. Wilhelm Haller . . . 56

Aus kleinen Anfängen zur Großgemeinde:

Zahlen. Von Verwalt.-Dir. Gustav Katzenstein 61

Der Weg. Von G. C. 63

Verfassung 64

Vorsteher 65

Rabbiner 66

Kantoren 68

Religionsunterricht 69

Friedhöfe 70

Stiftungen und Fürsorge 71

Stellung der Gemeinde zum Gesamtjudentum . . 72

Die gegenwärtige Gemeinde:

Der Charakter der Leipziger Gemeinde. Von Dr. Felix Goldmann 75

Wohlfahrtswesen und Vereine der Leipziger Gemeinde. Von Dr. Felix Goldmann 81

ZUR GESCHICHTE DER JUDEN IN LEIPZIG

FRÜHZEIT UND ÜBERGANG

VON RABBINER GUSTAV COHN

Die Geschichte der Juden in Leipzig zeigt, im Vergleich zu der anderer Gemeinden, eine Besonderheit insofern, als in ihr nicht jene zeitliche Lücke klafft, die bei den meisten Gemeinden zwischen der frühmittelalterlichen und der neuzeitlichen Gemeinde bestand. War auch Leipzig Jahrhunderte hindurch Juden als Wohnsitz verschlossen, so hielten sich in den Zeiten der Messen Hunderte und Tausende von Juden regelmäßig dreimal im Jahre mehrere Wochen hindurch hier auf. Es enstanden Beziehungen, die doch eine gewisse Festigkeit besaßen und diese Meßgäste als „Juden in Leipzig" bezeichnen lassen.

So können wir für die Geschichte der Juden in Leipzig drei Abschnitte unterscheiden: die Zeit der ältesten Gemeinde, die Zeit der Messebesucher und die neuzeitliche Gemeinde.

Die älteste Nachricht über eine jüdische Gemeinde in Leipzig verdanken wir einer Quelle, die ganz anderem Zwecke zu dienen bestimmt war als einer historischen Festhaltung, die aber gerade deshalb um so zuverlässiger verwertet werden darf: einer religiösen Anfrage aus der Mitte des 13. Jahrhunderts. R. Samuel b. Schabtai, der Schwiegersohn des als Autorität auf dem Gebiete des rabbinischen Gesetzes außerordentlich geschätzten *R. Isaak* zu Wien (nach seinem wichtigen religionsgesetzlichen Werke) *Or sarua* genannt, erbat und erhielt von diesem Entscheidung in einer Streitfrage, die sich in der damaligen Leipziger Gemeinde abspielte[1]). Aus den bei der Schilderung des Falles erwähnten Einzelheiten ist zu ersehen, daß zu jener Zeit in Leipzig (damals Lipsk genannt) eine Synagoge bestand, die von einer Gemeinde unterhalten wurde. Es liegt die Annahme nahe, daß der genannte R. Samuel selbst in Leipzig ansässig war[2]); daß schon zu jener Zeit in Leipzig „gelernt", d. h. im jüdischen Gesetz geforscht wurde, wird in der Anfrage klar ausgesprochen.

Weder die Anfrage noch die Antwort sind datiert. Doch

[1]) M. Hoffmann, Der Geldhandel der deutschen Juden während des MA. Anh. Nr. 77, Abs. 2 u. 3.

sprechen deutliche Hinweise dafür, daß beide zwischen 1225 und 1250 zu setzen sind: R. Isaak Or sarua ist um die Mitte des 13. Jahrhunderts gestorben; sein Schwiegersohn hatte zu jener Zeit eine heiratsfähige Tochter[2]), muß also schon in reiferen Jahren gewesen sein.

Diese sicheren Unterlagen berechtigen zu der Annahme, daß spätestens um die Wende des 12. Jahrhunderts Juden in Leipzig in ausreichender Zahl ansässig waren, um die einer Gemeinde obliegenden Einrichtungen zu schaffen und zu erhalten. Schon weit früher dürften Juden, von Halle und Merseburg aus, wo sie nachweislich seit dem 10. Jahrhundert Wohnsitze hatten, als Kaufleute nach Leipzig gekommen sein. Ihre Niederlassung dürfte aber erst nach 1160 begonnen haben, seitdem „Markgraf Otto der aufstrebenden Gemeinde auf ihre Bitte Stadtrecht verlieh, indem er zugleich einen großen Erweiterungsplan für die Stadt festsetzte“[3]). Bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts nahm ihre Zahl dann in solchem Umfange zu, daß sie einen günstigen Einfluß auf das wirtschaftliche Leben der Stadt üben konnten. Die älteren Leipziger Chronisten: August Ludwig Schlözer[4]), F. G. Leonhardi[5]), M. Johann Christian Dolz[6]) u. a. stimmen in der Feststellung solcher Bedeutung überein. Die Anerkennung, die Heinrich der Erlauchte in einer 1248 datierten Urkunde den Juden ausspricht, „daß sie durch Geschäftigkeit und Eifer die Bürgerschaft in Handel unterstützt“ hätten, kommt sicherlich auch den in Leipzig ansässigen Juden zu[7]).

Ihre Wohnungen hatten jene Juden in der Gegend des Fleischerplatzes. Im Stadtbuche von Leipzig wird (1359) eine Judengasse erwähnt, die sich von der Barfußmühle an der Pleiße hin erstreckte[8]). Eine besondere Pforte führte zu ihr hin. Hier hat sicherlich auch eine Synagoge gestanden, deren eine Urkunde von 1352 Erwähnung tut[9]).

Das Wohnrecht der Juden war, wie auch in den anderen deutschen Ländern, an besondere Abgaben geknüpft, die nach den aus der Mitte des 14. Jahrhunderts bekannten Zahlen recht hoch bemessen waren. Für ihre Zulassung in Leipzig zahlten

---

[2]) Germania Judaica I, 156.

[3]) Wustmann, Geschichte der Stadt Leipzig (1905) 14.

[4]) Kl. Chronik von Leipzig I. Theil Leipzig 1776 ed. August Ludwig Schlözer.

[5]) Gesch. Beschreibung der Kreis- und Handelsstadt Leipzig (1799).

[6]) Versuch einer Geschichte Leipzigs (Leipzig 1818).

[7]) A. Levy, Geschichte der Juden in Sachsen (1900), S. 8.

[8]) Cod. dipl. Sax. II, 8 Nr. 66, Anm.

[9]) Ebd. Nr. 44. — Vgl. auch Wustmann a. a. O. 172.

1364 die Juden Samson und Aaron 60 Gulden an die Kammer[10]). Für die Aufbringung des Schutzgeldes (1368: 1000 Gulden) haftete die Gesamtheit der Juden des Landes, und die Leipziger Gemeinde hatte dabei nicht wenig beizutragen[11]). Besonderer Verdienste wegen wurde Einzelnen die Zahlung auf bestimmte Zeit erlassen[12]); doch dürfte dies eine seltene Ausnahme gewesen sein.

Einige Geschichtsschreiber sprechen von Verfolgungen, denen die Leipziger Juden zur Zeit des schwarzen Todes ausgesetzt gewesen seien, und die 1349 zu ihrer Vertreibung aus der Stadt geführt hätten[13]). Es ist nicht unwahrscheinlich, daß, wie anderwärts, auch die Juden unserer Stadt Heimsuchungen infolge der Pest ausgesetzt waren, daß sie vielleicht auch früher oder später, vielleicht auch wiederholt, vertrieben wurden. Sichere Nachrichten darüber sind nicht bekannt. Jedenfalls waren auch im 15. Jahrhundert Juden hier ansässig und allem Anschein nach nicht ohne Bedeutung für die Stadt. Wustmann läßt es zweifellos an unbefangener Gerechtigkeit fehlen, wenn er nicht ohne hämischen Unterton die Nachrichten wertet[14]), die über die geschäftlichen Beziehungen zwischen den Juden und ihren nichtjüdischen Mitbürgern aus der Zeit von etwa 1420—1450 vorliegen. Es war sicher ehrlich gemeint, wenn der Rat 1430 in seinem Aufnahmebrief für den Juden Abraham erklärte, er sichere ihm Schutz und Hilfe zu um der „gunst unde Dinste willen die Abraham Jude der Stad Lipczk digke unde vil getan had unde noch tun wirt"; er erfüllte damit das Geheiß des Kurfürsten Friedrich und des Herzogs Siegmund von Sachsen, Landgrafs von Thüringen, die auch ihrerseits dem Genannten mit Familie und Dienerschaft einen Schutzbrief gewährten[15]). Dieser und andere Juden haben gewiß den Handel nicht unerheblich belebt, indem sie Waren aller Art einführten. Und es ist ohne Zweifel unzutreffend, wenn Wustmann die Darstellung mit Wendungen versieht, als ob diese Juden durch Unredlichkeiten Schaden angerichtet hätten.

Schon aus jener Zeit liegt ein Zeugnis für die vom Geschäftsneid diktierte ablehnende Einstellung zu den Juden vor, der wir

---

[10]) Ebd. Nr. 66.

[11]) Grosse, Geschichte der Stadt Leipzig (1842) 1, 196.

[12]) Vgl. Wustmann a. a. O. 169.

[13]) S. Neufeld im Jüd. Lexikon III in Art. „Leipzig". — Grosse a. a. O. 191f., der von Verfolgungen 1350 und 1358 spricht, als der schwarze Tod in Leipzig wütete.

[14]) a. a. O. 170f.

[15]) K. Sidori, Geschichte der Juden in Sachsen (1840), 150f.

dann im 17. und 18., ja bis ins 19. Jahrhundert hinein immer wieder begegnen. Als im Rate über die Bewilligung des Aufnahmebriefes beraten wurde, erhob einer den Einwand: „was wäre es denn um die Handwerke, Wullenweber, Gewandschneider, Kramer und andere Kaufleute? die Juden schickten Wachs, Gewand, Würze und anderen Kaufmannsschatz bei sich gleich anderen Mitbürgern und Kaufleuten“[16]). Ist es ein Wunder, wenn wenige Jahre später (1439) Abraham im Prozeß mit Leipziger Bürgern größten Unannehmlichkeiten ausgesetzt ist, ins Gefängnis wandert und schließlich, nach Abwicklung seiner Verpflichtungen, das Land verlassen muß? Wir kennen diese Prozesse aus späterer Zeit, wissen, daß sie Folge einer rücksichtslosen Hetzjagd waren, und daß die Meute ihre Opfer restlos zerriß, wenn es gelungen war, sie zu Falle zu bringen. Nichts wird durch ein Urteil bewiesen, wonach Abraham all seines Besitzes verloren geht, Häuser, die ihm verpfändet waren, zurückgeben, alle Schuldbriefe abliefern muß, für irgendwelches schuldhaftes Verhalten. Jene Stimme, die da schon bei seiner Anerkennung durch den Rat bedenklich warnte, aber nicht durchdrang, sie redete im Geheimen, um den lästigen Mitbewerber auszuschalten. Und es gelang ihr, den zu Reichtum und Ansehen Gelangten als den Schuldigen zugrunde zu richten.

Ob tatsächlich daraufhin die Juden um 1442 Leipzig verlassen mußten, wie Wustmann meint, ist zumindest zweifelhaft. Daß man zunächst keineswegs den Fall des Abraham zum Anlaß einer Benachteiligung der Juden nahm, geht aus dem Privileg von 1441 hervor, wonach ihnen gestattet wurde, ihre Synagoge in ein Privathaus zu verlegen[17]). Notwendig geworden war eine solche Neuordnung, nachdem das Grundstück, auf dem die „Judenschule“ gestanden hatte, von Abraham hatte aufgelassen werden müssen und in den Besitz eines Fleischers übergegangen war[18]). Aus dem Umstande, daß die Genehmigung erteilt wurde, möchten wir folgern, daß eine gänzliche Zertrümmerung der Gemeinde zu jener Zeit nicht stattgefunden hat[19]).

Wenn eine solche die Leipziger Juden je betroffen hat, so nur jene, die im Gefolge der Reformation mit Wirkung auf die gesamten sächsischen Lande geschehen zu sein scheint. Für

---

[16]) Wustmann a. a. O.

[17]) Sidori a. a. O. 37.

[18]) Wustmann a. a. O. 172.

[19]) Neufelds Angabe im Jüd. Lexikon III: Leipzig, wonach 1430 die Juden „aus ganz Sachsen“ vertrieben worden seien, trifft jedenfalls für Leipzig nach dem oben Geschilderten nicht zu, da zumindest noch 1441 Juden in Leipzig gelebt haben.

Zwickau und Plauen steht die Vertreibung unter der Regierung des Kurfürsten Moritz für 1543 fest[20]). Vielleicht bezieht sich darauf ein Hinweis des sächsischen Geheimen Rates in einem Bericht vom 17. Oktober 1707 an August den Starken auf eine „vor fast 200 Jahren geschehene Ausschaffung derer Juden[21]). Die Bemerkung könnte sehr wohl für das Jahr 1543, als ein Unglücksjahr für die Juden in ganz Sachsen, also auch für Leipzig, zutreffen. Doch auch dann würden die Beziehungen der Juden zu Leipzig nicht abgebrochen worden sein, sondern nur eine Wandlung erfahren haben.

Auch dieser Bericht spricht nur davon, daß nach jener Austreibung Juden nicht „in diesen Landen commoriren, am wenigsten aber sich seßhaft machen dürfen", betont aber auch, daß dies nur „außerhalb derer Messen gelte"[21]). Schon seit dem Ende des 15. Jahrhunderts nehmen Juden an den Leipziger Messen teil, nicht nur gelitten, sondern als ein wichtiges Element zur Belebung dieser bedeutungsvollen Einrichtung, ja, trotz aller Gegnerschaft immer wieder herangezogen. 250 Jahre hindurch im steten Kampfe um das Recht freier Entfaltung.

Zwei Momente kennzeichnen den Kampf dieses zweiten Abschnittes in der Geschichte der Juden in Leipzig: ein religiöses und ein wirtschaftliches. Vornehmlich religiöse Erwägungen leiteten die Landesregierung, wenn sie grundsätzlich an dem Verbot der Niederlassung von Juden in Leipzig (wie in Sachsen) festhielt; sie fürchtete offenbar von einem dauernden Aufenthalt von Juden eine Gefährdung des religiösen Lebens. Die Verordnungen, die sie hinsichtlich der Juden erließ, zeigen deutlich diese religiösen Erwägungen, insoweit es sich um Maßnahmen *gegen die* Juden handelt, besonders in den landesherrlichen Entscheidungen zu Fragen des jüdischen Kultes während der Messen (über die eingehender an anderer Stelle gesprochen wird). Hier sei nur darauf hingewiesen, daß in solchen Erlassen eine sehr abfällige Ausdrucksweise beliebt wird. Es wird von dem „ärgerlich Wesen und Abgötterey derer Juden" gesprochen, ihre rituellen Übungen werden als „falscher Gottesdienst"[22]), als „Aberglaube"[23]), als „angemaßter Kultus"[24]) bezeichnet. Wenn der Leipziger Rat bei den Landesbehörden recht wirkungsvolle Argumente gegen die Juden vorbringen will, dann nennt er sie „ärger als die Türken

---

[20]) Vgl. Levy, Geschichte der Juden in Sachsen (1900) 41.

[21]) Emil Lehmann, Der polnische Resident Berend Lehmann in: Gesamm. Schrift.[1] 119.

[22]) 1693 Sept. 20: Vgl. Emil Lehmann a. a. O.

[23]) 1703 Dezember 14: ebd. 121.

[24]) 1711 April 24: Landtags-Abschied. Leipziger Ratsarchiv Z 205.

und Mohametaner, öffentliche und abgesagte Feinde und Lästerer unseres Heiland und aller Christen“[25]); oder er erhebt Einspruch gegen die „Ausübung ihrer abergläubischen und ärgerlichen Ceremonien“[26]). Er läßt sich dabei zweifellos von seiner Kenntnis der Einstellung des kurfürstlichen Hauses leiten und erreicht auch meist seine Absicht. Bis in das 19. Jahrhundert hinein erachtet die Landesregierung als größte Gefahr die Anerkennung des jüdischen Kultes und sträubt sich mit äußerster Beharrlichkeit gegen die Zustimmung zu einem öffentlichen Gotteshause.

In dem gleichen Maße jedoch, in dem die Regierung die Juden wegen ihres anderen Glaubens als Landesbewohner ablehnt, ist sie bereit, ihre Anwesenheit auf den Leipziger Messen in jeder Weise zu sichern, weil sie die wirtschaftliche Bedeutung der Juden für den Messehandel in vollem Umfange erkennt und anerkennt. Dieses wirtschaftliche Moment wiederum diktiert dem Leipziger Rat seine Stellung zu den Messejuden. Allerdings in eigenartiger Weise. Immer wieder schenkt er den Beschwerden Gehör, die von den ansässigen „Cramern“ und den Innungen vorgebracht werden, als ob die Juden sie in ihrer Existenz bedrohten. Besonders anschaulich zeigt dies der Kampf, den sie ein ganzes Jahrhundert lang führen, um zu erzwingen, daß die Juden während der Messe ihre Waren nicht in „Gewölben“ zum Verkauf stellen dürfen. In diesem Kampfe steht der Kurfürst mehrfach, wohl eben grundsätzlich, gegen den Rat. Am 7. März 1687 erreichen die Leipziger Kaufleute beim Rate das angestrebte Verbot. Der Rat stützt sich offensichtlich auf die Klagen der Leipziger, wenn er den Messejuden vorwirft, daß sie „die ihnen bisher gegönnte Duldung mißbrauchen / gestalt nur neulich einer und der ander von ihnen zu Meß-Zeiten mitten unter denen Christlichen Handelsleuten / und an denen gelegnesten Orten offene / und mit allerhand / so kostbaren als gemeinen Gütern angefüllete Handels-Gewölber anzulegen und darinnen auf mancherley ungewöhnliche Art / auch wol an denen Sonn- und Festtagen / zu verbotener Zeit in großer Menge zugeführte Waaren zu vertreiben sich unterstehen wollen / wodurch denn nicht nur denen Christlichen Handelsleuten / wie nicht weniger dem gemeinen Wesen / Nachtheil entstehen / sondern auch zu anderer schädlichen Nachfolge Anlaß genommen werden dürfte“[27]). Gegen diese schwere Beeinträchtigung wenden

---

[25]) 1698 Juni 10: Vgl. Emil Lehmann a. a. O. 120.

[26]) 1737 Oktober 30: Költzsch, Kursachsen und die Juden in der Zeit Brühls (1928) S. 117f.

[27]) Nach einem Faksimile des Originals aus dem Besitz des Verfassers. Druck: Der Stadt Leipzig Ordnungen wie auch Privilegia und Statuten (1701) S. 143.

sich die Juden an den Kurfürsten und setzen eine Genehmigung durch, „in der Reichsstraße und anderen mehr abgelegenen Gassen Gewölbe aufzutun[28]). Darauf kommt es zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden, so daß der Rat — schon mit Rücksicht auf die Haltung des Kurfürsten — sich genötigt sieht, am 18. August 1687 unter Androhung ernster Bestrafung zu bestimmen, „daß hinfüro sich niemand an eintzigen Juden weder mit Worten noch Wercken vergreiffen / sondern ein ieglicher diese unter J. Churf. Durchl. zu Sachsen etc. Unseres gnädigsten Herrn ꝛc Hohen Schutze anher handelnde Leute allendhalben ungekraencket und ungehindert gehen und ihres zuläßlichen Handels warten lassen solle“ [29]). Der Kampf um das Gewölbe-Verbot geht weiter. Am 1. März 1689 bestätigt der Kurfürst seine Genehmigung[30]; am 12. Februar 1696 wird sie von August dem Starken erneuert[31]). Am 16. April 1731 erläßt jedoch der Rat ein neuerliches Verbot[32]), das dann seitens des Rates in seinem Mandat vom 16. August 1746 bekräftigt wird[33]). Noch 1816 berufen sich die Leipziger auf diese Verordnungen, die wohl zu Ende des 18. Jahrhunderts praktisch in Vergessenheit geraten waren, und fordern erneut ihre strenge Durchführung. Der Streit geht bis vor den König, der in der Tat dem Wunsche der Krämer nachkommt. Erst 1818, als die Juden Miene machten, die Leipziger Messen nicht mehr zu besuchen, wurde das Verbot endgültig beseitigt[33]).

Wie in dieser Frage der Gewölbe, so hat der Rat auch sonst, zweifellos immer unter dem Einflusse von Leipziger Bürgerkreisen, durch einschränkende Verordnungen, nicht selten auch durch schikanöse Maßnahmen in Einzelfällen den zur Messe kommenden Juden den Aufenthalt erschwert. Es ist nicht ohne Reiz, gerade den Widerstreit zu betrachten, der sich auf demselben Boden wirtschaftlicher Erwägungen geltend macht: Träger des Handels, die den großen Einfluß der Juden auf die Entwicklung der Messen nicht hätten verkennen sollen, können sich aus der Enge ihrer eigenen Interessen nicht erheben; sie sehen nicht, daß sie schließlich sich selber schaden, wenn das Allgemeine Schaden erleidet. Diese Erkenntnis kann naturgemäß die Landesregierung leichter gewinnen, kann den Gang der Dinge von

---

[28]) Walter Eck, Zur Geschichte der Juden in Leipzig in der Zeitschrift „Leipzig“ 1927, S. 46.

[29]) Nach dem Original der Stadtbibliothek, Ratsbekanntmachungen Nr. 293.

[30]) Walter Eck, a. a. O.

[31]) Emil Lehmann, a. a. O. 120.

[32]) Ratsbekanntmachung; in der Stadtbibliothek Nr. 441.

[33]) Arno Kapp im Gemeindeblatt der israel. Religionsgemeinde zu Leipzig 1927 Nr. 26 (vom 1. Juli).

höherer Warte aus betrachten, weil sie sie von außen her wertet. Und zwischen ihnen der Rat, der bei seiner lokalen Verbundenheit mit den Männern des Leipziger Handels sich schwer den von ihnen vorgebrachten Argumenten entziehen kann, der aber sicherlich oft genug die Gefahren erkannte, die von dieser Seite heraufbeschworen werden konnten. Darum entsprach es wohl durchaus dem Interesse der Stadt, daß die Juden häufig einen Rückhalt beim Kurfürsten fanden, wenn der Rat im Begriffe war, den Bogen zu straff zu spannen. Und es mag selbst im Rate manchen Besonnenen gegeben haben, der solches Eingreifen freudig begrüßte; schuf es doch den Ausgleich gegen eine Politik der Sonderinteressen, die der Entwicklung der Stadt nicht förderlich sein konnte.

So haben wir die merkwürdige Erscheinung, daß wir für einen Zeitraum von etwa 250 Jahren von „Juden in Leipzig" sprechen können, obwohl kein einziger hier ansässig war, diese „Juden in Leipzig" vielmehr ihre Heimat in aller Welt und in allen deutschen Ländern und Städten hatten; daß ganz enge Bindungen dieser Juden an die Stadt bestanden, obwohl sie fast dreihundert Jahre um ihre Rechte auf diese Bindungen ringen mußten.

Wenn schließlich eine Überwindung dieses Zustandes gelang, so bahnte sich die Neuordnung wiederum nicht von der Stadt aus an, sondern gründete sich auf Maßnahmen, die von der Landesregierung ausgingen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts trat ganz unbemerkt eine Lockerung des Verbotes der Niederlassung von Juden in Leipzig ein. Ein Anfang wurde gemacht, als August der Starke 1710 den Münzjuden *Gerd Levi* (1659—1739) nach Leipzig berief, der schon seit 1688 von Hamburg aus die Messen regelmäßig besucht hatte[34]). Um den Aufenthalt des Sohnes *Levi Gerd,* der nach dem Tode des ersten Münzjuden vom Kurfürsten zum Nachfolger eingesetzt war, entspann sich wiederum ein heftiger Kampf, der nur durch den festen Willen des Fürsten zugunsten von Levi Gerd entschieden wurde[35]). Erfolg hatte der Einspruch der Leipziger gegen die Niederlassung des Dessauers *Hertz Oppenheimer,* der durch Dekret des Kabinetts vom 24. Mai 1753 zum Münzfaktor ernannt war und sich in Leipzig niedergelassen hatte[36]). Er mußte wieder seinen Wohnsitz in Dessau nehmen, wenn er auch einen Paß erhielt, mit dem er ohne Schwierigkeiten jederzeit Aufenthalt in Sachsen nehmen durfte.

In der nächsten Generation bleibt die Genehmigung zum dauernden Aufenthalt nicht mehr auf den Münzjuden beschränkt.

[34]) Költzsch a. a. O. 25. 235 ff.
[35]) Ebenda 239 ff.
[36]) Ebenda 245 f.

Neben *Baruch Aaron Levy,* dem schon vor 1757 die Niederlassung in Leipzig gestattet worden war, und der nach seinem Vater Levy Gerd als Hoflieferant und Münzjude begegnet (er starb 16. November 1784), hat auch sein Bruder *Gerd Levy* seit Anfang 1769 dieses Aufenthaltsrecht. Im gleichen Jahre, einige Monate später, wird es *Löbel Levy,* 1775 *Abraham Marcus,* wohl etwa zur gleichen Zeit *Israel Feibisch* erteilt[37]). In den 60er Jahren hatte sich auch *Herz Jacob* zum Betriebe eines Geschäftes hier niedergelassen; sein Sohn *Elkan,* der Freund (und entfernte Verwandte) Moses Mendelssohns, bezog als 16jähriger 1767 die hiesige Universität[38]). Nach Baruch Aaron Levi's Tod wird auch *David Hirsch,* der 14 Jahre als Buchhalter bei diesem tätig gewesen war, die Erlaubnis bestätigt, „nebst seinem Eheweibe, Kindern und einer jüdischen Magd zu Leipzig in und außer den Messen sich aufzuhalten und seinem Gewerbe nachzugehen"[37]).

Solches Abgehen von dem früher so streng durchgeführten Wohnverbot geschah keineswegs mit Zustimmung der Leipziger. Ihre Versuche, dem Einhalt zu gebieten, wurden immer wieder erneuert, fanden aber in Dresden keine Beachtung. Lebhaft hatten sie sich gegen die Zulassung des David Hirsch gewandt; sie scheuten sich dabei nicht — was sie auch später wieder und wieder zur Begründung ihres Vorgehens taten —, die Rechtlichkeit der in Leipzig zugelassenen Juden anzuzweifeln. Ganz besonders erregt wurden ihre Beschwerden, als 1787 ein langjähriger Angestellter von Gerd Levy, *Loeser Philipp,* beim Rat um die Genehmigung zur Gründung einer eigenen „Handlung" nachsuchte. „Es ist unglaublich, wie sehr sich die Anzahl der Juden seit dem Siebenjährigen Kriege in Leipzig vermehrt hat! Denn anstatt, daß vormals nur einem Juden, des noch lebenden Gerd Levys Vater, unter dem Namen des Münzjuden, der Aufenthalt verstattet war, haben sich seitdem sechs jüdische Familien allhier etabliert, die wieder einen großen Anhang unter den Namen von Köchen, Bedienten an sich haben, und sich durch Verheyrathungen und Kinderzeugen immer weiter ausbreiten", so gutachtete die Leipziger christliche Kaufmannschaft und verfehlte auch diesmal nicht, eine „Verderbnis der Sitten" und die Zunahme des „Verfalls der Handlung und allen rechtmäßigen Gewerbes" als Gespenst hinzustellen. Sie erreichte denn auch, daß Loeser Philipp 1791 auch vom Kurfürsten abschlägig beschieden wurde; einige Jahre später erhielt aber auch er die nachgesuchte Erlaubnis[39]).

---

[37]) Arno Kapp, Gemeindeblatt Leipzig, 1929, Nr. 29.

[38]) Noch unveröffentlichte Angabe von Arno *Kapp* nach den Akten des Ratsarchivs.

[39]) Arno Kapp a. a. O.

So leitete sich langsam aber stetig die neue Gemeindebildung ein, der dritte Abschnitt in der Geschichte der Juden in Leipzig. Es wurde geradezu Gepflogenheit, daß die Söhne der Ansässigen für sich gleichfalls die Zulassung durchsetzten[40]). Bedenken wir, daß zu den einzelnen Familien in der Tat noch eine Anzahl Personen als Haus- und Handelsangestellte hinzukamen, so dürften um die Wende des 18. Jahrhunderts in Leipzig etwa 40—50 jüdische Personen ansässig gewesen sein, die den Stamm für die neue Gemeinde darstellten.

Daß es zu dieser Entwicklung kam, hatte seinen Grund ausschließlich in der Bedeutung, die die Juden für das wirtschaftliche Leben der Stadt und des Landes aufwiesen. Es war eine kurzsichtige Entstellung, wenn von den Leipziger Kaufleuten so oft das Gegenteil behauptet wurde. Schon für die Messen waren die Juden, und zwar schon in sehr früher Zeit, ein unentbehrliches Element. Nichts ist bezeichnender hierfür als die Nachricht, daß der Leipziger Rat sich 1611 für David Reibisch aus Posen verwandte, als dieser auf dem Wege zur Leipziger Messe in Breslau angehalten war[41]). Man hätte sich wahrlich bei der keineswegs judenfreundlichen Gesinnung sicher nicht in dieser Weise bemüht, wenn man auf die Anwesenheit dieses und der anderen Juden hätte verzichten können. Und nicht anders war es während dieser ganzen etwa 300 Jahre. Dies läßt sich auch deutlich aus einer Betrachtung der „Juden als Meßgäste" erkennen.

JUDEN ALS MESSGÄSTE IN LEIPZIG

VON DR. MAX FREUDENTHAL-NÜRNBERG

Die Leipziger Messe spielt im Leben der Juden des Kontinents seit Jahrhunderten die bedeutsamste Rolle. Die jüdischen Kaufleute und Händler sind zwar auch auf den Messen zu Braunschweig, Naumburg, Frankfurt a. d. O. und Frankfurt a. M. ständige Gäste. Aber Leipzig bildet doch für sie den allerwichtigsten Sammelpunkt. Auf den fünf großen Landstraßen, die dorthin führen, legen die Planwagen und Kutschen der jüdischen Meßfahrer in zahlreicher Gesellschaft die lange Reise aus den Heimatgemeinden zurück. Auf der „Hohen Landstraße" ziehen die für den Meßhandel unentbehrlichen russischen und polnischen Juden einher und treffen schon unterwegs mit dem Zustrom der Juden

---

[40]) So z. B. Herz Levy, Sohn des genannten Löbel Levy, am 28. Januar 1793 als Judenfreimacher. — Arno Kapp, Gemeindeblatt Leipzig, 1929, Nr. 21.

[41]) Max Kupfer, Das Fremdenwesen Leipzigs im Mittelalter bis ins siebzehnte Jahrhundert (1928), S. 45.

aus Prag, dem Böhmerland und den anschließenden Ländern von Österreich und Ungarn, ja sogar aus Griechenland und der Türkei zusammen; auf der Straße, die von Italien her über Nürnberg führt, erscheinen die südländischen und süddeutschen Gäste, während auf der „Reichsstraße" von Westen her die Besucher aus den Niederlanden, vom Rhein und Main zuwandern. Vom Norden endlich melden sich über Magdeburg, Halberstadt und Dessau die Juden aus Hamburg mit ihren Brüdern aus England und Dänemark. Sie alle unternehmen, wenn nicht gerade ungünstige äußere Verhältnisse, wie Krieg und Seuchen, sie abhalten, regelmäßig die Fahrt zu den drei Jahresmessen, ganz besonders stark zur Oster- und Michaelismesse. Bereits einige Jahrzehnte nach Gründung der Stadt Leipzig und Einrichtung der Jahrmärkte wird um die Mitte des 12. Jahrhunderts die reiche Beteiligung von Juden am Leipziger Handel hervorgehoben. Seit 1490 können Juden mit Namen auf den Messen nachgewiesen werden. Nach der Verwüstung des gesamten Handels in Deutschland durch den 30-jährigen Krieg setzt ein besonders starker Zufluß von Juden zu den Messen ein. Durch kurfürstliche Verordnungen wird deshalb seit dem Jahre 1665 angeordnet, daß jeder Jude sich am ersten Tage nach seiner Ankunft auf der Waage oder auf dem Rathaus melden und angeben müsse, woher er komme, was sein Geschäft sei, ob er einen Kompagnon habe und wo er während der damals mehrwöchentlichen Dauer der Messe logieren werde. Jeder sollte außerdem von seiner Obrigkeit ein Attest mitbringen, daß er Handelsmann oder Krämer sei und für mindestens 600 Taler Waren einkaufen werde. Zufolge dieser Verordnungen wird seit 1668 mit Namenslisten der Juden begonnen. Seit 1675 muß jeder Jude am Tore einen Erlaubnis- oder Ausweiszettel lösen. Dank dieser Kontrolle besitzen wir fast für ein ganzes Jahrhundert, bis zum Jahre 1764, ein vollständiges Namensverzeichnis der jüdischen Meßbesucher, das ich wegen seiner großen Bedeutung für die Familien- und Wirtschaftsgeschichte der Juden in meinem Buche „Leipziger Meßgäste"[1]) veröffentlicht habe. Auch für die spätere Zeit fehlt es nicht an Angaben über die Beteiligung der Juden am Leipziger Meßhandel. Die Statistik wurde im Interesse der besonderen Abgaben, die den Juden persönlich noch zu den allgemeinen Meßabgaben auferlegt waren, genau durch- und weitergeführt. Die Plackereien mit den Judenzöllen begannen schon unterwegs, wo die Juden zwar ebenso sicheres

[1]) Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums Nr. 29, Frankfurt a. M. 1928. Die nähere Literatur über die Leipziger Messe und die Beteiligung der Juden siehe in *meinem* Buche und bei *Költzsch* Fritz, Kursachsen und die Juden in der Zeit Brühls, Leipzig 1928.

Geleit wie alle anderen Meßfahrer besaßen, aber dafür um so höheres Entgelt zu zahlen hatten; sie setzten sich bis in die Meßstadt selber fort, deren Tore ihnen sonst verschlossen waren und jetzt zu völliger Meßfreiheit für jedermann ohne Unterschied geöffnet wurden, nur daß die Juden auch diese vorübergehende Freiheit wieder teurer bezahlen mußten als alle anderen. Sie wurden ganz ebenso verzollt wie die Waren, die sie mitbrachten oder mitnahmen. Für die Stadt Leipzig war deshalb die Anwesenheit der Juden zur Meßzeit eine doppelt ergiebige Einnahmequelle. Die Meßlisten von 1668 bis 1764 benennen 81 937 Juden namentlich; diese bezahlten allein an Leibzoll während dieser Zeit 719 661 Taler, die zum allergrößten Teil der Stadt, zu einem kleineren der fürstlichen Regierung zuflossen. Trotz dieser besonderen Belastung nimmt die Zahl der jüdischen Meßbesucher fortwährend zu. Im Jahre 1675 erscheinen bei den drei Messen zusammen über 500, im Jahre 1700 über 1000, im Jahre 1800 über 2000 jüdische Meßlieferanten. Im Jahre 1840 auf der stark besuchten Ostermesse werden 3596 jüdische Besucher gezählt. Ungünstige Schwankungen in der Besucherzahl lassen sich stets aus äußeren politischen oder sanitären Ursachen erklären, stärkere nach oben ebenso aus bestimmten Gründen, z. B. durch die Abwanderung von den preußischen Meßplätzen infolge der Zollschrankenpolitik Friedrichs des Großen oder 1834 durch den Eintritt Sachsens in den deutschen Zollverein. Durchschnittlich betrachtet steigt die Zahl der jüdischen Meßbesucher im 18. Jahrhundert vom 10. auf den 5. und in den folgenden Jahrzehnten bis 1839, in welchem Jahre der erste Jude in Leipzig Bürgerrecht erhielt, auf den 4. Teil der gesamten Meßgäste. Daß sie seitdem ganz gewiß nicht zurückgegangen ist, bedarf wohl nicht erst der ausdrücklichen Feststellung.

Größer noch als die Zahl der Meßbesucher, oft doppelt so groß, ist ihr Anteil am Handelsverkehr auf der Messe. Die Juden sind zugleich Einkäufer und Verkäufer. Jedoch übersteigt der Einkauf bei weitem, mindestens um das fünffache, den Verkauf, so daß für das sächsische Land und seine einheimische Industrie das größte Interesse bestand, den Zuzug der Juden zu fördern, da fast ein Drittel des gesamten Einkaufs auf sie kommt. Nach dem Zollregister der Ostermesse des Jahres 1837 entfielen von 5521 expedierten Zentner Waren allein 3707 Zentner auf jüdische Einkäufer. Überwiegend sind es alle Arten von Stoffen, besonders von Wollwaren, die für den Einkauf der Juden in Betracht kommen. Der Einkauf von „Poffelwaren", d. h. Partiewaren, lag ganz in jüdischen Händen. Beim Verkauf stehen in erster Reihe Rauchwaren, Leder, Kattun, Seidengewebe und Kolonialwaren, der aller-



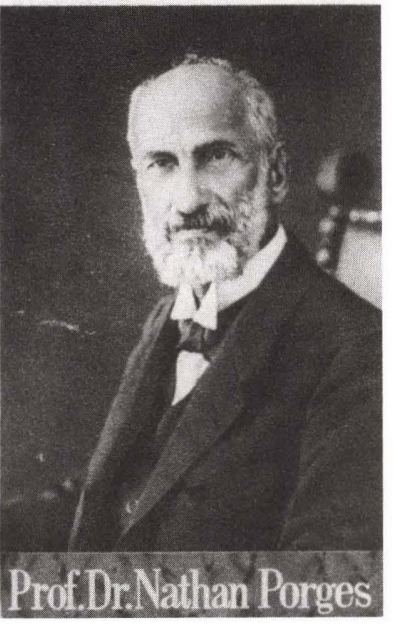
Dr. Zacharias Frankel



Dr. Adolf Jellinek

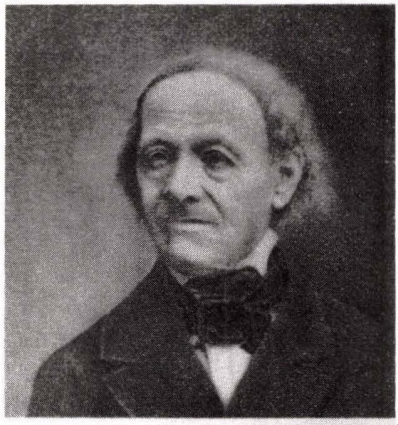


Dr. A. M. Goldschmidt



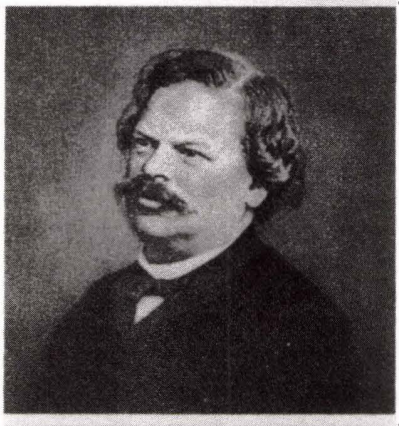
Prof. Dr. Nathan Porges

Die früheren Rabbiner der Leipziger Gemeinde



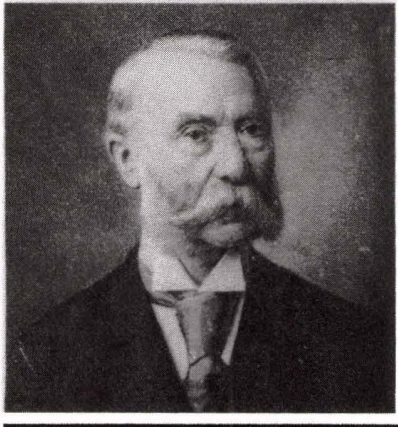
Jacob Nachod

Nach einem Gemälde von J. Krupenie



Moritz Kohner

Nach einem Gemälde von J. Krupenie

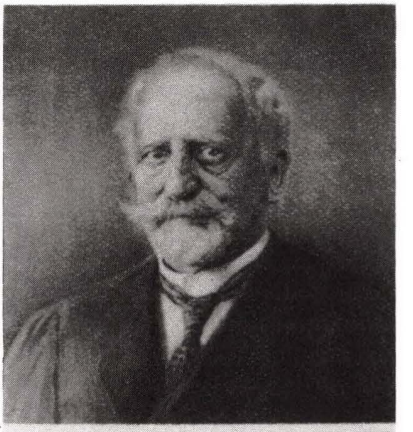


Alexander Werthauer

Nach einem Gemälde

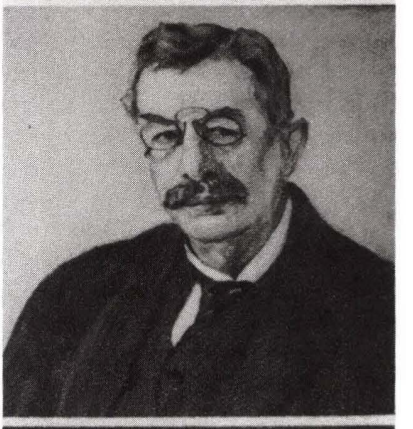
Die früheren Vorsteher

David Magnus



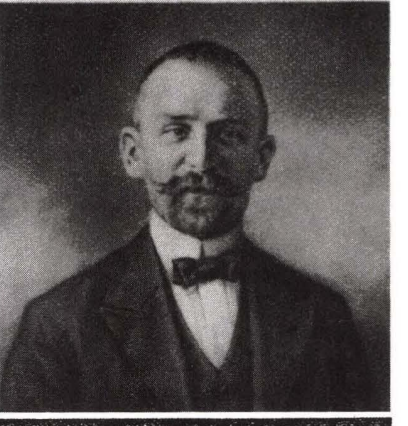
Nach einem Gemälde von J. Krupenie

Geh. Hofrat Prof. Dr.
Abraham Adler



Nach einem Gemälde von Ed. Einschlag

Heinrich Rosenthal



Nach einem Photo

der Leipziger Gemeinde



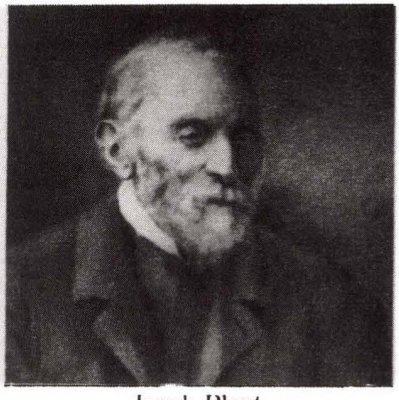
Prof. Dr. Julius Fürst



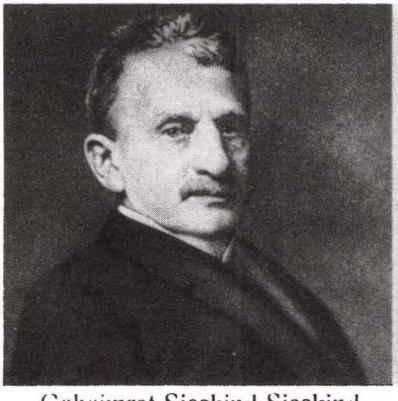
Salomon Jadassohn



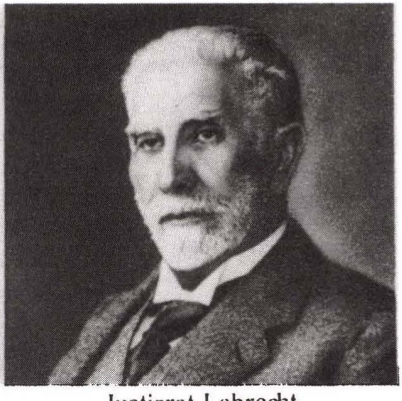
Alfons Jacobson



Jacob Plaut



Geheimrat Sieskind-Sieskind



Justizrat Lebrecht

Um die Gemeinde verdiente Männer

größte Teil von jeher durch die russischen und polnischen Juden zur Stelle gebracht, die auch wiederum ganz besonders stark am Einkauf beteiligt waren und noch dazu wenig auf Kredit handelten, vielmehr meistens bar oder mit guten Assignationen bezahlten. Selbst am Buchhandel waren Juden nicht ganz unbeteiligt. Jüdische Buchdruckereien taten sich absichtlich eine Zeitlang seit Ende des 17. bis Mitte des 18. Jahrhunderts in Dessau, Halle, Köthen und Jeßnitz auf, um ihre Preßerzeugnisse auf den nahe gelegenen Leipziger Markt werfen zu können, von wo sie ihren Weg in die jüdischen Gemeinden des ganzen Kontinents antreten konnten, und der Schöpfer der größten jüdischen Bibliothek der Welt, die jetzt den kostbaren Besitz der Bodleiana in Oxford bildet, *R. David Oppenheim* aus Prag, war häufig als Meßgast in Leipzig, wo er mit Buchhändlern und Buchdruckern und Büchersammlern verhandelte. Statistische Nachweise über den Anteil der Juden am Ein- und Verkauf stammen erst aus dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts und sind im einzelnen nicht zuverlässig, weil viel zu niedrig gegriffen. Bei einem Durchschnittsumsatz von 3½ Millionen für die einzelne Messe kommt auf den Anteil der Juden mindestens eine Million. Gelegentlich der törichten Ausweisung der Juden aus Böhmen 1744/45 durch die Kaiserin Maria Theresia wird amtlich festgestellt, „daß für das Leipziger Kommerzium diese Expulsion ebenso fatal, wie für das wahre und wohlverstandene Landesinteresse nachteilig sei"; der Warendebit in Leipzig sei dadurch jährlich um 300 000 Taler gefallen, und selbst die den Juden sonst nicht sehr gewogenen Leipziger Kaufleute stellen fest, daß die sächsischen Manufakturen und Fabrikanten durch diese Austreibungen einen „unbeschreiblichen Verlust" erlitten hätten. Diese Erkenntnis für die Bedeutung der jüdischen Meßbesucher kommt allerdings recht spät und bleibt auch dann noch auf ihr allgemeines Schicksal ohne Einfluß.

Nach der Ratsverordnung von 1687 durften die Juden auf der Messe — ausgenommen die Bettfedernhändler — keine offenen Gewölbe nach der Straße zu halten, sondern sollten ihre Waren in ihren Stuben und Kammern auslegen, und als später die Gewölbe erlaubt wurden, doch nur in abgelegenen Gassen. Die jüdischen Meßgäste müssen stets ihre Angabezettel und ihr „gelbes Flecklein" bei sich haben, um beides auf Verlangen den Ratsdienern vorzuweisen. In der Vorstadt dürfen nur die jüdischen Roßhändler wohnen, die übrigen jüdischen Meßbesucher nur am Fleischerplatz, später am Brühl. Die Leipziger Krämer, Kaufleute, Tuchhändler und Innungen sind die geschworenen Feinde der Juden und verlangen fortwährend ihre Beschränkung, 1763 die Aus-

weisung aller während der preußischen Kriegszeit in der Stadt angesiedelten Juden mit Ausnahme von zweien, die ihr im Kriege beträchtliche Summen vorgestreckt hätten. Ohne Verständnis dafür, daß gerade die drückenden Ausnahmebestimmungen bei jeder Gelegenheit zu ihrer Umgehung verleiteten und dadurch zu fortwährenden Kollisionen mit den Behörden und Aufsichtsorganen führten, sehen sie in den meisten Juden nur betrügerische Zwischenhändler und in allen ohne Unterschied lästige Konkurrenten. Weit verständnisvoller erweist sich dagegen die kurfürstliche Landesregierung und zeigt sich, abgesehen von den Abgaben, die sie erhebt und nicht erläßt, in allen Fragen durchaus entgegenkommend gegen die Meßjudenschaft. Dieser Gegensatz zwischen der weitherzigeren und weitsichtigeren Politik der kurfürstlichen Regierung, welche den Zuzug der Juden zur Messe fördern will, und der engherzigen Politik der Stadt bleibt bis ins 19. Jahrhundert hinein bestehen. Die Regierung gewährt zu allen Zeiten einer Reihe von Juden, besonders den Hofjuden, Freipässe zur Messe, so daß die Inhaber mit Weib, Kindern und Bedienten ungehindert und von Abgaben frei passieren können, und führt 1772 solche Freipässe für alle auswärtigen jüdischen Meßbesucher ein, deren guter Erfolg in den folgenden Jahren ausdrücklich festgestellt wird. Ganz besonders während der Ministertätigkeit *Brühls*, der nicht bloß um der persönlichen Bedürfnisse des Hofes, sondern auch um der Landesinteressen willen recht viel Kapital heranziehen will, werden allen Einsprüchen der Gegner zum Trotz Freiheiten mannigfacher Art und vor allem eine anständige Behandlung der Meßfahrer unterwegs wie in der Stadt selbst angeordnet. 1803 gestattet ungeachtet erregter Vorstellungen von seiten des Rates die Regierung den Juden am Sonntag nach Schluß des Nachmittag-Gottesdienstes den durch Ratsverordnung verbotenen Handel als Ersatz für die ebenso streng von seiten der Juden gewahrte Sabbath- und Festtagsruhe. Ihren eigenen Gottesdienst — in die Meßzeiten fielen häufig jüdische Feiertage — hielten die Meßjuden trotz offizieller Verbote und wiederholter Einsprüche des Rates und sogar des Oberkonsistoriums in ihren Unterkunftshäusern ab unter stillschweigender Duldung von seiten der Landesregierung, die sogar den „Leuten vom Gottesdienst", Vorbetern und Schuldienern, Ermäßigung und selbst Befreiung von Abgaben zugestand. Als zuständiger Meßrabbiner galt der benachbarte Landrabbiner von *Dessau*. Dorthin brachten die Meßbesucher auch die während der Meßzeit verstorbenen Glaubensgenossen; die meisten derselben aus Ost und West, die während der Meßzeit der Tod ereilte, fanden ihre Ruhestätte auf dem Dessauer jüdischen Friedhof. Es dauerte lange, bis alle Beschrän-

kungen fielen. Erst im Jahre 1831 war die Leipziger Kaufmannschaft so einsichtig geworden, daß sie im Interesse des Meßhandels sich selber gegen die Ausnahmegesetze wandte und es nicht mehr für angezeigt hielt, „einen Unterschied nach den religiösen Meinungen der Meßfieranten zu machen".

Von allen Weltgegenden her strömten die jüdischen Meßbesucher nach Leipzig. Das Hauptkontingent stellten der Zahl nach die deutschen, böhmischen und mährischen Judengemeinden. Den stärksten Zuzug wiesen dauernd die Gemeinden von Dessau, Halberstadt und Prag auf. Außer ihnen sind *ständig* vertreten: Amsterdam, Berlin, Bernburg, Breslau, Brody, Frankfurt a. M., Frankfurt a. d. O., Fürth, Groß-Glogau, Halle, Hamburg, Hannover, Hildesheim, Krakau, Kremsier, Kronach, Lissa, Nikolsburg, Posen, Teplitz, Wien. Aus Bayern ist von jeder größeren und kleineren Gemeinde irgendeine einmal anwesend. Kopenhagen, London, Nancy, Portugal, Venedig, Konstantinopel, Wilna, Königsberg bilden schon während des 18. Jahrhunderts die äußersten Grenzlinien für die Entsendung jüdischer Meßgäste. 1821 erscheint zum erstenmal ein jüdischer Meßgast aus Amerika. Die Juden aus Polen und Rußland sind nicht so sehr durch ihre Zahl als durch die von ihnen eingebrachte große Menge von Rohprodukten, besonders Juchten, Rauchwaren, Talg, Hanf und Wachs, sowie durch ihre außerordentliche Kaufkraft von solcher Bedeutung, daß man bereits 1747 daran dachte, ihnen die Personalabgaben zu erlassen und 1789 ausdrücklich feststellte, auf ihrem Handel beruhe die Aufrechterhaltung der Messen und eines Teiles der inländischen Manufakturen. In der Tat lag in ihren Händen der gesamte Handel nach Nordosten und Südosten. Aus den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts sind Angaben vorhanden, daß polnische Juden manchmal eine halbe Million Dukaten in bar auf die Messe mitbrachten. Ihre Hamburger und englischen Wechselbriefe werden jedoch ebenso bereitwillig angenommen wie ihr bares Geld und ihre Lombardgeschäfte von den Leipziger Spediteuren und Bankiers gerne besorgt. In großen Zügen von 40 bis oft 200 Frachtwagen führen sie die eingekauften Waren nach Brody, ihrem Hauptstapelplatz, und von dort zur Septembermesse nach Berditschew, auch nach Warschau. Zeiten übermäßiger Kreditgewährung führen freilich auch oft Verluste herbei und lassen andere folgen, in denen nur gegen bar verkauft wird; aber da man sie auf den Messen nicht entbehren kann, beginnt die Kreditgewährung alsbald von neuem.

Neben den eigentlichen Kaufleuten gibt es auf der Messe jüdische Makler und — unter großem Widerstande des Rates und der Kaufmannschaft — auch Hausierhändler. Aber auf der Messe

werden nicht bloß Warengeschäfte für die täglichen Bedürfnisse abgeschlossen. Hier treffen sich die einflußreichen jüdischen Finanziers der verschiedenen fürstlichen Höfe und betreiben ihre weitgehenden Geldgeschäfte oder beziehen Luxusgegenstände, besonders Juwelen für ihre Herren und Herrinnen. Diese vornehmen Hoffaktoren hatten natürlich völlig freien Zutritt zu den Messen und fehlen deshalb in den Listen der auf der Waage verzeichneten Glaubensbrüder. Wir kennen aber auch *ihre* Persönlichkeiten aus anderen aktenmäßigen Darstellungen her, und es gibt keinen unter den am kaiserlichen Hof oder an den königlichen, fürstlichen und geistlichen Höfen einflußreichen Hofjuden jenes Jahrhunderts, der nicht unter den Meßgästen, sei es als Begleiter seiner Herrschaft oder allein, als ihr Beauftragter, anzutreffen gewesen wäre. Daß sie auch für den Warenhandel selbst sehr häufig von großer Bedeutung waren, ergibt eine freilich sehr niedrig gehaltene Berechnung des Amtes für die letzten Jahre des 18. Jahrhunderts, nach welcher auf den drei Messen durchschnittlich der Einkauf durch Juden 500 000 Taler betrug, von denen 300 000 auf die polnischen Juden, 180 000 auf die Juden mit Freipässen, der kleinere Rest auf die Juden ohne Freipässe entfiel. Viele der jüdischen Kaufleute und gewiß die angesehenen Hofjuden brachten ihre Sekretäre und Diener mit. Die Leipziger Messe war nicht bloß ein Handelsplatz, sondern auch eine Familienzentrale. Hier trafen sich zu guter Gelegenheit Verwandte und Freunde aus allen Ländern und gar manches neue verwandtschaftliche Band wurde hier durch Schau und Verlobung geschlossen. Da alle streng die Speisegesetze hielten, brachte mancher fromme Meßbesucher sein eigenes Küchenpersonal mit. Für die meisten aber sorgten die jüdischen Garköche, die mit Beginn der Messe von ihren verschiedenen in der Nähe gelegenen Wohnsitzen aus in Leipzig ihren Einzug hielten. Damit es nicht an Belustigungen fehlte, erscheinen jüdische Musikanten und jüdisches fahrendes Volk aller Art und führten ihre Künste vor. Selbstverständlich schlichen sich trotz aller Verbote und Vorsichtsmaßregeln auch zahlreiche arme Leute ein, die nicht umsonst die gewohnte Mildtätigkeit ihrer Glaubensgenossen anriefen und bequem während der Messe ihren Lebensbedarf für das ganze Jahr sich sicherten. Und endlich zog die Messe selbst die jüdischen Gelehrten an, die für ihre Manuskripte, welche sie gerne zum Druck bringen wollten, Mäzene oder für ihre bereits erschienenen Werke Abnehmer suchten und fanden. Wir wissen, daß z. B. auch *Moses Mendelssohn* mehrfach zur Leipziger Messe war, um sowohl seine geschäftlichen wie seine literarischen Interessen dort zu betreiben. Aber mehr noch! Der durch Moses Mendelssohn erweckte Geist

der *Neuzeit* fand gerade auf den Leipziger Messen die geeignetste Stätte zur Verbreitung in allen Landen. Das erkannten seine Jünger und Nachfolger sehr rasch und errichteten neben den vielen Landsmannschaftsgottesdiensten, die es während der Messezeit gab, einen Gottesdienst nach moderner Art, nach dem Vorbild des Hamburger Tempels. Sie ließen durch hervorragende Kanzelredner jener Zeit, wie *Zunz, Wolf, Auerbach, Mannheimer, Phillipson, Jellinek* u. a., Predigten und Vorträge in deutscher Sprache halten und auf solche Weise die Ideen des neuzeitlichen Judentums in die Gemeinden der ganzen Welt tragen. So gewann die Leipziger Messe nicht bloß für das wirtschaftliche, sondern auch für das geistige und religiöse Leben der Judenheit eine Bedeutung, die ihr in der jüdischen Geschichte für alle Zeiten einen besonderen Platz einräumt.

Die Romantik, mit der die Leipziger Messe früher umkleidet war, erlosch freilich mit der neuen Zeit. Der Abschied zu Hause von der Familie und Gemeinde für mehrere Wochen, die lange Fahrt im Planwagen, in der eigenen Equipage oder in der Postkutsche, das Zusammentreffen auf der Messe mit Verwandten, Freunden und Glaubensbrüdern von überallher, das bewegte Leben auf der Messe selbst, das so viele geschäftliche und geistige Anregungen bot, die Rückkehr nach Hause, wo nicht bloß die eigenen Angehörigen, sondern die ganze Gemeinde, oft der ganze Ort voller Sehnsucht auf die Rückkehr der Meßfahrer, auf ihre Waren und ihre Neuigkeiten, die sie mitbrachten, warteten: das alles erhob den Meßbesuch jedesmal zu einem bedeutsamen Erlebnis für alle Beteiligten. All diesem Zauber machte die Eisenbahn, aller unterschiedlichen Behandlung die endlich gewährte bürgerliche Gleichstellung und allem Widerstand von seiten kurzsichtiger Politik die Niederlassung von Juden in Leipzig selbst ein Ende. Kein Ende aber hat durch die Neuzeit die Bedeutung der Leipziger Messen für die Juden und der Juden für die Leipziger Messen gefunden; sie besteht auch in der neuesten Form der Mustermessen anstatt der Warenmessen zum Nutzen für beide weiter.

DIE ENTSTEHUNG DER ISRAELITISCHEN RELIGIONSGEMEINDE

(VORGESCHICHTE DES GEMEINDESTATUTS VON 1846)

VON DR. J. JACOBSON-BERLIN

Die Jüdische Gemeinde in Dresden ist erwachsen im Dienste des Hofes, die in Leipzig im Schatten der Messen. Und dies durchaus

gemeint im vieldeutigen Sinn dieses Wortes. Die Messestadt übte ihre Anziehungskraft aus und gab Vorwand und Möglichkeit zum Verbleiben außerhalb der Messe. Aber andererseits konnte bis tief in das 19. Jahrhundert hinein die allmählich in Leipzig angesammelte jüdische Bevölkerung zu keinem kräftigen, selbständigen Gemeindeleben kommen, weil sie überschattet wurde von der Macht und Zahl und den Institutionen der landsmannschaftlich zusammengeschlossenen jüdischen Messebesucher. Erst mit der Loslösung von diesem Einfluß beginnt das deutlich erkennbare, bewußte Eigenleben der Gemeinde. Durch das Gemeindestatut von 1846 fand dieser Prozeß sichtbaren Ausdruck und einen gewissen Abschluß.

Mit dem aus Hamburg stammenden sächsischen Münzjuden *Gerd Levi* beginnt im Anfang des 18. Jahrhunderts die neuzeitliche Niederlassung von Juden in Leipzig. In den Wirren des siebenjährigen Krieges nimmt sie zu, nach dem Friedensschluß erfolgt ein erheblicher Rückschlag. Gegenüber der Dresdener Judenschaft spielt die von Leipzig noch gar keine Rolle, wie sich das auch in der Gesetzgebung ausspricht. Um die Wende des 18. Jahrhunderts ist *Elkan Herz,* ein entfernter Verwandter Moses Mendelssohns, um die Entwicklung des kleinen Gemeindewesens bemüht. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgt weiterer Zustrom, aber noch im Jahre 1838 gab es in Leipzig unter 45 516 Einwohnern erst 162 Juden[1]).

Die Tendenz der Gesetzgebung war gegen die Ansiedlung von Juden im Lande gerichtet. Ein starker Abgabendruck wirkte nach gleicher Richtung, und einer Lockerung der herkömmlichen Berufseinengung stand ständisch-zünftlerisches Interesse entgegen. Erst unter fremdländischem Zwang wurde in der napoleonischen Ära der Leibzoll für auswärtige Juden abgebaut, und die schmähliche Geleitsprozedur in der Bergstadt Freiberg verschwand rechtlich gar erst im Jahre 1834.

Die staatsbürgerliche Emanzipation blieb in ihrem Tempo weit hinter den berechtigten Wünschen der heimisch gewordenen Juden in Dresden und Leipzig zurück. Noch 1819 mußte eine Verordnung, die den Juden den Zugang zum Handwerk eröffnen sollte, infolge des Widerspruchs der Innungen wieder zurückgenommen werden. Nach dem Umschwung des Jahres 1830 entrangen sich dem Wechselspiel der beiden Kammern die ersten weiterführenden Teilerfolge. Die Erlernung von Handwerken, aber noch nicht das Meisterwerden, wurde 1834 gestattet, die sehr kostspielige Heiratssteuer aufgehoben und der jüdische Kultus und Unter-

[1]) Arno Kapp in der Leipziger Jüdischen Wochenschau 1930 Nr. 7.

richt dem Kultusministerium unterstellt. Das Gesetz vom 18.5.1837 gestattete den Dresdener und Leipziger Juden den Zusammenschluß zu Religionsgemeinden und den Grundstückserwerb für Bet- und Schulhaus. Es hob damit die bisherige Verweisung des jüdischen Kultus auf Privatgottesdienste auf und rückte damit die jüdischen Gemeinden aus der Ebene der Duldung auf die rechtlicher Anerkennung. Das Gesetz vom 16. 8. 1838 brachte dann weitere, einen großen unbefriedigenden Rest zurücklassende Abschlagszahlungen auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Dauernder Aufenthalt wurde den Juden danach nur in Dresden und Leipzig gestattet. Die Niederlassung ausländischer Juden bedurfte besonderer Genehmigung. Die ansässigen Juden konnten das Bürgerrecht erwerben, jedoch mit Ausschluß der städtischen und bürgerlichen Rechte. Juden durften auch nunmehr Meister werden, aber nur jüdische Lehrlinge beschäftigen. Es wurde eine Prozentnorm für sie geschaffen, 27 für Dresden, 3 für Leipzig. Das Erwerbsleben wurde in seinen Möglichkeiten erweitert, auch der Besitz von je einem Grundstück unter gewissen Bedingungen gestattet und — ein Spätling in der Namensgesetzgebung — die Annahme fester Familiennamen angeordnet.

Das war also der bürgerlich-politische Rahmen, in dem sich das Leben der Leipziger Juden zu der Zeit abspielte, als sie der festen Gemeindebildung entgegenschritt. Das waren zugleich Etappen und Merksteine auf diesem Wege selbst.

Daß die Leipziger Judenschaft schon vor dieser Epoche einer gewissen Organisation nicht entbehrte, ist sicher. Dafür spricht der Umstand, daß wir Vorsteher ausdrücklich z. B. auf Leichensteinen bezeugt finden, und daß, als sie ihre Bemühungen um Konsolidierung des Gemeindelebens aufnahm, eine bestimmte Verfassungsform schon vorlag. Das beweist auch die Tatsache, daß die Leipziger Judenschaft als Gemeinschaft an der Zentralisierung des Wohlfahrtswesens gleichberechtigt neben den verschiedenen Landsmannschaften der Meßjuden in die Erscheinung trat[2]). Was aber fehlte, war der Eigenbesitz wichtiger Institutionen, die einer jüdischen Gemeinde zukommen.

Einen jüdischen Friedhof gab es in Leipzig erst seit 1815. Erst in diesem Jahre erlangten die Brodyer Messejuden vom Rat der Stadt Leipzig ein Friedhofsgrundstück und überhoben damit auch die ansässigen Leipziger Juden der Notwendigkeit, ihre Toten wie bisher nach Dessau zu bringen. Auch der eigenen Betstätte entbehrte die Gemeinde. Sie besaß kein eigenes Betlokal, sondern hatte nur das Mitbenutzungsrecht an der im Harzen-

[2]) Kapp a. a. O. Nr. 5.

schen Hause, Reichsstraße 503 im Hofe, eine Treppe hoch, befindlichen Betstube der Berliner Juden. Der Raum selbst war überaus eng, die Umgebung entsprach wenig der Würde eines Gotteshauses. Im Hof übte ein Böttcher sein Gewerbe aus und legte sich darin auch in der Zeit des Gottesdienstes keinen Zwang auf, so daß in all dem Lärm nur schwer eine andächtige Stimmung aufkommen konnte. Der Kantor dieser „Berliner Synagoge", seit 1816 *Wolff Ulmann,* aus Fürth gebürtig, bezog von den Berliner Juden sein Gehalt, war gleichzeitig auch in der Zeit zwischen den Messen Leiter des Gottesdienstes und religiöses Haupt der kleinen Leipziger Gemeinde. Ihm zur Seite stand ein Schächter, seit 1831 *Meyer Leibowitz Ratzker,* etwa 1803 in Litauen geboren. Auch Ratzker war in der Hauptsache für die fremden Meßjuden tätig, bezog von ihnen seine Haupteinnahme. Er war durch das Schächteramt so sehr in Anspruch genommen, daß er der ihm eigentlich noch obliegenden Verpflichtung zur Erteilung von Religionsunterricht nur höchst unzulänglich nachkommen konnte. Um die Mitte der 30er Jahre — 1837 gab es 7 schulpflichtige Kinder im Alter von 5 bis 13 Jahren — lag der Religionsunterricht völlig im argen. Einige Kinder nahmen am christlichen Religionsunterricht teil, andere genossen Unterricht bei einem Privatgelehrten[3]). Alle Kinder besuchten öffentliche und private christliche Schulen. Für die Aufrechterhaltung des Kultus brachte die Gemeinde 1835 4—500 Taler auf, hinzu kamen noch Ausgaben für die Wohlfahrtspflege.

Als Wunschbild schwebte eigentlich der Leipziger Gemeinde, wie aus einem Bericht des Stadtrats an das Kultusministerium vom 4. 3. 1836 hervorgeht, die Unabhängigkeit von der Berliner Synagoge vor. Der Beweggrund war finanzieller Natur: Während und außerhalb der Messen wurde die Gemeinde in steigendem Maße für Zwecke der Wohlfahrt in Anspruch genommen, ohne daß sie die Möglichkeit gehabt hätte, durch die Einnahme reicher Synagogenspenden, gleich der Berliner und den übrigen Synagogen, ihren Ausfall wettzumachen. Allein sie mußte diesen Gedanken ebenso wie den, daß die konzessionierten Synagogen einen Beitrag von mindestens 10 Reichstalern pro Messe an die Leipziger Gemeinde entrichten sollten, aufgeben. Statt dessen trat eine Zusammenlegung von Synagogen, die im Kultus nicht zu sehr voneinander abwichen, in den Vordergrund der Erörterung.

---

[3]) Dr. med. Homberger aus Mühlhausen i. Th. H. hatte sich aber nicht, wie Kapp a. a. O. Nr. 6 angibt, „*um*taufen" lassen, vielmehr hatte er bei seiner Vernehmung vor dem Rat angegeben, daß er als Schüler des Gymnasialkursus auch „*un*getauft" am christlichen Religionsunterricht teilgenommen hätte. Akten des Leipziger Ratsarchivs Cap. 42 F. 1.

Das Kultusministerium hatte auf Grund protokollarischer Vernehmung einen Entwurf zu einer Verordnung über den israelitischen Kultus und Schulunterricht in den Gemeinden zu Dresden und Leipzig ausgearbeitet. Der Entwurf, der in dieser Form nicht Gesetzeskraft erlangte[4]), sah die Ersetzung der Hausandacht durch öffentliche Andacht und die möglichste Vereinigung aller Gemeindemitglieder in *einer* Synagoge vor. Das war auch das Programm, mit dem *Zacharias Frankel* nach Dresden kam und in Dresden durchdrang[5]). In Leipzig aber mußte eine solche Vereinheitlichung auf erheblich größere Schwierigkeiten stoßen.

Die religiöse Praxis und Anschauung der um die einzelnen Synagogen gescharten landsmännischen Verbände gingen sehr stark auseinander. Auf eine Verschmelzung der Meßbesucher aus den polnischen Landesteilen mit denen aus den deutschen Bezirken war nicht zu rechnen. So versuchte man denn wenigstens die Anhänger der deutschen Synagogen zusammenzufassen; aber auch da ergab sich, daß die Anhänger der Breslauer Synagoge mehr zum Ritus der polnischen Juden neigten, so daß sie aus der ursprünglich angesetzten Kombination ausscheiden mußten. Der Stadtrat und Zacharias Frankel begünstigten das Vorgehen des Gemeinde- und Religionsvorstandes[6]), der im Auftrage der Berliner, Hamburger, Dessauer und Halberstädter[7]) Synagoge am 22. 11. 1836 an den Stadtrat die Bitte um Überlassung eines ausreichenden Geländes zur Erbauung einer Synagoge richtete. Man ging hierbei offenbar von der ja nicht getäuschten Erwartung aus, daß die Kammerverhandlungen die gesetzliche Genehmigung zur

---

[4]) S. Curt Graf: Das Recht der Israelitischen Rel.-Gemeinschaft im Königreich Sachsen. Frankfurt a. M. 1914, S. 16ff.

[5]) S. Emil Lehmann: Ein Halbjahrhundert in der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig. Drsden 1890.

[6]) Der § 18 dieses Entwurfs sah vor, daß der Kultus der gesamten Religionsgemeinde unter der Aufsicht des Religionsvorstandes stehen sollte. An seine Spitze sollte in Dresden der Rabbiner treten. In Leipzig sollte er aus dem Kantor, dem Schächter und 2 von der dortigen Gemeinde zu wählenden Familienvätern gebildet werden, die ihrer religiösen Gesinnung nach vorteilhaft bekannt und gut unterrichtet seien. Ohne daß der ganze Entwurf in Kraft trat, wurde doch der Leipziger Gemeinde durch das an den Stadtrat gerichtete Ministerialreskript vom 12. 10. 1835 die Wahl eines solchen Religionsvorstandes oder Religionsausschusses vorgeschrieben. Aus der Wahl der Gemeinde gingen als weltliche Mitglieder der Gemeindevorsteher Levi Bendix und sein Vorgänger Adolph Meyer hervor. Bendix erscheint also in den Akten in Doppelrolle. Dadurch werden die Verwechslungen bei Kapp a. a. O. Nr. 6 erklärlich.

[7]) Um zu illustrieren, wie weit der Begriff „Landsmannschaftlich" zu fassen sei, sei hier angeführt, daß sich zur Halberstädter Synagoge auch Juden aus Bayern, Württemberg, Baden, beiden Hessen, Frankfurt a. M., Nassau, Westfalen, Hannover und Braunschweig hielten.

Grundstückserwerbung zeitigen würden. Außerdem fühlte man sich finanziell kräftig genug, um ein geräumiges, würdiges und der Stadt zur Zierde gereichendes Gebäude aufführen zu können. Der Stadtrat machte auf Vorschlag der gemischten Baudeputation, die den Pichschuppen empfahl, eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung. Er beantragte unentgeltliche Überlassung des Platzes, so lange er seiner religiösen Aufgabe diene, und bat um einstimmige Genehmigung der Vorlage „in Erwägung des edlen Zweckes und der gewichtigen Rücksichten, welche den hiesigen Messen zu widmen sind" (3. 7. 1837). Frankel, der regelmäßig z. Zt. der Michaelismesse zu Schulprüfungen nach Leipzig kam, betrieb eifrig den Plan des Synagogenbaus, ebenso drängte der Vorsteher der Gemeinde und des Religionsausschusses, *Levi Bendix;* denn jede Messe, in der das Projekt nicht weiterkam, bedeutete einen erheblichen Aufschub und war für die Bildung des Bauvereins und die Regulierung all seiner Obliegenheiten, vor allem der Geldbeschaffung, verloren.

Die Angelegenheit rückte aber lange nicht von der Stelle, um schließlich ganz zu scheitern. Anfangs stand ein anderes Projekt hindernd im Wege, das in der Stadtverordnetenversammlung schwebte; später, als vonseiten der Behörden keine Schwierigkeiten vorlagen, ergaben sich neue Verwicklungen dadurch, daß der Vorstand der Leipziger Jüdischen Gemeinde: *M. A. Aschard, John B. Oppenheimer* und *Eduard Boas* die Verwirklichung des Planes kaum betrieben. Schließlich konnte das ursprünglich vorgesehene Areal, der Pichhof, wegen Straßenregulierung nicht mehr abgegeben werden. Auch Verhandlungen über andere Plätze gelangten nicht zum Abschluß[8]). Welche inneren Schwierigkeiten dabei mitsprachen, läßt sich schwer sagen. Es ist anzunehmen, daß letzten Endes Rücksichten finanzieller Natur den Ausschlag gaben.

Die Möglichkeiten, die das Gesetz von 1837 ihr gab, hatte also die Leipziger Jüdische Gemeinde nicht voll ausgenutzt. Die Absichten des Gesetzgebers, der in der Verbesserung von Kultus und Unterricht ein Mittel staatsbürgerlicher Heranbildung gegeben haben wollte, konnten ihr dennoch, zunächst wenigstens teilweise, zugute kommen. Frankel, der sich durchaus als Oberrabbiner von Dresden *und* Leipzig fühlte, hatte vom Kultusministerium 1837 den Auftrag, ein Regulativ für den israelitischen Kultus und Unterricht in Leipzig, unter möglichster Berücksichtigung des alten Regulativentwurfes der Regierung und des danach gearbeite-

[8]) Vgl. auch die Darstellung dieser Entwicklung in dem Abschnitt „Entwicklung der gottesdienstlichen Verhältnisse bis zur Einweihung der Gemeindesynagoge".

ten Dresdener Regulatives zu verfassen. Er hatte aber darauf verzichtet, weil es ihm zwecklos erschien, etwas zu normieren, zu dessen Durchführung unter den obwaltenden Synagogenverhältnissen — und diese müssen nach Frankels Schilderung in der alten Betstätte in der Reichsstraße elend genug gewesen sein — diejenigen, denen die Norm galt, keine Macht hatten. In Frankels Amtsbefugnissen lag aber an sich auch ohne ein solches Spezialregulativ für Leipzig ein genügendes Maß von Einwirkung auf den dortigen Kultus und Religionsunterricht begründet.

Von dem ministeriellen Auftrag von dem Jahre 1837 war der Leipziger Jüdischen Gemeinde offiziell nichts bekannt geworden. Sie legte daher auch auf das Spezielle des Dresdener Regulativs nicht den entscheidenden Wert, als sie in den 40er Jahren daran ging, ihrem Gemeindeleben eine feste organisatorische Form zu geben. Kurz bevor sie das unternahm, schuf sie sich ein Instrument, das als Symptom kräftig pulsierenden jüdischen Gemeinschaftslebens zu werten ist. Neben dem bereits bestehenden Wohltätigkeitsverein trat, ihn ergänzend — im Mai 1842 —, ein Brüderverein חֶ֫בְרָה גְמִילוּת חֲסָדִים für Krankenpflege und Leichenbestattung. Seine Statuten wurden vom Gemeindevorstand: M. Aschard, John B. Oppenheimer und Eduard Boas dem Stadtrat zur Bestätigung vorgelegt. Auf Antrag der Deputierten des Jakobshospitals mußten einige Paragraphen, die sich auf die Ausübung letzter Liebespflichten in den Räumen des Hospitals bezogen, umgeändert werden[9]).

Diese Neugründung war wohl darauf zurückzuführen, daß sich die Gemeinde gerade im letzten Jahrzehnt verhältnismäßig stark vergrößert hatte. Das Anwachsen der Gemeinde legte es auch nahe, der Verwaltung des Gemeindewesens durch gemeinschaftlich vereinbarte Bestimmungen eine sichere Grundlage zu geben. Man hoffte, mit einer solchen Regelung gleichzeitig „den jüdischen Kultus auf einen Standpunkt zu erheben, der den Anforderungen der Zeit besser entspräche als bisher". In diesen Erwartungen wußte man sich auch mit einer großen Zahl der jüdischen Messebesucher einig[10]). Am 3. 4. 1843 war in der Gemeindeversammlung einstimmig beschlossen worden, daß die Vorsteher, bis dahin drei an der Zahl, sobald als möglich Statuten für die Leipziger Israelitische Gemeinde ausarbeiten sollten. Der Sekretär der Gemeinde, Dr. med. *Veith (Moses) Meyer,* noch nicht lange von Dresden nach Leipzig übergesiedelt, übernahm die Ausarbeitung,

[9]) Die Darstellung bei Kapp a. a. O. Nr. 8 ist völlig irreführend. Er verwechselt die Statuten des Brüdervereins mit den Gemeindestatuten.

[10]) Begleitbrief zu den Statuten vom 30. 6. 1845. Gesamtarchiv der deutschen Juden, Dep. Leipzig B 3.

wobei ihm als Vorbild die Statuten der Jüdischen Gemeinde zu Braunschweig vom Jahre 1832 dienten. Der Statutenentwurf wurde in sechs aufeinanderfolgenden Gemeindeversammlungen Ende Mai und Anfang Juni 1843 aufs genaueste beraten. Bei einzelnen Punkten gab es, wie sich das Protokoll ausdrückt, eine „stürmische und durchaus nicht leidenschaftslose Debatte". Zwei Tendenzen waren in diesen Aussprachen besonders zu bemerken. Einmal der Wunsch, entgegen dem Braunschweigischen Vorbild, das Aufsichtsrecht der Behörden möglichst auszuschalten, zweitens das Bestreben, die Kompetenz der Gemeindeversammlung zu befestigen. / Der Statutenentwurf beschäftigte sich mit der Verfassung der Gemeinde, der Wahl der Vorsteher und der Repräsentanten, dem Steuerwesen und den Verpflichtungen der von der Gemeinde anzustellenden Beamten. Es war ursprünglich im Statutenentwurf überall nach dem Muster von Braunschweig von der *Jüdischen* Gemeinde die Rede; aber da das Gemeindesiegel die Umschrift „Israelitische Gemeinde" zu Leipzig trug, wurde auch in den Statuten diese Bezeichnung eingeführt. Am 7. 7. 1843 ging der Entwurf an den Stadtrat. Ebenso erhielt Zacharias Frankel ein Exemplar [11]).

Zacharias Frankel erklärte in der auf seine Veranlassung eigens dazu einberufenen Gemeindeversammlung vom 27. 8. 1843 seine Zustimmung zum Statutenentwurf, wünschte aber nur, daß in dem Abschnitt, der von der Aufstellung des Gemeindeetats handelte, eingeschaltet werde, es seien unter den Ausgaben „vorzüglich die für die Leipziger Synagoge zu verstehen". Die Gemeindeversammlung war damit einverstanden und ein entsprechender Nachdruck wurde beim Stadtrat eingereicht [12]). Der Referent des Stadtrats — Seeberg — fand die Statuten zu allgemein gehalten und rügte vor allem, daß aus ihnen die Begrenzung der Kompetenzen der Gemeinde auf Kirche, Schule und etwa das Armenwesen zu wenig hervortrete. Er vermißte, ohne zu bedenken, daß dieser sein Vorwurf unsubstanziert war, die Berücksich-

[11]) Der dem Stadtrat übergebene Entwurf trägt merkwürdigerweise nicht die Unterschrift des gesamten Vorstandes. Zwei seiner Mitglieder, M. Aschard und John B. Oppenheimer, hatten in letzter Minute ihre Unterschrift verweigert. Der eine, weil er gegen die im Statut verankerte hohe Erbschaftssteuer war, der andere, weil er in den von der Gemeindeversammlung gutgeheißenen Bestimmungen, die die Nichtannahme von Ämtern verhindern sollten, eine Beschränkung der persönlichen Freiheit sah. Beide Maßnahmen der Statuten hatten aber ihren Grund in der Kleinheit und noch unentwickelten Leistungsfähigkeit der Gemeinde.

[12]) In dieser Versammlung wurde Frankel auch feierlich versprochen, daß nach Inkrafttreten der Statuten einer der ersten Beratungsgegenstände die Bewilligung einer angemessenen jährlichen Remuneration für ihn sein werde.

tigung des von Frankel entworfenen Kultus- und Unterrichtsregulativs für die Dresdener Gemeinde von 1837. Frankel selbst aber riet in seinem vom Rat eingeforderten und am 23. 10. 1843 erstatteten Gutachten von einer etwaigen grundlegenden Umarbeitung der Statuten ab, um das von ihm freudig begrüßte Einigungswerk nicht zu verzögern und zu gefährden. Die notwendigen Einzelbestimmungen über das Kultusleben wollte er einem später noch zu entwerfenden Regulativ vorbehalten. Man sollte darum diese Statuten eben als nur „zeitweilig normierend" betrachten [13]). Am 17. 5. 1844 ging ein Bericht des Rates an das Kultusministerium ab, in dem noch einmal die Frage erörtert wurde, ob es nicht zweckmäßig sei, den ganzen Statutenentwurf mehr in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Verordnungsentwurf des Ministeriums vom Jahre 1835 und mit dem Regulativ für die Dresdener Gemeinde von 1837 zu bringen. Im besondern wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Statuten es vermieden hätten, die Institution des 1835 vorgeschriebenen Religionsausschusses in die neue Gemeindeverfassung hinüberzunehmen.

Das Ministerium nahm im allgemeinen Frankels Standpunkt ein und zeigte sich geneigt, schon jetzt die Statuten mit den gewünschten kleinen Abänderungen und mit den entsprechenden Vorbehalten zu genehmigen. Das Statut sollte nach Vornahme der gutgeheißenen Änderungen von den Vorstehern der Israelitischen Gemeinde vollzogen werden. Da inzwischen aber ein Konflikt zwischen dem damaligen lange im Amt gelassenen Vorstand und der Gemeinde entstanden war, der zu einer Abdankung des Gesamtvorstandes geführt hatte, konnte man dem Auftrage des Ministeriums nicht genau nachkommen. Man half sich damit, daß die einzelnen Mitglieder den umgeänderten Statutenentwurf unterzeichneten. Nun ging der abgeänderte Entwurf an das Ministerium. Aber dort tauchten jetzt neue Bedenken gegen einzelne Bestimmungen auf. Vor allem nahm das Ministerium Anstoß daran, daß die Gemeinde zur Sicherung ihrer Finanzen eine Abzugs- und Erbschaftssteuer vorgesehen hatte und bestand auf deren Streichung. Nach Vornahme der vorgeschriebenen Änderungen kamen die Statuten, unterschrieben von allen in Leipzig ansässigen Mitgliedern, nach Dresden zurück. Von da aus gingen sie zur nochmaligen Begutachtung an die Kreisdirektion nach Leipzig, die ihrerseits darüber an das Innenministerium berich-

[13]) Bemerkenswert ist es, daß Frankel verlangte, in den Statuten sollte eindeutig festgelegt werden, daß ein etwa später anzustellender Prediger vom Oberrabbiner zu approbieren sei. Als Grund dafür führte er u. a. das Fehlen einer jüdisch-theologischen Fakultät an, durch deren Zeugnisse sich die Kandidaten über ihre Qualitäten ausweisen könnten!

tete. Hierauf setzten Verhandlungen zwischen dem Ministerium des Innern, dem Kultus- und Justizministerium ein.

Der Niederschlag all dieser Verhandlungen ist in dem Schreiben zu finden, das endlich am 20. 2. 1846 die Leipziger Kreisdirektion an den Stadtrat richtete. Der prinzipiell wesentlichste Einwand gegen die Statuten, wie sie bis dahin geworden waren, bestand darin, daß die ursprüngliche Bestimmung des Statuts (§ 2), wonach der Vorsitzende die Gemeinde in allen inneren und äußeren Gemeindeangelegenheiten vertreten sollte, über die Absichten der sächsischen Judengesetzgebung durchaus hinausging. Man erblickte darin eine Ausweitung der Gemeindezuständigkeiten, eine Anmaßung von Korporationsrechten und eine Verkennung der Grundidee sächsischer Judengesetzgebung, wie sie seit dem Mandat von 1746 sich zu erkennen gegeben habe[14]). Man wies demgegenüber darauf hin, daß Rechte nur für die einzelnen Juden bestünden und nur dann, wenn sie ihnen ausdrücklich zugebilligt seien. Unterstrich noch die Besonderheit des nur auf die Zwecke des Kultus und Unterricht gerichteten Gesetzes vom 18. 5. 1837 und verlangte eine Abschwächung des angefochtenen Paragraphen dahin, daß der Vorsteher die Gemeinde in Verwaltungs- und Rechtsstreitigkeiten nicht vertreten könne. Die umfangreichen Ausführungen, die zu dieser Frage gemacht wurden, sprachen dafür, wie weit man im Augenblick an maßgebender Stelle noch davon entfernt war, den sächsischen Juden die staatsbürgerliche Gleichberechtigung schlechthin zuzugestehen. Zur genauen Kompetenzabgrenzung wurde nun auch verfügt, daß überall da, wo bisher im Entwurf von der Gemeinde die Rede war, die Bezeichnung „Religionsgemeinde" gesetzt wurde. *So entstand also jetzt die Benennung für die Leipziger Gemeinde, die noch heute für sie maßgebend ist.*

Am 21. 5. 1846 reichten Dr. Veith Meyer und Eugen Marcus im Auftrage der Religionsgemeinde die wunschgemäß geänderten Statuten ein. Vier Mitglieder hatten ihre Unterschrift verweigert. Zwei — Hartwig Anton Aschard und sein Bruder Marcus, der langjährige Vorsteher der Gemeinde — begründeten das damit, daß sie nicht den Anschein aufkommen lassen wollten, als hätten sie mit der Zustimmung zu der geforderten Endumarbeitung auch die in der Verfügung der Kreisdirektion aufgeführten Motive der Gesetzgebung anerkannt. Von dieser Demonstration sticht sehr die klägliche Erklärung des dritten Unterschriftverweigerers ab; denn er konnte seinen Schritt nur damit begründen, daß er sich

[14]) S. über das Mandat die Arbeit von Költzsch: Kursachsen und die Juden in der Zeit Brühls. Engelsdorf-Leipzig 1928.

demnächst taufen lassen wollte, so daß ihm die Hergabe seiner Unterschrift nicht mehr sehr zweckvoll erschien. Die letzte Unterschrift aber fehlte, weil das betreffende Mitglied aus der Einrichtung des Betsaales noch eine Restforderung an die Gemeinde in Höhe von 800 Talern hatte und auf diese Weise einen Druck auf die Gemeinde ausüben wollte[15]). Noch einmal hatten die Statuten sich kleine stilistische Änderungen gefallen zu lassen, und dann endlich wurde am 23. 9. 1846 vom Kultusministerium die förmliche Genehmigung der „provisorischen Statuten der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig" erteilt[16]).

Es bleibt noch übrig, aus dieser Verfassungsurkunde der Leipziger Gemeinde die wesentlichsten Bestimmungen herauszuheben. Die Gemeinde — und das ist das Entscheidende — ist eine Zwangsorganisation. Jeder Israelit, sobald er Einwohner oder Bürger Leipzigs und vom Leipziger Magistrat als selbständig anerkannt war, war Mitglied der Religionsgemeinde. An der Spitze der Gemeinde stand ein Vorstand, bestehend aus einem Vorsteher und zwei Repräsentanten. Aus der Mitte der Gemeinde wurde ein Sekretär ernannt. Diese vier Ehrenbeamten entsprachen der Verwaltungskörperschaft, wie wir sie bisher schon in der Leipziger Gemeinde angetroffen hatten. Für Steuerfragen wurden noch zwei Beisitzer und für den gesamten Vorstand Vertreter gewählt. Die Amtsperiode all dieser Ehrenbeamten umfaßte drei Jahre. Das zweite ganz demokratische und der noch geringen Größe der Gemeinde angepaßte Element der Gemeindeverfassung stellte die Gemeindeversammlung dar. Sie mußte vor jeder Statuten- und Steuerverfassungsänderung gefragt werden. Gemeindebeschlüsse, die die Statutenänderungen oder Erweiterungen betrafen, bedurften der Genehmigung des Kultusministeriums. Alljährlich hatte die Gemeindeversammlung über den Etat und nach Befinden des Vorstandes über alle Gemeindeangelegenheiten von besonderer Wichtigkeit zu entscheiden. Zur Beschlußfähigkeit gehörte eine Mindestzahl von zehn Gemeindemitgliedern und die Anwesenheit des Vorstandes oder dessen Stellvertreter. Stimmberechtigt waren alle steuerpflichtigen und in Leipzig ansässigen Gemeindemitglieder, soweit nicht die auch für die Gemeinde geltenden

---

[15]) Die Frage des Eigentums an der neuen Leipzig-Berliner Synagoge und ihre Bezeichnung als Gemeindesynagoge war zur Zeit der Statutengenehmigung noch immer umstritten, wie das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 6. 1. 1847 beweist. (Dep. Leipzig B 3.)

[16]) Die Bewertung und Bezeichnung der einzelnen Phasen in der Entstehung der provisorischen Statuten durch Kapp a. a. O. Nr. 8 ist völlig irreführend. Auch hat er nicht einmal die endgültige Fassung der provisorischen Statuten berücksichtigt.

Wahlbestimmungen der allgemeinen Städteordnung dem entgegenstanden. Die weiblichen Gemeindemitglieder besaßen ein aktives fakultatives, entbehrten aber das passive Wahlrecht. Die Stimmenabgabe konnte unter gewissen Bedingungen auch brieflich erfolgen. Die Leitung der Gemeindeversammlung lag in der Hand des Gemeindevorstehers. Zur Wahl des Vorstehers und seines Stellvertreters bedurfte es der absoluten Majorität, bei der der übrigen Beamten genügte die einfache. Jahresabrechnungen und Etatsentwürfe gingen den Gemeindemitgliedern jährlich zu. Die Gemeindesteuern richteten sich nach Vermögen und Einkommen und sollten möglichst unter Berücksichtigung der Lage jedes Einzelnen aufgestellt werden. Über die entscheidenden Einzelheiten der Steueransetzung ist in dem Statut aber nichts zu finden. Auswärtige, die sich in Leipzig trauen ließen — dies konnte nur mit Zustimmung des Dresdener Oberrabbiners geschehen — hatten eine Abgabe von 5—25 Talern zu entrichten, neu nach Leipzig übersiedelnde Juden ein Aufnahmegeld von 30—150 Talern. An Gemeindeangestellten wird im Statut nur ein Religionslehrer erwähnt und ein Schächter, der zugleich die Stelle des Synagogendieners mit versehen sollte. Das Gehalt hatte die Gemeindeversammlung festzusetzen. Es wurde im Statut auch mit der Möglichkeit der späteren Anstellung eines Predigers, der dann zugleich den Religionsunterricht übernehmen sollte, gerechnet und im übrigen vermerkt, daß „das speziell über die Einrichtung der Synagoge, Schule und deren Unterhaltung durch ein besonderes, höherer Konfirmation zu unterstellendes Regulativ geordnet werden sollte".

Mit der Genehmigung der Statuten durch das Ministerium waren diese aber von seiten der Gemeinde de facto noch nicht in Geltung gesetzt worden. Es war nämlich durch Resolution der Kreisdirektion angeordnet worden, daß die Unterschriftsverweigerer von der Gemeindemitgliedschaft ausgeschlossen bleiben sollten. Darin sah die Gemeinde mit Recht eine große Gefahr; denn damit war die Aufhebung des Zwangscharakters der Gemeindeorganisation eigentlich gegeben und der Bestand der Gemeinde, die die Steuerkraft keines einzelnen entbehren konnte, aufs höchste gefährdet. Sie erhob am 22. 11. 1846 deshalb einen Einspruch gegen diese Maßnahme beim Ministerium, indem sie ausführte, daß unter den gegebenen Umständen es ihr unmöglich gemacht werde, die Einrichtungen des Kultus im weitesten Sinne genommen, die ihr als Aufgabe der Gemeinde vorschwebten, aufrecht zu erhalten. Die Gemeinde hatte beschlossen, die Statuten so lange zu suspendieren, bis das Verhältnis der Unterschriftsverweigerer zur Gemeinde im positiven Sinne geklärt sei. Der



Henriette Goldschmidt



Rosa Porges



Mathilde Goldschmidt



Regina Pfefferblüth



Alexandra Eitingon

Verdiente jüdische Frauen

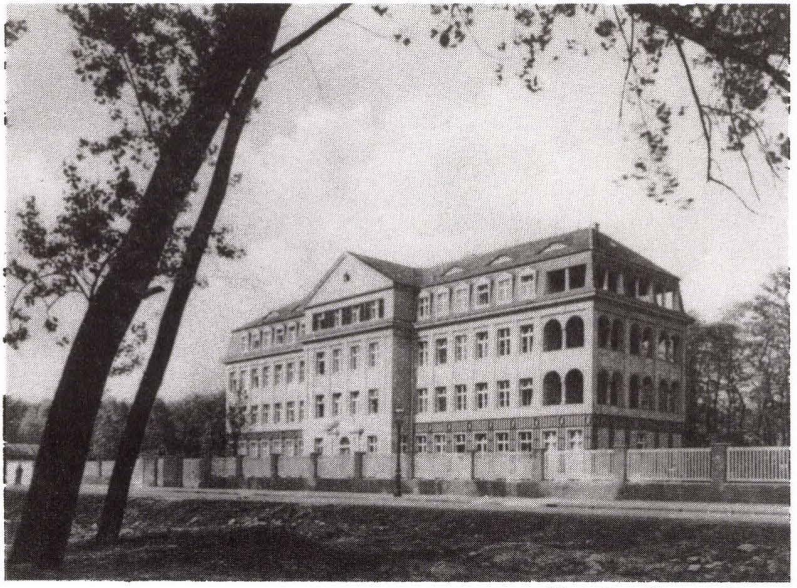


Photo Ernst Hoenisch, Leipzig

Eitingon-Krankenhaus



Photo Irma Cohn, Leipzig

Ariowitsch-Altersheim



Kinderheim (Leipzig-Loge) Nach einer Federzeichnung von Arch. Wilhelm Haller



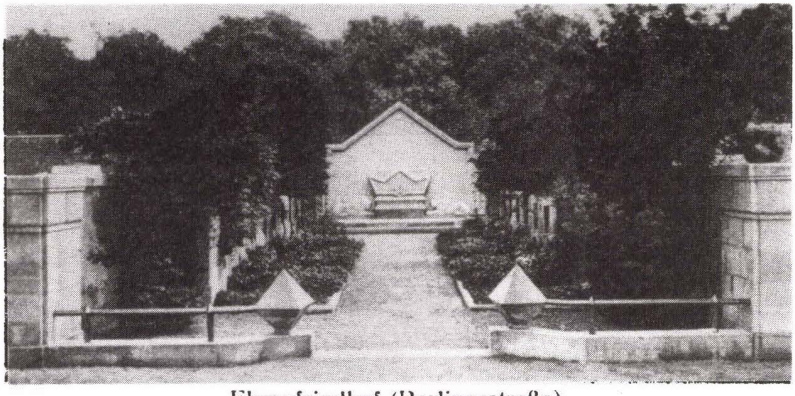
Photo Irma Cohn, Leipzig

Kindererholungsheim Dürrenberg (Israel. Wohltätigk.-Verein)

– Anstalten



Teilbild des ersten Friedhofes (im Johannistal) Photo Irma Cohn, Leipzig



Ehrenfriedhof (Berlinerstraße)



Vom neuen Friedhof (Hauptgebäude)

Von den Friedhöfen

Konflikt wurde dadurch beigelegt, daß einer von den Unterschriftsverweigerern noch nachträglich das Statut unterzeichnete, die übrigen aber sich zur Beitragszahlung bereit erklärten.

Rascher als in Dresden, wo man sich zu gleicher Zeit, allerdings unter anderen historischen Voraussetzungen, um Neugestaltung der Gemeindeverfassung bemühte, hatten in Leipzig die auf die Schaffung des Gemeindestatuts gerichteten Bestrebungen zum Ziel geführt. Nach mancherlei Schwierigkeiten und auch nach Unstimmigkeiten, die auch auf die Gemeindefinanzen nachteilig eingewirkt hatten[17]), war in Leipzig endlich eine Organisation im Sinne des Gesetzes vom 15. 8. 1837 geschaffen worden. In den Stürmen des Jahres 1848, das auf die Trennung von Staat und Kirche hindrängte, mochten die provisorischen Statuten wohl manchem als „vormärzliches Machwerk" erscheinen[18]). Im Ganzen der Gemeindegeschichte gesehen bedeuteten sie doch, um Frankels Worte zu zitieren, „die eigentliche Genesis, das Inslebentreten der Leipziger Israelitischen Religionsgemeinde".

DIE ENTWICKLUNG DER GOTTESDIENSTLICHEN VERHÄLTNISSE BIS ZUR EINWEIHUNG DER SYNAGOGE

VON RABBINER GUSTAV COHN*)

Erst elf Jahre, nachdem die Gemeinde ihre gesetzliche Form erhalten hatte, weihte sie ihre Synagoge, obwohl die Schaffung einer eigenen Betstätte nicht zum wenigsten zu ihrer Gründung gedrängt hatte. Ursache dieser Verzögerung waren Momente, die aufs engste mit den Messen zusammenhingen: es hemmten die Betlokale, die für die Zeit der Messen eingerichtet waren, und mit deren Bestehen dem dringendsten Erfordernis Genüge geschah. Man konnte nicht gut von einer unaufschiebbaren Dringlichkeit sprechen. Andererseits stand die junge Gemeinde vor der schweren Aufgabe der Errichtung einer Synagoge, die weit über die Be-

---

[17]) In welche Verwirrung die Gemeindeverhältnisse tatsächlich geraten waren, kann man schon daraus entnehmen, daß der Gemeindeschächter und -Diener *Ratzker* 2½ Jahre ohne jedes Gehalt geblieben war.

[18]) Einen heftigen Kampf um das Prinzip der Zwangsgemeinde führte, wenn auch vergeblich, *Isidor Kaim*, der unter dem Namen K. Sidori im Jahre 1840 die Geschichte der Juden in Sachsen behandelt hat. Er fühlte sich durchaus als „guter Jude" und war bei diesem Vorgehen offenbar nur von dogmatischem Bedenken geleitet. Siehe darüber: Dep. der Religionsgemeinde Leipzig D 2 und Akten des Ratsarchivs, Kap. 42, F No. 1 vol. 2.

*) Unter Benutzung von unveröffentlichtem Material aus dem Ratsarchiv, nach Studien des Herrn *Arno Kapp*.

dürfnisse der doch noch wenigen hier ansässigen Juden hinaus angelegt sein mußte, um den vielen Hunderten von jüdischen Meßgästen Raum zu bieten.

Schon recht frühzeitig war die Zahl der jüdischen Meßgäste so groß, daß sie zur Abhaltung ihrer Gottesdienste wohl eine ganz stattliche Synagoge benötigt hätten; auch zu den erforderlichen Opfern wären sie sicherlich gerne bereit gewesen. Aber wie schon oben angedeutet[1]), gerade hinsichtlich der Beschränkungen, die dem Gottesdienst der Messebesucher auferlegt wurden, fanden die Maßnahmen der städtischen Behörden fast ausnahmslos Billigung und Förderung der kurfürstlichen Regierung. So kam es, daß es schon einen wichtigen Fortschritt bedeutete, als die jüdischen Messebesucher ihre Gottesdienste in gemieteten Räumen halten durften.

Um die Wende des 17. Jahrhunderts schwebte ein heftiger Streit, in dem der Leipziger Rat jegliche Versammlung von Juden zu gemeinsamem Gebet, jegliche Kultübung unterbinden wollte. Man ging dabei so weit, daß den Juden sogar *gemeinsame Mahlzeiten verboten* wurden[2]). Mag sein, daß solche Zusammenkünfte zur Umgehung des Verbotes der Gottesdienste benutzt worden waren[3]), doch würde gerade dies beweisen, wie rücksichtslos der Abhaltung von gemeinsamen Andachtsübungen entgegengetreten werden sollte. Mit einer unbeugsamen Hartnäckigkeit verharrte der Rat auf diesem seinem Standpunkt und ließ sich, um seine Absichten durchzusetzen, selbst zur Entstellung der Tatsachen hinreißen. Nicht nur, daß er sich 1698 auf eine „Augsburger Polizeiordnung" von 1530 stützte, wonach es gegen das „uralte Herkommen und Verfassung dieser Lande" verstoße, den Juden den Gottesdienst zu gestatten — er verstieg sich zu der Behauptung, daß die Juden, die ja seit mehr als 200 Jahren die Messen besuchten, niemals Gottesdienst abgehalten und niemals solchen gefordert hätten[4]). Mit Recht weist *Költzsch* darauf hin, daß eine solche Darstellung offensichtlich der Wahrheit widersprach[5]): es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Juden, die zur Messe nach Leipzig kamen,

---

[1]) S. S. 11 f.

[2]) Költzsch a. a. O. S. 117 f.

[3]) 1691 bemühten sich die jüdischen Meßgäste um die Genehmigang, daß sie „um die Essenszeit sich bey ihrem Koche einfinden, daselbsten in aller Stille ... mit einander Mahlzeit, und zwar öffentlich, daß die Gerichtsdiener darbey ab- und zugehen können, halten wollten"; es muß ihnen demnach der Vorwuf des Mißbrauchs solcher Zusammenkünfte gemacht worden sein.

[4]) Emil Lehmann, Der polnische Resident Berend Lehmann in: Gesamm. Schrift. 1, 120.

[5]) A. a. O. 119.

schwer unter dem Verbote der Gottesdienste litten, daß sie nichts unversucht ließen, um gerade diese Beschränkung zu beseitigen, und daß sie, da eine offene Zustimmung nicht zu erlangen war, das Verbot insgeheim umgingen. Dies um so mehr, als in die jeweils mehrere Wochen dauernden Messen nicht nur regelmäßig mehrere Sabbathe, sondern häufig auch Feiertage, fast immer (zur Zeit der Michaelismesse) auch die höchsten Feiertage fielen.

Soviel steht jedenfalls fest, daß dem Bau von Laubhütten für das Sukkosfest erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts Widerstand entgegengestellt wurde. Ein kurfürstliches Mandat vom 14. Mai 1693 erlaubte den Juden „ihr auf die Michaelismessen einfallendes Lauber-Hütten-Fest auf Arth und Weise, wie sonst geschehen, zu halten.."[6]). Aus diesem Mandat ist zu folgern, daß lange Zeit hindurch kein Verbot der Laubhütten bestanden hat, daß später erst vom Leipziger Rat ein solches erlassen worden, vom Kurfürsten aber wieder aufgehoben wurde. Der Rat ließ keine Ruhe. Er erwirkte eine Bestätigung seines Verbotes[7]) durch den Kurfürsten Johann Georg IV. August der Starke hob jedoch am 8. April 1698 diese Verordnung wieder auf und gestattete sogar ausdrücklich die Gottesdienste der Juden „in ihren Logiamentern"[8]). Diese Erlaubnis ging gewiß auf Bemühungen der Juden zurück und straft die Darstellung des Rates Lügen, als ob die jüdischen Meßgäste in älteren Zeiten keinerlei Verlangen nach Gottesdiensten bekundet hätten.

Gegen das weitgehende Zugeständnis Augusts des Starken wehrten sich nun die Leipziger mit allen Mitteln: der Rat erhob einen geharnischten, von Herabsetzung der Juden, ihrer Religion und ihres Charakters erfüllten Einspruch; er holte sich Hilfe beim Oberkonsistorium, das eine womöglich noch schärfere Tonart anschlug: Die Juden trieben abscheuliche Abgötterei und Gotteslästerung. Lasse man sie, drohe Gottes schwerer Zorn und Strafe... Der Gottesdienst der Juden bereite schwachen Christen, die ihm beiwohnen, Ärgernis. Auf Betreiben der Leipziger dürfte dann auch der Bericht des Geheimen Rates erfolgt sein, der sich darauf berief, daß die Juden in ihren Synagogen die Christen aufs schändlichste verlästerten und verfluchten, *„wie verschiedene bekehrte Juden in ihren Schriften bezeugen"*[9]).

Wenn auch alle diese Schritte zunächst ohne Erfolg blieben, schließlich führten sie doch zu einer Erneuerung des früheren Verbotes am 4. Januar 1704 durch den Rat unter Berufung auf die

---

[6]) Ratsarchiv Z. 205.
[7]) 1693 Sept. 20: Emil Lehmann a. a. O. 119.
[8]) Ebenda 120.
[9]) Ebenda 121.

landesherrliche Anordnung[10]). Im gleichen Sinne lautete auch ein Landtagsabschied sieben Jahre später[11]). So mußten die Juden ihre Bemühungen erneut aufnehmen. Vermutlich mit nicht großem Erfolge, wenn auch die Verhältnisse schwankend waren. Jedenfalls sah sich der Rat veranlaßt, 1737 noch einmal in einem (wiederum ungemein unfreundlichen) Gutachten gegen die Gottesdienste Stellung zu nehmen[12]). Sonderbar genug nimmt sich darin die Behauptung aus, man habe die Juden nie in ihrer Gewissensfreiheit gekränkt (!). Mit zynischer Gehässigkeit stellt das Dokument fest, die Juden hätten sich während der weit mehr als zwei Jahrhunderte, seitdem sie zu den Messen kämen, trotz der bestehenden Verbote nicht hindern lassen, „die hiesigen Messen zu frequentieren“[13]).

Es liegt wohl kein ausdrückliches Zeugnis darüber vor, alle Wahrscheinlichkeit aber spricht dafür, daß dieser letzte Schritt des Rates durch eine neuerliche Genehmigung der Gottesdienste hervorgerufen war. Die Situation hatte sich inzwischen ja dadurch geändert, daß in Leipzig der Hofjude ständigen Wohnsitz erhalten hatte. Dieser mochte durch persönlichen Einfluß manche Milderung bestehender Härten erwirken. Bemerkenswert ist immerhin, daß schon vor 1724 der Dessauer Rabbinatsassessor R. Nachman b. Jechiel Michel als Meßrabbiner fungierte[14]), also doch Aufgaben des Kultus zu erfüllen hatte.

Über den Erfolg des stadträtlichen Gutachtens gegen die Gottesdienste besitzen wir keine direkte Kenntnis. Es will aber scheinen, als ob die unbeugsame Entschiedenheit, mit der auch noch in diesem Dokument die Ablehnung aller Zugeständnisse ausgesprochen wurde, nicht mehr von allen maßgebenden Stellen in gleicher Weise vertreten wurde. Es sind Kräfte am Werke gewesen, die größere Geneigtheit zeigten, den Juden in ihren religiösen Forderungen weitherziger zu begegnen; und nicht ohne Erfolg. Nur so verstehen wir die Entscheidung, die 1741 der Schöppenstuhl in dem Streite über den Bau von Laubhütten fällte: das Urteil gestand den Juden das Recht zu, in alter Weise das Fest durch Errichtung von Laubhütten zu begehen[15]), und berief sich auf das kurfürstliche Mandat vom 14. Mai 1693[16]), als ob das entgegenstehende

---

[10]) Beier, K. und Dobritzsch, A., Tausend Jahre deutscher Vergangenheit in Quellen heimatlicher Geschichte (1911), 1, 431.

[11]) Ratsarchiv Z. 205.

[12]) Költzsch, a. a. O. 117 f.

[13]) Ebenda.

[14]) M. Freudenthal, Aus Mendelssohns Heimat, S. 206, 256.

[15]) Ratsarchiv, Z. 205.

[16]) S. 45, Anm. 6.

vom 20. September des gleichen Jahres nicht erfolgt wäre. Und 20 Jahre später durften ohne Behelligung Betstätten errichtet werden, allerdings nur in privaten, gemieteten Räumen.

Die älteste dieser „Betschulen", von der wir sichere Kenntnis haben, ist die von den *Brodyer* Meßgästen wohl unmittelbar nach dem siebenjährigen Kriege eingerichtete[17]). Bei dem Aufschwung, den die Messe nach dem Kriege nahm, waren polnische, besonders Brodyer Kaufleute, in hohem Maße beteiligt, so daß die Schaffung eines landsmannschaftlichen Gottesdienstes sehr erklärlich ist. Lange Jahre befand sich die Betstätte auf dem Brühl im „Blauen Harnisch"[18]). Es war ein nicht sehr großer Raum, doch noch um 1790 ausreichend, um die etwa 30 Juden, die regelmäßig darin beteten, aufzunehmen. Dann aber schwoll die Zahl in dem nächsten Jahrzehnt derart an — für 1800 wird von etwa 250 Brodyern gesprochen —, daß der Raum viel zu eng wurde. Die Brodyer planten daher die Einrichtung einer neuen Betstätte oder gar einer Synagoge. Zehnjährige Verhandlungen mit dem Rate scheiterten schließlich daran, daß der Rat jedes finanzielle Entgegenkommen ablehnte[19]).

Es war dies aber sicher nicht die einzige Betstätte dieser Art. Wir wissen von einer *Berliner und Hamburger Schule*[20]), die um 1800 schon eine Reihe von Jahren bestanden haben muß[21]). 1822 werden ferner eine *Tykotschiner* und eine *Wilnaer Schule* genannt[22]). 1835 beten die zur Messe erscheinenden Juden, außer in der Berliner „Synagoge" — von der gleich zu sprechen sein wird — in sieben Betstätten: den Brodyer, Warschauer, Dessauer, Wollsteiner, Breslauer, Krakauer und Halberstädter Betlokalen[23]).

Eine besondere Bedeutung gewann die Gründung der Betstätte „Beth Jacob" im Jahre 1820 durch Hamburger und Berliner Juden[24]). Die Weihe dieser Andachtsstätte war ein Ereignis von größter Tragweite: in ihr wurde Gottesdienst „nach dem Muster des Hamburger Tempels", d. h. *mit deutscher Predigt und unter*

---

[17]) In einem Schreiben vom Jahre 1805 betont Josef David Pick, gebürtig aus Lissa, daß er seit 42 Jahren Schuldiener der Brodyer Schule sei; er käme zu jeder Messe mit nach Leipzig, um hier seine Schuldienste verrichten zu können. — Ratsarchiv LI/60.

[18]) Heute Brühl 71, im Hofe rechts im ersten und zweiten Geschoß.

[19]) Ratsarchiv, LI/88.

[20]) Schule im Sinne von Bethaus.

[21]) Ratsarchiv a. a. O.

[22]) Arno Kapp in Lpz. Jüd. Wochenschau 1930, Nr. 5.

[23]) Arno Kapp ebd. Nr. 6.

[24]) Vermutlich an Stelle des schon lange zuvor unter anderem Namen und in anderer gottesdienstlichen Form bestehenden Betsaales der Hamburger und Berliner Juden.

Begleitung der Orgel, gehalten. Schon im Mai 1820 war die Genehmigung der neuen „Erbauungsanstalt" beantragt und darauf hingewiesen worden, daß in ihr den religiösen Andachtsstunden neue Formen zugrundegelegt werden sollten. Der Rat der Stadt Leipzig erwies dem Plane jegliche Förderung und erwirkte auch die Zustimmung des Königs. Die offizielle Bestätigung trägt das Datum des 4. Oktobers; wohl durch mündliche Mitteilung müssen die Leiter der neuen Vereinigung schon früher in Kenntnis gesetzt worden sein; denn schon zum Schlußfeste und Feste der Gesetzesfreude (30. September und 1. Oktober) wurde das Bethaus in großer Feier eröffnet. Als Prediger waren Dr. *Zunz* und Josef *Wolf* gewonnen, *Meyerbeer* hatte für die Feier Gesänge komponiert[25]).

Dieser Gottesdienst erregte begreifliches Aufsehen. Die bedeutendsten Kanzelredner der Zeit wurden für ihn herangezogen: 1821 predigte in ihm *Isak Noa Manheimer*[26]), 1822: *Immanuel Wolf* (seit 1823 Wohlwill genannt)[27]); eine Reihe von Jahren hindurch wiederholt *Isak Levin Auerbach*[28]), ferner *L. Philippson, M. Heß* u. a. Kein Wunder, daß die Gottesdienste eine außergewöhnliche Anziehungskraft ausübten, bei vielen Verständnis für die neuen Formen weckten und dadurch für Nachahmung auch in anderen deutschen Städten oder in anderen Ländern warben. Der Hamburger Prediger Gotthold *Salomon* schrieb 1822 an Isak Noa Manheimer in Kopenhagen: „Es ist in der Tat eine große Idee, in dem Tummelplatz der Weltgeschäfte ein Gotteshaus zu unterhalten und dort gerade die Herzen für das Bessere zu bearbeiten"[29]).

Diesen Gottesdienst machten die in Leipzig ansässigen Juden zu ihrer ständigen Einrichtung, wenn er auch weiter unter der Leitung seiner Hamburger und Berliner Gründer stand und auch als Berliner Synagoge bezeichnet wurde. Gab es auch noch keinen formellen Zusammenschluß der ansässigen Juden, so empfanden sie sich doch als „Gemeinde"; der Gottesdienst heißt denn auch bisweilen: „Synagoge der israelitischen Gemeinde zu Leipzig"[30]). Der am 20. Oktober 1827 verstorbene *Marcus Abraham* wird auf seinem Grabstein als „Vorsteher der hiesigen israelitischen Gemeinde" bezeichnet; ebenso der 1830 verstorbene *Josef Samuel* als der „gewesene Schuldiener der hiesigen Gemeinde"[31]).

---

[25]) Zunz predigte über: Erweckung zum Fortschreiten; Wolf über: Segen der Gottesfurcht. Siehe Kayserling, Bibliothek jüdischer Kanzelredner, S. 8. Vgl. auch: Philippson, Neueste Geschichte[1] 1, 163.

[26]) Kayserling a. a. O. 286. [27]) Ebenda 50.

[28]) Seine Predigtsammlung: Die wichtigsten Angelegenheiten Israels erörtert und vorgetragen in Predigten .. in Leipzig, Leipzig 1828.

[29]) Jahrbuch für jüd. Geschichte u. Literatur 1919, 73.

[30]) Kayserling a. a. O. S. 8.

[31]) Die Gräber auf dem ersten jüdischen Friedhof im Johannistal.

Ohne daß eine gesetzliche Regelung der Niederlassung von Juden in Leipzig erfolgt wäre, hatte sich ihre Zahl dauernd vermehrt. 1832 war die „Gemeinde" schon auf 140 Seelen angewachsen. Begreiflich, daß sich das Bedürfnis nach einer geräumigeren Betstätte, besonders für die Wochen der Messe, und auch der Wunsch nach einem würdigen Gotteshause immer lebhafter einstellte. Die „Berliner Synagoge" hatte durchaus die wohlwollende Förderung der Behörden erfahren dürfen. Die Universität hatte längere Zeit den Saal im Paulinum zur Verfügung gestellt[82]). Später war sie in das „Herzensche Haus"[83]) übergesiedelt, wo sie, immer noch im wesentlichen von auswärtigen (besonders Berliner) Juden unterhalten, doch nur beschränkten Raum haben konnte. Auch die anderen Bethäuser wurden von ihren (Meß-)Gemeinden als unzulänglich empfunden. So ging man denn daran, einen Wandel herbeizuführen.

Auf Bemühungen von jüdischer Seite dürfte es zurückzuführen sein, daß das Ministerium sich zu Anfang des Jahres 1835 über die gottesdienstlichen Verhältnisse in Leipzig Aufschluß verschaffte. Das wenig erquickliche Bild von Verworrenheit, das da entrollt wurde, veranlaßte die Regierung, den Leipziger Juden aufzugeben, daß sie einen „Religions-Vorstand" wählten, und daß die Leipziger und die Meßsynagogen sich vereinigten. Zur Ostermesse 1836 erklärten sich auch die Vertreter der Dessauer und der Halberstädter Synagogen bereit, bei der Vereinigung mit der Leipziger mitzuwirken; die Breslauer lehnten es ab, weil sie, wie auch die Krakauer, Lissaer, Warschauer und Brodyer Juden, die Abweichungen vom bisherigen Ritus nicht mitmachen könnten. Der Oberbürgermeister, vor dem diese Verhandlungen stattfanden, versprach jedes Entgegenkommen seitens der Stadt, falls man zur Verständigung käme. Zur Herbstmesse traten die Vertreter der zur Verschmelzung bereiten Synagogen wiederum zur Erörterung der Frage beim Oberbürgermeister zusammen; hierbei verdichtete sich der Plan so weit, daß im November der Rat um Überlassung eines geeigneten Platzes gebeten wurde.

Inzwischen hatte sich auch die rechtliche Situation erheblich gebessert. Ein königliches Dekret vom 14. Januar 1836 — wohl auf jene Ermittlungen des Ministeriums von 1835 zurückzuführen — übermittelte der ersten Kammer einen Gesetzentwurf, „wonach den Juden in Dresden und in *Leipzig* gestattet wird, ... in eine Religionsgemeinde sich zu vereinigen und als solche ein gemeinschaftliches

---

[82]) J. H. Auerbach a. a. O. S. VIII, Anm.

[83]) Das (noch heute bestehende) Haus von Elkan Herz (1751—1816) auf der Reichsstr. Nr. 34 (früher 503).

Bet- und Schulhaus zu haben, auch damit sie ein solches durch Ankauf eines Gebäudes oder durch Erwerbung eines Bauplatzes errichten können, die zeitherigen Bestimmungen wegen des Verbots von Grundbesitz, ingleichen einen besonderen Ort zu gemeinschaftlicher Verrichtung ihrer jüdischen Ceremonien noch sonst einen öffentlichen Kultus zu haben, *insoweit* aufgehoben werden"[34]). Die Aussicht auf diese Neuordnung trug wohl wesentlich dazu bei, daß die Synagogenfrage mit Eifer betrieben wurde, und um so eifriger, als der Entwurf am 18. Mai 1837 zum Gesetz erhoben worden war[35]).

Schon zu Ende des Jahres konnte ein „Central-Comité der allgemeinen Synagoge", bestehend aus den in Leipzig ansässigen *M. A. Aschard, L. Bendix, Adolph Meyer jun.* und *John B. Oppenheimer,* mit einem fertigen Finanzierungsplan vor die Öffentlichkeit treten; als Sekretär zeichnete Dr. *Fürst*[36]). Man rechnete mit Baukosten von 15 000 Taler, die teils durch Subskription freiwilliger Spenden, teils durch Darlehn gegen 4%ige Schuldscheine zu 100, 50 und 25 Taler aufgebracht werden sollten. Als treibende Kraft wirkte der Dresdener Oberrabbiner Dr. *Zacharias Frankel,* der in dieser seiner Eigenschaft zugleich als Rabbiner über die Leipziger Juden gestellt war. Er predigte am 14. Oktober und am Feste der Gesetzesfreude in der Synagoge der Berliner, „welche die eingeborenen Leipziger in Ermangelung einer eigenen Synagoge besuchen"[37]), und erließ bei dieser Gelegenheit einen warmen „Aufruf an Israel zur Errichtung eines allgemeinen israelitischen Gotteshauses zu Leipzig"[38]). Eine Reihe angesehener Männer aus verschiedenen Orten setzten befürwortend ihre Namen hinzu; aus Berlin: *Itzig Wolff Meyer* (Firma J. u. M. W. Meyer), *Benny Rathenau* (Firma Haller & Rathenau); aus Hamburg: *Leopold B. Oppenheimer* (Firma H. B. Oppenheimer), *Louis Lazarus;* aus Frankfurt a. M.: *S. D. Oppenheim;* aus Dessau: *B. Lehmann* (Firma Wolff Jacobi & Co.), *Hermann Rieß;* aus Brody: *Israel Bodeck.*

Inzwischen waren die Verhandlungen mit dem Rat wegen Überlassung eines geeigneten Grundstückes soweit gediehen, daß im

---

[34]) Allgem. Zeit. d. Judent. 1836, S. 15.

[35]) A. Levy, Geschichte der Juden in Sachsen (1900), S. 91.

[36]) Dr. Julius Fürst, damals 32 Jahre alt, war Privatdozent für orientalische Sprachen, 1857 Lector publicus, 1864 (als erster Jude) Professor an der Universität; er starb 1873. Wegen seiner Verdienste um die Leipziger Gemeinde war er 1869 zum Ehrenmitglied der Gemeinde ernannt worden.

[37]) Allg. Zeit. d. Judent. 1836, S. 406.

[38]) Die Aufrufe Frankels und des Central-Comités erschienen als kleine Flugschrift; sie dürfte vor allem bei der Neujahrsmesse 1838 verbreitet worden sein.

Dezember 1837 drei Plätze vorgeschlagen wurden, von denen nur der sogenannte „Pichhof“[39]) ernsthafter in Frage gezogen werden konnte. Aber auch dieser Plan begegnete beim Rat wie bei der Gemeinde noch manchen Bedenken. Die Stadt hatte anfänglich noch andere Absichten mit dem Areal und brachte deshalb verschiedene andere Plätze in Vorschlag; den Vertretern des Synagogenkomitees schien der angebotene Platz nicht groß genug; auch fürchteten sie, daß die Nähe der Eisenbahn zu starke Störungen mit sich bringen würde. Nach längerem Schwanken fand schließlich im März 1839 die Vorlage des Rates die Zustimmung der Stadtverordneten; allerdings mit zwei daran geknüpften Bedingungen: es sollte ein Kanon gezahlt werden, und der Bau müßte bis Ende 1842 beendet sein. Nun aber trat neue Verzögerung durch die Gemeinde ein. Es ist nicht deutlich erkennbar, was da im Innern sich zugetragen hatte. Es macht den Eindruck, als ob es zum Teil nur Vorwände waren, mit denen von jüdischer Seite die Angelegenheit verwickelt wurde. Jedenfalls ging die von der Stadt gestellte Frist vorüber, ohne daß die Synagoge auf dem Pichhofe erstellt worden wäre.

Da keine Aussicht bestand, daß der bisherige „Betsaal in absehbarer Zeit durch das allgemeine Gotteshaus abgelöst werden würde, so verlegte man 1845 die „„Leipzig-Berliner“ Synagoge nochmals nach Brühl 71, wo zur Michaelismesse der Gottesdienst zum ersten Male abgehalten wurde. Auch dieser Raum konnte den Ansprüchen nicht genügen. Gerade darum gab die Verlegung einen neuen Antrieb für den Synagogenplan; „neuer Eifer für dieses schöne Werk ist vorhanden, und man denkt, daß Michaelis 1848 die Synagoge zur Einweihung fertig sein soll“, so schreibt ein über die ungeahnte Hinauszögerung unwilliger Zeitgenosse[40]).

Ganz ernsthaft kam die Frage jedoch erst zur Behandlung, als die Gemeinde die gesetzliche Bestätigung erhalten hatte. Man empfand es als einen Übelstand, daß die Gemeinde als solche an der „Leipzig-Berliner Synagoge“ gar keinen Anteil, daß sie keine eigene Synagoge hatte[41]). Es bedurfte aber doch einiger Jahre zur Konsolidierung der Gemeinde.

Im August 1848 wurde *Adolf Jellinek*[42]), der sich schon seit Jahren in Leipzig als Privatgelehrter aufhielt und auch privaten

---

[39]) Der Pichhof war ein Platz, der schon damals seit mehr als 100 Jahren den Böttchern zum Pichen und zum Kochen von Firnis und Teer unentgeltlich angewiesen war. Er wurde aber damals fast nur noch als Lagerplatz benutzt.

[40]) Allg. Zeit. des Judentums 1845, 687.

[41]) Akten der Israelit. Religionsgemeinde [cit. AJRG] (Gesamtarchiv der deutschen Juden), B 3.

[42]) Aus Drslawitz (Mähren).

Religionsunterricht erteilt hatte, zum Prediger gewählt[43]); einen Rabbiner durfte die Gemeinde noch nicht annehmen, da Leipzig gesetzlich zum Rabbinat Dresden gehörte und auch für die Wahl des Predigers die Zustimmung des Oberrabbiners (Zacharias Frankel) eingeholt werden mußte. (Die Approbation erfolgte am 1. April 1849[44]).) Jellinek ging mit allem Eifer deran, die Frage der Schaffung der Gemeindesynagoge nicht ruhen zu lassen.

In der Tat wurde die Lösung der Frage immer dringender. Die Gemeinde empfand es als eine selbstverständliche Aufgabe, einen eigenen Gottesdienst zu unterhalten. Vorerst dachte man allerdings vornehmlich an ein gemietetes Lokal[45]). Unendliche Mühen wurden aufgewandt, ein solches zu finden, aber immer vergeblich. Darum tauchte im Oktober 1848 der Plan auf, eins der bestehenden Betlokale in den Besitz der Gemeinde zu bringen; die Verhandlungen mit den Besitzern des Inventars (Samson Fleischl, John B. Oppenheimer und Rathenau-Berlin) führten schließlich zur Übernahme des früheren Privatsynagogenlokals (im Heilbrunn) für Rechnung der Gemeinde (März 1849).

Schon im Dezember 1850 trat die Synagogenfrage in ein neues Stadium: Der Plan des Synagogenbaues wurde wieder aufgenommen, zumal das gemietete Lokal gekündigt worden war. Wiederum war ein Kostenanschlag aufgestellt worden, der sich auf 30 bis 40 000 Taler belief. Zur Durchführung des Baues bat der Vorsteher *Hermann Samson* in einem Schreiben vom 5. Juni 1851 den Rat um Überlassung eines Platzes von 3500—4500 Quadratellen, um eine Synagoge zu bauen, ein Gebäude, „welches jedem öffentlichen Platze zur Zierde gereichen würde". Er schlug mehrere Plätze vor; der Rat lehnte sie jedoch ab. Am 29. April 1852 teilte der Rat mit, er habe das Areal zwischen dem Schlachthofe[46]) und dem Pleißenstege für die Synagoge ausersehen. Das bezeichnete Gebäude erwies sich aber als zu klein, und da der Rat seine Erweiterung ablehnte, wurde über andere Plätze verhandelt.

Jedenfalls kam es am 16. Oktober 1852 zu dem grundsätzlichen Beschluß der Gemeindeversammlung, den Bau auszuführen. Am 27. November konstituiert sich zu diesem Zwecke ein Komitee, dem die Herren Hermann Samson, Repräsentant Siegmund Drukker, Repräsentant.-Stellvertr. Louis Heß, Louis Bendix, Hermann Mayer und Jos. Merfeld angehören.

Da die Versuche, von der Stadt ein passendes Gebäude zu erlangen, scheitern, wird endlich Ausschau nach einem Grundstück

[43]) AJRG. B 4a.
[44]) Ratsarchiv 42 F., Nr. 1.
[45]) Die weitere Darstellung beruht im wesentlichen auf AJRG. B 3 u. B 4a.
[46]) Jetzige Feuerwache auf dem Fleischerplatze.

gehalten, das die Gemeinde käuflich erwerben will. Auch diese Bemühungen sind lange ohne Ergebnis, bis endlich am 1. April 1853 das Projekt Zentralstraße auftaucht. Von vornherein wird betont, daß der Platz keineswegs den ursprünglich vorgesehenen Wünschen entspricht, aber mangels eines besseren wird er empfohlen. Nachdem auch das formale Bedenken, ob die Gemeinde im Besitze der Korporationsrechte sei, durch einen bejahenden Bescheid des Kultusministers zerstreut ist, wird am 23. Mai 1853 der Ankauf des Grundstücks an der Zentralstraße beschlossen. Für den Platz sollen 8612 Taler gezahlt werden; 2000 Taler als Anzahlung stehen in der Gemeindekasse bereit, den Rest hofft man durch freiwillige Beiträge aufzubringen. Die Baukosten in Höhe von 25 000 Talern sollen durch eine Hypothek von 16 000 Talern beschafft werden, die weiteren 10 000 Taler durch die Gemeinde. Die Sammlung, geleitet von J. B. Oppenheimer und Gustav Plaut, ergibt insgesamt 8485 Taler, überschreitet also den vorgesehenen Betrag. Später stellt sich heraus, daß der Aufnahme einer Hypothek auf das Synagogengrundstück gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen; es wird deshalb (im März 1854) beschlossen, eine Anleihe von 25 000 Talern aufzunehmen, in Teilen von 100 Talern, zu 3½%, rückzahlbar vom zweiten Jahre nach Vollendung des Baues ab, in etwa 29 Jahren.

Gerade in diesem Stande der Sache bereitete die Kündigung des Synagogenlokals, die zum 15. März 1854 seitens des Hausbesitzers erfolgt war, einige Verlegenheit; es gelang aber, eine Verlängerung des Mietsverhältnisses, so daß die Gemeinde dieser Sorge überhoben war.

Mit bewundernswerter Festigkeit wurde nun der Bau verfolgt. Man hatte, um die Kosten aufzubringen, an eine Reihe größerer Gemeinden die Bitte gerichtet, Beihilfen zu gewähren. Nur eine einzige, die *Pester* Gemeinde, hatte einen Betrag von 100 Gulden zugesagt. Als laufende Beihilfe war von der Stadt Leipzig ein jährlicher Beitrag von 200 Talern bewilligt worden. Während noch 15 Jahre zuvor die Meßbesucher ein erhebliches Interesse an dem Synagogenbau bekundet hatten, mußte jetzt die ganze Last von der noch immer recht kleinen Gemeinde (am 1. Juli 1854: 81 Mitglieder) allein getragen werden. Noch im letzten Augenblick hatten Bedenkliche auf die politischen Verhältnisse hingewiesen, die es zweifelhaft machten, ob man den Betrag erhalten würde; diesen Einwänden wurde entgegengehalten, daß nach dem Kaufvertrag über das Grundstück die Verpflichtung bestand, den Bau bis Michaelis 1855 zu vollenden. In der Tat wurde die aufgelegte Anleihe in voller Höhe gezeichnet; die finanzielle Seite war gesichert.

Als Architekten hatte man einen Semper-Schüler gewonnen, *Otto Simonson*. Die Unregelmäßigkeit der Grundform des Bauplatzes, die Einkeilung in die Nachbarhäuser stellte den Architekten bei Aufstellung der Pläne vor nicht unerhebliche Schwierigkeiten; der Künstler hat sich dieser Aufgabe mit ungewöhnlichem Geschick entledigt[47]). Die Kosten wurden nach den vorgesehenen Plänen mit 28 000 Talern berechnet. Da für die Bauausführung nur 23 000 Taler zur Verfügung blieben, wurden die Pläne nochmals geändert. Später, als schon der Bau begonnen war, wurde jedoch der ursprüngliche Plan wiederhergestellt: Der Bau, der mit großen Opfern unternommen wurde, sollte „wirklich sein, was allgemein erwartet wird: eine Zierde der Stadt, ein Stolz unserer Gemeinde".

Mitte August 1854 begann die Inangriffnahme des Bauplatzes. Am 7. September fand die feierliche Grundsteinlegung statt. Es entsprach wohl der allgemein herrschenden Stimmung, wenn der Berichterstatter der „Gartenlaube" von dieser Grundsteinlegung sprach als einem „Ereignis von höherer Bedeutung, als wäre zu einem Tempel eines anderen Glaubensbekenntnisses oder zu einem Palaste der Grundstein gelegt worden. Am genannten Tage wurde der Grundstein zu dem hehren Tempel der konfessionellen Gleichberechtigung gelegt"[48]). Gedanken dieser Art sprach der Prediger Dr. *Jellinek* und wies besonders auf die Worte hin, die der damalige König von Sachsen 1833 als Prinz in der sächsischen Kammer gesprochen hatte, „daß es ihm leid tue, in einem Lande zu leben, wo Untertanen noch um Gleichberechtigung bitten müssen". An der Grundsteinlegung nahmen Vertreter der königlichen Behörden, des Rates, der Stadtverordneten und der Geistlichkeit der verschiedenen Konfessionen teil.

Im Laufe eines Jahres wurde der Bau vollendet, trotz mancher Bauschwierigkeiten, die sich gleich anfangs eingestellt hatten. Während dieser Zeit hatte die Gemeinde an Stelle des schon bejahrten Kantors *M. L. Meyer* einen „musikalisch gebildeten und mit guter Stimme begabten" Kantor *Weißler* (später in San Franzisko) gewählt, hatte auf Anregung des Predigers Dr. Jellinek auch die Liturgie feststellen lassen: hervorzuheben ist der Beschluß, deutsche Lieder einzulegen. Von der Einstellung eines „Singechors" sah man noch ab, es sollte versucht werden, einen Kinderchor ins Leben zu rufen. Noch während des Baues wurde auch beschlossen, in der Synagoge Gasbeleuchtung anzubringen (Kosten 2545 Taler)[49]).

---

[47]) Vgl. den Aufsatz: Der Tempelbau.

[48]) Wiedergegeben in: Der neue israelitische Tempel in Leipzig, I, Leipzig 1855, Verlag von Leopold Schnauß.

[49]) Die häufig ausgesprochene Meinung, daß die Orgel sofort beim Bau aufgestellt wurde, entspricht nicht den Tatsachen. Die Orgel wurde von den

Am 10. September 1855 fand die feierliche Weihe der Synagoge statt. Außer den Abgeordneten auswärtiger israelitischer Gemeinden, besonders der Dresdener, waren die königlichen und städtischen Behörden (Kreisdirektion, Appellationsgericht, Rat, Polizei- und Kriminalamt, Stadtverordnete), Universität, Kommunalgarde, Militär, Gymnasien, Bürgerschulen usw. vertreten, ferner erschienen der reformierte, der deutschkatholische und der griechische Geistliche. *Jadassohn* hatte für die Feier Psalm 24 vertont, die Weiherede hielt Dr. Jellinek, anknüpfend an den Geburtstag Moses Mendelssohns, der mit dem Einweihungstag fast genau zusammenfiel. Viel bemerkt wurde das Fehlen einer Vertretung seitens der protestantischen Geistlichkeit.

Mit der Vollendung des Synagogenbaues war eine Entwicklung abgeschlossen, wie sie wohl kaum in einer anderen Stadt der Errichtung einer Gemeindesynagoge beschieden war. Seit der Zeit der ersten mittelalterlichen Gemeinde war zum ersten Male wieder ein behördlich anerkannter Gemeindegottesdienst im eigenen Gotteshause möglich, obwohl, man darf sagen, ununterbrochen das Bedürfnis nach Gemeindegottesdienst bestanden hatte. Nach so manchen ergebnislosen Anläufen ist es ein unbestreitbares Verdienst des damaligen Gemeindevorstandes (Hermann Samson, Eugen Marcus, Sigmund Drucker, Josef Merfeld und Dr. V. Meyer) und des ihm beigegebenen Baukomitees (Louis Bendix, Sigmund Drucker, Josef Merfeld, John B. Oppenheimer), daß das Werk endlich gelang.

Die Synagoge hatte, aus dem Gedanken heraus, daß sie allgemeine Leipziger Gemeindesynagoge, zugleich aber auch Synagoge der Hunderte von Meßgästen sein sollte, ein Ausmaß erhalten, das weit über das Bedürfnis der Leipziger Judenschaft hinausging. Ihre Erbauer konnten noch nicht den ungeahnten Aufschwung voraussehen, den die Gemeinde selber nehmen sollte.

Daß der Bau weder äußerlich noch in seiner inneren Ausgestaltung unserem heutigen Geschmack entspricht, darf das damals unter so unsäglichen Schwierigkeiten mit bewundernswerter Opferbereitschaft geschaffene Werk nicht verkleinern. Hoffen wir, daß recht bald die Not unserer Gegenwart glücklicheren Verhältnissen weicht, so daß eine gründliche Umgestaltung unserem Gotteshause wieder die Kraft verleiht, auch rein äußerlich Andacht zu schaffen.

Erben des ersten Gemeindevorstehers Hermann Samson 1865 der Gemeinde gestiftet und erst am 29. März 1868 in feierlichem Gottesdienst eingeweiht. — Vgl. die 1872 anläßlich des 25jährigen Bestehens der Gemeinde verfaßte Chronik.

DER TEMPELBAU

VON ARCH. B. D. A. WILHELM HALLER

In seinem Vorwort zur Veröffentlichung über den Tempelbau im Jahre 1857 schreibt der Erbauer, Architekt *Otto Simonson* aus Petersburg: „Langjährige Wünsche und daraus erwachsende Verhandlungen hatten endlich im Jahre 1853 die Israelitische Religionsgemeinde zu dem Beschluß geführt, ein Gotteshaus in solchen Dimensionen zu erbauen, daß es Raum genug böte für die Andächtigen der Gemeinde selbst, zugleich auch für die zu den Messen aus allen Gegenden zusammenströmenden Glaubensbrüder".

Er schreibt weiter: „Leider schränkten die Umstände die Fantasie des Künstlers in enge Grenzen ein. — Die zum Bau verfügbare Summe war eine ziemlich geringe, und es ist anerkennend zu erwähnen, daß die Gemeinde dieselbe nachträglich noch derart erhöhte, daß der ursprüngliche Plan unverkümmert zur Ausführung gebracht werden konnte. Aber auch die Bauzeit war sehr beschränkt — das Gebäude mußte Anfang 1855 dem Gottesdienste übergeben werden können, und doch hatten Hemmnisse aller Art die Grundsteinlegung erst am 7. September 1854 ermöglichen lassen! Daß aber ein so gänzlich ungünstiger, dem Künstler, welcher gern sein Werk dem Auge unverkümmert zur Schau stellt, unwillkommener Bauplatz gewählt worden war, dafür gibt es in der Tat nur die einzige Entschuldigung, daß dermalen in Leipzig wirklicher Mangel an geeigneten Bauplätzen war."

Die Beschreibung des Baues ist sehr interessant. Der Architekt sagt, daß sich nach Beginn der Arbeiten der Boden als sehr locker und ungleichmäßig erwies, die vorgesehene Fundamentierung genügte nicht. Er hätte am liebsten zur Verdichtung des Erdreiches senkrechte Pfähle als Pfahlrost eingeschlagen, „doch ich war zu sehr abhängig von der Zeit und den mir zu Gebote stehenden Geldmitteln". Er mußte sich mit einem eichenen Schwellrost bescheiden (wagrecht liegende Hölzer zur besseren Verteilung der Lasten).

Von den damals ausführenden Firmen besteht meines Wissens nur noch eine einzige, die des Steinmetzmeisters *Einsiedel,* dessen Nachfolger das Geschäft weiterführen.

Sehr interessant ist noch, was der Architekt selbst über die Architektur des Tempelbaues mitzuteilen hat:

„Der Tempel ist im maurischen Styl erbaut; er erscheint mir als der charakteristischste. — Das Judentum hängt mit unerschütterlicher Pietät an seiner Geschichte; seine Gesetze, Sitten und Gebräuche, die Organisation des Cultus, kurz, sein ganzes Wesen lebt in den Reminiszenzen an das Mutterland, dem Orient.

Ihnen muß der Architekt Rechnung tragen, will er dem Gebäude einen typischen Stempel aufdrücken, und es bleibt ihm Freiheit genug, wenn er nur geschickt aus den Blumen des Orients sich das Rechte herauszuwählen versteht; er verfalle nicht in todte Nachahmung, sondern erfasse verständig die gebotenen Motive und verarbeite sie zu einem neuen, die mancherlei von unserem Zeitalter gestellten Anforderungen nicht verläugnenden Ganzen. Dann wird er sich eines Werkes zu erfreuen haben, das sich als eigenthümlich von anderen, ihm fremden, absondern, und doch freundschaftliche Aufnahme unter ihnen finden wird."

Die Auffassung ist charakteristisch für eine Zeit, die noch gar nicht lange hinter uns liegt. Man drückt auf den maurischen, den barocken, den gotischen Knopf, je nach Bedarf, aber man muß auf einen Knopf drücken. Eigene Kraft wohnt dem Menschen nicht inne, eine innere, deren *einer* Faktor die Tradition ist, deren anderer, wie auch oben gesagt, durch Vermeidung von „todter Nachahmung" die Individualität, deren *Hauptfaktoren* aber, nur gemildert durch die beiden erwähnten, *Zeit und Umgebung* bleiben. Gerade diese zwei fehlen in fast allen Bauten des vorigen Jahrhunderts.

Die nächsten Jahrzehnte mit ihrem durch Auto und Flugzeug verbindenden Verkehr werden den Faktor der Umgebung gewiß stärker in seiner Bedeutung herabdrücken. Wir hatten einen Münchner Stil und einen Hamburger, wir hatten russische und französische Ausdrucksformen. Heute finden wir, genau entsprechend der Kleidung (die Heimattrachten fast nur mehr in Museen), eine Gleichartigkeit der modernen Bauten in Petersburg und Berlin, in Warschau und Kalifornien. Immerhin könnte eine gewisse Berechtigung darin liegen, gerade im *jüdischen* Kultbau den Traditionsfaktor am stärksten zu betonen, weil auf ihn auch sonst der größte Wert gelegt wird. In der Wahl des maurischen Stils liegt dann trotzdem eine gewisse Fehlerquelle. Mit Spanien, seinem Mutterland, verbindet die askenasischen Juden bestimmt nichts und traditionelle Architekturformen aus Palästina sind nicht bekannt.

Kunst beginnt dort, wo Notwendigkeit aufhört.

Und Spanien war das einzige Land des Galuth, in dem der Jude über die täglichen Lebensnotwendigkeiten hinausdenken konnte.

Kein Wunder, daß er da in seinem Selbstbewußtsein so etwas wie einen jüdischen Stil schuf — allerdings vollkommen in den Formen seiner Umgebung — und immerhin verständlich, daß diese Auffassung weit in Jahrhunderte und Gegenden hineinwirkt, wo sie eigentlich nichts zu suchen hat, wo aber durch die Neigung zum Eklektizismus ein Nährboden hierfür vorhanden ist. —

Abgesehen von diesen Überlegungen, kann man nur sagen, daß der Innenraum des Tempels zu dem Besten gerechnet werden kann, das in dieser Zeit entstanden ist.

Er ist fast noch besser als die 1838/40 durch den großen Gottfried Semper erbaute Dresdner Synagoge, die mehr an romanische Formen anklingt. Die Wandlungen, welche der Tempelbau im Laufe der Zeit durchmachte, sind nicht wesentlich. 1882 wurde der Mühlgraben, der westlich vorbeifloß, überbaut und dadurch der große Aufgang zur Empore neu geschaffen. Gleichzeitig wurde die Wochentagssynagoge in das Obergeschoß verlegt, an ihren Platz trat die Garderobe. Der Anbau wurde um ein Geschoß erhöht, die Inspektorwohnung dort hineingelegt.

Die reinen Wendeltreppen zu den Emporen wurden etwas gemildert. Der Platz läßt natürlich keine im heutigen Sinne absolut-einwandfreie Verkehrslösung zu. 1894 wurde elektrisches Licht, 1928 eine moderne Niederdruckdampfheizung an Stelle der alten Heißwasserheizung eingebaut.

Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten blieben natürlich — außer den reinen Instandsetzungen — noch mancherlei Wünsche erfüllbar.

Eines Gotteshauses gänzlich unwürdig ist der Vorplatz. Der in späterer Zeit hingestellte Brandgiebel des Nachbarhauses hat zur Verschönerung des Städtebildes große Reklameinschriften erhalten, die am Abend zum Überfluß durch Reflektoren noch angeleuchtet werden. Er wird gern als Parkplatz benutzt und eine große Säule des Telegraphenamtes verziert ihn am Rande.

Wenn der Grund und Boden auch der Stadt gehört, ließe sich doch durch positive Vorschläge erreichen, daß er zur Verfügung gestellt würde. Dazu müßte zumindest aber die ganze Pflasterung gehoben und vorn durch Bordkante abgeschlossen werden. Eine Verbauung des unschönen Brandgiebels würde außerdem bessere Aufgänge gestatten, auch mehr Platz für Garderoben und Wochentagssynagoge. Dazu ist aber Geld notwendig, dessen Aufbringen in der heutigen Zeit schwer, fast unmöglich erscheint.

Es bleibt nur die Hoffnung auf bessere Zeiten, damit die Hauptsynagoge der Gemeinde Leipzig sich innen und außen in einer Form präsentiert, die ihr in jeder Weise entspricht.

Thoravorhänge

Weißer Vorhang

Photo Irma Cohn, Leipzig

Blauer Vorhang

Entwurf: Arch. Wilhelm Haller



Photo Irma Cohn, Leipzig

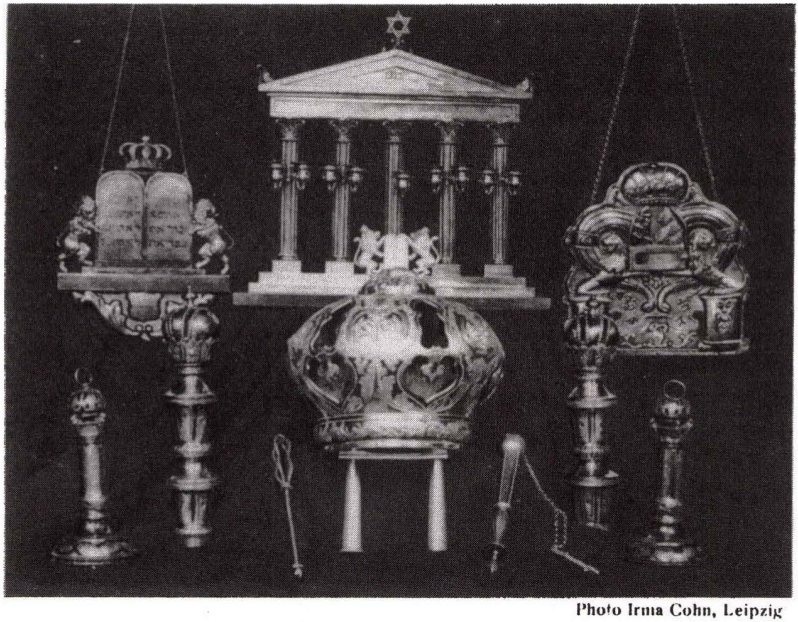


Photo Irma Cohn, Leipzig

Kultgerät

AUS KLEINEN ANFÄNGEN ZUR GROSSGEMEINDE

ZAHLEN

Jahr	*Mitglieder*	*Steueraufkommen*	*Gesamtausgaben*
		Taler	*Taler*
1847	33	636	575
1848	33	523	580
1849	36	542	1040
1850	58	833	1460
1851	72	1051	1456
1852	76	1142	4250
1853	83	1365	2345
1854	81	1526	3001
1855	87	1730	6500
1856	98	1833	5609
1857	104	3045	12552
1858	125	3116	7298
1865	182	5440	9219
1866	172	5492	8377
1867	191	5292	8709
1870	224	6997	9935
		Mark	*Mark*
1875	342	24029	33391
1882	285	29090	39664
1883	293	29431	39544
	Steuerpflichtige		
1884	894	30189	41291
1890	1180	36864	50569
1900	1523	60526	76352
1910	2217	106990	145172
1914	3457	170870	232651
1915	2913	209072	244741
1925	5055	584000	734000
1930	etwa 5500	526800	715000

Die obigen Zahlen erstrecken sich auf die Zeit seit der Konstituierung der Gemeinde im heutigen Sinne (2. Juni 1847).

Für die Jahre von 1847 bis 1883 ist nicht die Zahl der Steuerpflichtigen bekannt, sondern nur die Zahl der satzungsgemäßen Mitglieder der Gemeinde. Diese Zahl deckte sich durchaus nicht mit der Zahl der in Leipzig lebenden Juden und offenbar auch

nicht mit der Zahl der Steuerzahlenden. Erst vom Jahre 1884 an erscheinen in obiger Aufstellung sämtliche Steuerpflichtige.

Der Haushalt der Gemeinde war zunächst sehr klein, weil nur für wenige Dinge Sorge zu tragen war. Der erste Haushalt für das Jahr 1847 enthält nur folgende Ausgaben:

Betsaal	100	Tlr.
Besoldung des Religionslehrers	100	„
Besoldung des Schächters u. Gemeindedieners	125	„
Almosen	100	„
Schul- und Konferenzzimmer	50	„
Geheim-Fonds	50	„
Verschiedenes	50	„
insgesamt	575	Tlr.

Eine wesentliche Steigerung erfuhr der Haushalt im Jahre 1852. In diesem betragen die Gesamtausgaben 4250 Taler, darunter eine Anzahlung auf den Bauplatz für die Synagoge von 2000 Talern, die in den vorhergehenden Jahren, wohl in der Hauptsache durch Spenden beim Gottesdienst, angesammelt worden waren. Im nächsten Jahr wurde die Restzahlung für den Bauplatz mit 8612 Talern geleistet, die durch eine besondere Sammlung aufgebracht wurde. Die entsprechenden Einnahmen und Ausgaben erscheinen nicht im Haushalt und in obiger Aufstellung. Im Mai 1854 wurde zum Synagogenbau eine Anleihe von 25 000 Talern aufgelegt, die voll gezeichnet wurde. In den folgenden Jahren traten nun die durch den Synagogenbau wesentlich veränderten Verhältnisse auch im Haushaltplan in Erscheinung, erstmals im Jahre 1855, in welchem die Synagoge in Benutzung genommen wurde. Für Vermietung aus Synagogenplätzen wurde ein Erlös von 1800 Talern vorgesehen, rund 1400 Taler für Verzinsung der Anleihe und 950 Taler für die Kosten des Gottesdienstes. Die auffallend großen Ausgaben im Jahre 1857 erklären sich durch Kapitalbewegungen infolge Verkaufs von Wertpapieren. Auffällig ist, daß viele Jahre hindurch im Haushaltplan das Bestattungswesen gar nicht in Erscheinung tritt.

Betrachtet man die Zahlen näher, so ergibt sich im allgemeinen ein stetiges und gleichmäßiges Anwachsen sowohl der Mitgliederzahl wie auch der Leistungen. Das Kriegsjahr 1866 zeigt einen Rückgang. Offenbar haben einige Familien Leipzig verlassen, sie sind aber im nächsten Jahre wiedergekommen, und der Aufstieg setzte sich fort, insbesondere in der Zeit von 1870 bis 1875, wozu wahrscheinlich der auf den siegreichen Krieg 1870/71 folgende gewaltige wirtschaftliche Aufschwung beitrug. Denn als nach den sogenannten Gründerjahren die wirtschaftliche Kata-

strophe eintrat, verringerte sich die Mitgliederzahl von 342 im Jahre 1875 auf 285 im Jahre 1882.

Leider fehlt uns für die ganze ältere Zeit eine Zusammenstellung der Seelenzahlen. Nur für einige Jahre ist sie uns bekannt: 1832:140; 1858:713; 1871:1768; 1880:3265; 1890:4136; 1900:6171. Man wird nicht fehlgehen, wenn man für die Zeit von 1884 bis 1914 als Seelenzahl ungefähr das Vierfache der Steuerpflichtigen annimmt. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 betrug die Seelenzahl 9434, nach der letzten Volkszählung vom 16. Juni 1925 in der Stadt Leipzig 12 594, im gesamten Bezirk der Gemeinde (Kreishauptmannschaft) 13 047. Im Jahre 1915 ging die Zahl der Steuerpflichtigen wesentlich zurück, zweifellos infolge der Einberufungen zum Kriegsdienst. Nach dem Kriege vergrößerte sich die Gemeinde vorübergehend durch Zuwanderung aus dem Osten. Diese Vergrößerung ist aber gewaltig überschätzt worden. Die verschiedensten Unterlagen ergeben, daß die Seelenzahl 14—15 000 nicht überschritten haben kann, sie hat sich inzwischen wieder vermindert und dürfte zur Zeit nicht wesentlich über den Stand von 1925 hinausgehen.

In der neuesten Zeit hat sich das Verhältnis der Seelenzahl zur Zahl der Steuerpflichtigen geändert. Während früher nur die Haushaltvorstände zur Steuer veranlagt wurden, werden jetzt alle zur Reichseinkommensteuer veranlagten Personen, also auch die erwerbstätigen Söhne und Töchter zur Religionssteuer veranlagt. Das veränderte Verhältnis zeigen deutlich die Zahlen für die Jahre 1925 und 1930.

Die Haushaltzahlen geben einen Umriß über die gewaltig gestiegenen Aufgaben und Leistungen der Gemeinde. Von Anfang an ist nur ein Teil der Ausgaben durch Steuern gedeckt worden. Ein wesentlicher Teil wurde früher durch Synagogenspenden aufgebracht, in neuerer Zeit durch Gebühren für die Benutzung bestimmter Gemeindeeinrichtungen.

Möge das obige Zahlenwerk einiges zu dem äußeren Bild über die Entwicklung der Gemeinde beitragen.

Verwaltungsdirektor *Gustav Katzenstein.*

DER WEG

In dem gleichen Maße, in dem unsere Gemeinde äußerlich wuchs, steigerten sich die Aufgaben, wandelten sich die Einrichtungen und hob sich ihre Stellung innerhalb des Gesamtjudentums. Gerade diesen Werdegang im inneren Leben der Ge-

meinde und seine Ausstrahlungen nach außen zur Darstellung zu bringen, muß einer späteren Behandlung vorbehalten bleiben. Hier können nur einige andeutende Striche aufgezeichnet werden.

VERFASSUNG

Stärksten Einfluß mußte die Zunahme an Mitgliedern auf Verfassung und Verwaltung der Gemeinde ausüben. Die ersten Satzungen von 1846 waren auf eine Zahl von 33 jüdischen „Einwohnern oder Bürgern Leipzigs" zugeschnitten. Sie konnten deshalb das Schwergewicht in allen Entscheidungen auf die Gesamtheit aller Mitglieder legen, die zu den Sitzungen zu erscheinen *verpflichtet* waren und wegen unentschuldigten Fehlens in Strafe genommen werden konnten. Schon die „Gemeinde-Ordnung" von 1869 — die Mitgliederzahl hatte die 200 überschritten — führte als neues Organ der Gemeinde die „Gemeindeverordneten" ein, die gemeinschaftlich mit dem Gemeindevorstande rechtsgültige Gemeindebeschlüsse zu fassen hatten. Gewählt wurden 15 Verordnete. Wahlrecht hatten alle männlichen Gemeindemitglieder; im Gegensatz zur ersten Satzung, nach der *auch die weiblichen Mitglieder Stimm- und Wahlrecht* hatten — soweit sie davon Gebrauch machen wollten (!). Der Kreis der Mitglieder wurde 1869 auch auf die Juden mit sächsischer Staatsangehörigkeit ausgedehnt, die innerhalb des Kreisdirektionsbezirks ihren Wohnsitz hatten. Juden nichtsächsischer Staatsangehörigkeit waren zwar zu allen Lasten der Gemeinde verpflichtet, genossen auch das Recht der „Mitbenutzung aller gottesdienstlichen, Religionslehr- und Ritual-Anstalten unter Erfüllung der desfallsigen allgemeinen Bedingungen", erwarben aber nicht die Mitgliedschaft. Erst die Satzungen von 1884 verliehen allen in der Kreishauptmannschaft Leipzig wohnhaften Juden die Mitgliedschaft. Das Wahlrecht blieb aber nach ihnen den männlichen Mitgliedern, soweit sie Leipziger Bürger oder sächsische Staatsangehörige waren, vorbehalten. Die Zahl der Verordneten wurde auf 25 erhöht. Eine neue Satzung von 1905 traf eine Neuordnung hinsichtlich der Wahlperiode: an Stelle der bis dahin zweijährigen Dauer der jeweils gewählten Verordnetenversammlung trat eine sechsjährige, mit jeweiligem Ausscheiden eines Drittels der Verordneten aller zwei Jahre. Die gegenwärtige Verfassung ist die von 1923, wonach die Zahl der Verordneten auf 33 erhöht wurde, das aktive und passive Wahlrecht allen Gemeindemitgliedern, männlichen und weiblichen, Reichsdeutschen und Nichtreichsdeutschen zusteht, allerdings mit der Einschränkung, daß die nichtreichsdeutschen Gemeindemitglieder insgesamt nicht mehr als 8 Verordnete wählen dürfen.

VORSTEHER

Das Werden der Gemeinde stellte von Jahr zu Jahr größere Anforderungen an ihre Verwaltung, vor allem an das leitende Organ, den Vorstand. Die ersten Satzungen hatten die Leitung der Geschäfte *einem Vorsteher* übertragen, der die Gemeinde „in allen inneren und äußeren Gemeindeangelegenheiten, mit Ausnahme von Verwaltungs- und Rechts*streitigkeiten*" vertrat. Er verwaltete das Vermögen, ließ die Steuern erheben und vertrat die Gemeinde vor Gericht.

Dem Vorsteher standen *zwei Repräsentanten* zur Seite, mit denen „die vorkommenden Gemeindeangelegenheiten zu beraten" waren. Ein *Sekretär* — zuerst noch ehrenamtlich — führte die Bücher, Protokolle, Briefwechsel usw. Diese „Beamten" bildeten den Gemeindevorstand. Vergegenwärtigen wir uns, daß die Gemeinde, war sie auch noch klein, doch vor schwierigen Aufgaben stand, so kann die Leistung jener Männer nicht genug geschätzt werden. Seit 1869 ist zwar die Verantwortung des Vorstehers und die Beanspruchung seiner Arbeit auf fünf Vorstandsmitglieder verteilt, die in Gemeinschaft mit den Verordneten die Verwaltung der Gemeinde führen. Durch die Vergrößerung der Gemeinde blieb dennoch die Leistung des Einzelnen eine außerordentliche, und zumal des Vorstehers. Es seien daher, wie auf einer Ehrentafel, die Namen der Männer genannt, die seit der Begründung an der Spitze der Gemeinde gestanden haben:

Hermann Samson	1847—1856
Hermann Meyer	1856—1868
Moritz Kohner	1868—1877
Jacob Nachod	1877—1882
Alexander Werthauer	1882—1898
David Magnus	1898—1915
Geh. Hofr. Prof. Dr. *Abr. Adler* .	1915—1922
Heinrich Rosenthal	1922—1924

Zur Zeit besteht der Vorstand aus den Herren: *Carl Goldschmidt, Samuel Hodes, Wilhelm Breslauer, Siegmund Gottlieb, Simcha B. Goldrei.*

Unvergessen sollen auch die Verdienste sein, die sich um das Werden der Gemeinde ihre „Sekretäre" erworben haben: der am ersten Aufbau der Gemeinde hervorragend beteiligte Dr. *V. Meyer* (1846—1856), dem *S. Steinberg* (1856—1858) folgte. Fast 30 Jahre hindurch versah dann hauptamtlich Dr. *Emanuel Samostz* (1858 bis 1887) die Sekretariatsgeschäfte. Sein Nachfolger wurde der damalige Referendar, der 1928 verstorbene Justizrat *Wilhelm Lebe-*

recht, der sich 40 Jahre hindurch, seit 1911 als Syndikus der Gemeinde gewidmet hat.

Zur Zeit steht an der Spitze der Verwaltung: Verwaltungsdirektor *Gustav Katzenstein.*

Die Entwicklung der Gemeinde wird besonders deutlich im Werden der Aufgaben des Kultus.

RABBINER

Als erster „Rabbiner" für Leipzig muß der seit 1836 in Dresden amtierende Dr. *Zacharias Frankel* bezeichnet werden, der als Oberrabbiner auch die rabbinischen Angelegenheiten für Leipzig zu versehen hatte. Frankel war 1801 in Prag geboren, erhielt hier seine rabbinische Ausbildung und erwarb 1830 in Budapest die Doktorwürde. 1831 wurde er (als erster Rabbiner in Böhmen mit moderner Bildung) zum Kreisrabbiner von Leitmeritz, mit dem Sitz in Teplitz, berufen. In Dresden wirkte er 1836—1854 und wurde dann Direktor des damals begründeten „Jüdisch-theologischen Seminars" in Breslau, an dessen Spitze er bis zu seinem Tode (1875) segensreich wirkte.

Es erübrigt sich, an dieser Stelle von der Bedeutung dieses Mannes zu sprechen: sein Ruhm als Gelehrter ist durch seine zahlreichen selbständigen Werke, seine außerordentlich große Zahl von Aufsätzen in wissenschaftlichen und allgemein-jüdischen Zeitschriften über die ganze Welt verbreitet. Die sächsischen Juden danken seinem tatkräftigen Wirken manchen bedeutsamen Fortschritt auf dem Wege zur Gleichberechtigung, vor allem in der Frage der Eidesleistung der Juden. Auch die Entwicklung der jüdischen Angelegenheiten in Leipzig hat er nicht unwesentlich beeinflußt, besonders die Synagogenfrage hat Frankel in den Jahren nach 1837 sehr lebhaft gefördert.

Dr. *Adolf Jellinek* (geboren 1820 in Drslawitz, Mähren), von der eben konstituierten Leipziger Gemeinde zum geistigen Führer berufen, wurde demgemäß nur als Prediger bezeichnet. 1847 übernahm er zunächst den Religionsunterricht, den er schon zuvor privat erteilt hatte, wurde 1848 zum Prediger gewählt und als solcher vom Dresdener Oberrabbiner (im April 1849) bestätigt. Anfang Oktober 1857 trat er das Amt des Rabbiners der Wiener Gemeinde an, das ihm ein Jahr zuvor übertragen worden war. Er starb 1893 in Wien.

Jellinek galt als der geistvollste Prediger seiner Zeit. Sein Ruf hatte sich ungeheuer schnell verbreitet, auch in die nichtjüdischen Kreise. Als in Sachsen bekannt wurde, daß er den Ruf nach Wien annehmen würde, soll der König sein Bedauern darüber ausgesprochen haben, daß dieser glanzvolle Redner Leipzig ver-

loren gehen würde. Eine große Anzahl seiner Predigten ist gedruckt worden und hat so nicht nur auf die Hörer sondern vor allem auch auf jüngere Rabbiner anregend gewirkt. — Auch als Gelehrter hat Jellinek großen Ruhm erlangt. Von großer Bedeutung ist seine Sammlung haggadischer Schriften: *Beth hamidrasch.* Aus der Reihe seiner anderen Werke seien genannt: Beiträge zur Geschichte der Kabbala (1852), Thomas v. Aquino in der jüdischen Literatur (1853), Der jüdische Stamm, Studien und Skizzen (1869).

Nachfolger Jellineks wurde Dr. *Abraham Meyer Goldschmidt,* geboren am 2. April 1812 in Krotoschin. In Breslau, wo er sich die erforderlichen Vorkenntnisse angeeignet hatte, besuchte er einige Zeit das Gymnasium. Nach mehrjähriger Tätigkeit als zweiter Lehrer an der jüdischen Elementarschule zu Krotoschin, schloß er dann den Gymnasialbesuch in Breslau ab und war mehrere Jahre Hauslehrer in Krakau und Warschau. Hier hielt er auch die erste deutsche Predigt, ebenso — gelegentlich einer Durchreise — in seiner Heimatstadt Krotoschin. In Berlin promovierte er später zum Dr. phil., ging nochmals nach Warschau, und wirkte dort bis zur Berufung nach Leipzig als Prediger. 1858 wurde er hier eingeführt. Er starb am 5. Februar 1889 in Leipzig.

A. M. Goldschmidt hat keine wissenschaftlichen Werke zurückgelassen. Seine tiefe Gelehrsamkeit hat er in zahlreichen Vorträgen bewiesen, die er in und außerhalb seiner Gemeinde hielt. Gedankentiefe und fortreißende Beredsamkeit machten ihn zu einem weithin gefeierten Redner. Besonders erfolgreich waren jene Reden, in denen er sich mit der Persönlichkeit und den Werken Lessings beschäftigte.

Kränklichkeit des Dr. A. M. Goldschmidt machte es erforderlich, daß zu seiner Entlastung ein jüngerer Rabbiner als Hilfsprediger und Direktor der Religionsschule gewählt wurde. Rabbiner Dr. *A. Eckstein,* der auf diesen Posten berufen wurde, bekleidete ihn jedoch nur etwa ein Jahr (1. April 1887 bis Ende Juli 1888), wirkte dann segensreich als Rabbiner in Bamberg, wo er auch jetzt im Ruhestande lebt.

Gemäß einem Gemeindebeschluß von 1887 wurde dann, als dem ersten Rabbiner koordiniert, Rabbiner Dr. *Nathan Porges* berufen, dem auch die Leitung der Religionsschule übertragen wurde. Dr. Nathan Porges war 1848 zu Proßnitz in Mähren geboren, bekleidete bis zu seiner Wahl in Leipzig rabbinische Ämter in Mannheim, Nakel und Karlsbad. August 1888 wurde er in sein Amt eingeführt; er versah es bis 1917, trat dann in den Ruhestand und starb 1924 in Würzburg.

Auch Nathan Porges wurde als geistvoller Prediger und Vortragender über seine Gemeinde hinaus sehr geschätzt. Weithin anerkannt war er aber besonders als Gelehrter: er war einer der besten Kenner des gesamten hebräischen und rabbinischen Schrifttums; und galt in bibliographischen Fragen, vor allem bezüglich der hebräischen Frühdrucke, als Autorität. Seine zahlreichen, diese Gebiete behandelnden Aufsätze erschienen in wissenschaftlichen Zeitschriften, ebenso die die hebräische Sprachwissenschaft betreffenden. Selbständige Schriften veröffentlichte er nur wenige. Genannt seien: Bibelkunde — Babelfunde (1903), Josef Bechor Schor (1908). 1913 wurde er zum Professor ernannt.

Von 1913 bis 1920 wirkte, anfangs als zweiter, dann als Gemeinderabbiner, neben Prof. Porges Rabbiner Dr. *Reinhold Lewin* (geboren 1888 in Magdeburg), der seither das Amt des Gemeinderabbiners in Königsberg i. Pr. bekleidet.

* * *

Zur Zeit wirken in unserer Religionsgemeinde: Rabbiner Dr. *Felix Goldmann* (seit 1917, als Nachfolger des Prof. Porges). Geboren 1882 in London, betrieb er akademische Studien in Berlin und Freiburg; seine rabbinische Ausbildung fand er in Berlin. Bis zu seiner Berufung nach Leipzig war er Rabbiner in Oppeln (seit 1907).

Rabbiner *Gustav Cohn* (seit 1921). Geboren 1881 in Stettin, widmete er sich akademischen und rabbinischen Studien in Berlin, war seit 1908 Prediger und Religionsschulleiter beim Synagogenverein Osten in Berlin, danach 1912—1920 Rabbiner der Synagogengemeinde Krotoschin.

Als orthodoxer Gemeinderabbiner: Dr. *Ephraim Carlebach.* Geboren 1879 in Lübeck, fand er seine akademische und rabbinische Ausbildung in Berlin und Leipzig, wirkt in Leipzig seit 1901 als Rabbiner des Talmud-Thora-Vereins, wurde 1917 seitens der Israelitischen Religionsgemeinde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des orthodoxen Rabbinats beauftragt und ist seit 1924 Gemeinderabbiner.

KANTOREN

Dem fortschrittlichen Sinne, von dem sich die Gemeinde bei der Errichtung der Synagoge leiten ließ, entsprach es, daß der gesanglichen Ausgestaltung des Gottesdienstes dauernd alle Beachtung geschenkt wurde. Wie man schon zur Weihe des neuen Gotteshauses Kantor *Weißler* mit Rücksicht auf seine stimmliche Begabung und seine musikalischen Fähigkeiten wählte, so legte man von Anfang an auf einen guten Chorgesang großes Gewicht. Bei der Weihefeier wirkte eine Reihe Thomaner mit. Alsbald übernahm

der neue Kantor die Bildung eines Chores aus jüdischen Knaben, die er, wie ihm dankbar nachgerühmt wurde, gut zu schulen verstand. Aber schon wenige Jahre später stellten sich Schwierigkeiten ein: Der Synagogenvorstand beschloß, den Kantor nach Posen zu entsenden, damit er dort Knaben für den Chor gewinne [1]). Ob es zu dieser Reise überhaupt gekommen ist, ist aus den Akten der Gemeinde nicht ersichtlich. Immerhin beweist der Beschluß, mit welchem Ernste die Frage zu lösen versucht wurde. Diesem dringenden Wunsche verdankte der Chorgesangverein *„Psalterion"* seine Entstehung, den 1866 *Salomon Jadassohn* ins Leben rief [2]) mit dem Zwecke, „den weltlichen und auf dessen Grundlage den religiösen Chorgesang, letzteren besonders zur Hebung religiöser Akte der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig zu pflegen". Im Frühjahr 1868 wurde dann die von den Erben des früheren Vorstehers Hermann Samson gestiftete Orgel geweiht, so daß im Zusammenwirken des von Jadassohn vortrefflich geleiteten Chores mit dem Kantor unter Orgelbegleitung andachtsvolle Feiern in der Synagoge gewährleistet waren. Der „Psalterion" beteiligte sich jedoch an den Gottesdiensten nur an Feiertagen und bei besonderen Festgottesdiensten. So gehörte es zu den Aufgaben eines der Kantoren, für die Sabbathe einen Knabenchor zu leiten. Ob Weißlers Nachfolger *Louis Liebling* (bis 1879) je den Chor geleitet hat, ist nicht festzustellen. Doch tat dies lange Jahre *Bernhard Jacobsohn* (1873—1907). Später wurde ein ständiger Chor von erwachsenen Sängern eingerichtet, so daß dieser Knabenchor entfiel. Als Kantoren wirkten ferner an der Gemeindesynagoge: *Emanuel Tausig* (1880—1919), *Heymann Finkelstein* (1894—1898), *Saul Lilienthal* (1898—1901), *Rafael Frank* (1903 bis 1920), *David Ziegler* (1907—1914), *G. de Haas* (1907—1914).

Zur Zeit versehen das Kantorenamt: Oberkantor *Samuel Lampel* (seit 1914), Kantor *Max Jaffé* (seit 1914) und Kantor *Kurt Peckel* (seit 1925).

Den Chor leitet gegenwärtig Herr *Barnet Licht*.

RELIGIONSUNTERRICHT

Als eine der wichtigsten Einrichtungen erachtete die Gemeinde von vornherein die Religionsschule. Am 1. März 1848 wurde sie unter Leitung von Dr. Jellinek eröffnet. Schon 2½ Jahre später (Oktober 1850) wurde sie zu einer zweiklassigen erweitert; im März 1867 zu einer dreiklassigen. Anfangs in Mieträumen untergebracht, konnte sie 1867 in Klassenräume der I. Bürgerschule

---

[1]) AJRG: (Gesamtarchiv der deutschen Juden), B 2, pg. 33 (4. Juli 1859).

[2]) Die Satzungen wurden von der begründenden Versammlung am 10. Januar 1866 genehmigt.

übersiedeln, wo sie bis 1902 verblieb; von da an befand sie sich in der II. Bürgerschule. 1875 wurde in je 3, 1880 in je 5 Knaben- und Mädchenklassen unterrichtet; 1900 bestanden 17 Klassen, die von 648 Kindern besucht wurden, 337 Knaben und 311 Mädchen; 1914 bestanden 23 Klassen für 319 Knaben und 383 Mädchen.

Seither ist die ursprünglich einzige Religionsschule der Gemeinde dezentralisiert worden; neben der Hauptschule bestehen drei Zweigschulen: im Süden, im Westen und im Osten.

Weiterhin ist 1927 seitens der Gemeinde eine Religionsschule für den orthodoxen Teil der Gemeinde eingerichtet worden.

FRIEDHÖFE

Ein traurig stimmendes aber eindringliches Zeugnis für das Anwachsen einer Gemeinde sind ihre Friedhöfe. Nur wenige Gemeindemitglieder kennen heute noch den *ersten jüdischen Friedhof* Leipzigs, der versteckt *im Johannistal* neben der Sternwarte gelegen ist. Bekanntlich mußten die Juden in der Zeit, in der sie sich nur während der Messen in Leipzig aufhalten durften, die hier Verstorbenen außerhalb Leipzigs, meist in Dessau, bestatten. Langjährigen Bemühungen der Brodyer Juden gelang es 1815, die Genehmigung zur Anlage eines Friedhofes und einen Platz zu seiner Errichtung zu erlangen. Um das Zustandekommen dieser Einrichtung hatte sich ganz besonders auch der Dresdener Kaufmann M. Landau (Vater des sel. Oberrabbiners Dr. Landau) bemüht, der auch lange Zeit die zu seiner Unterhaltung erforderlichen Geschäfte führte. Als dann die Gemeinde entstanden war, leitete der Vorstand alsbald Verhandlungen ein, um den Friedhof in ihre Verwaltung zu übernehmen. Erst nach recht lebhaftem Kampfe — die Brodyer wollten ihre Rechte nicht preisgeben — kam es zu einer Verständigung (1849). Einer der ersten, die auf diesem Friedhof ihre Ruhe fanden, war der Begründer und Leiter einer Schule in Berlin, Dr. *Mose Bock,* der 1817 „auf einer Berufsreise vom Tode ereilt" wurde. Die Namen, die auf den Grabsteinen zu lesen sind, nennen jene Männer, die in der Kindheit unserer Gemeinde hier gelebt haben und am Gedeihen des jüdischen Lebens tätigen Anteil hatten: ein Vorsteher *Marcus Abraham* (gest. 1827). der langjährige Kantor *Ratzker* (gest. 1840), der sehr tätige Kaufmann *Adolf Bendix* (gest. 1850), *Samson Fleischl* u. v. A.; daneben begegnen, vor allem im ältesten Teile, viele Auswärtige, die bei vorübergehendem Aufenthalte verstarben, darunter auch ein Glied der berühmten Sadagoraer chassidischen Rabbinerfamilie *Friedmann.*

Schon wenige Jahre nach der Übernahme des Friedhofes leitete die Gemeinde Verhandlungen mit dem Leipziger Rat ein, um

durch eine Erweiterung für längere Zeit Vorsorge zu treffen (1851). Es verstrich mehr als ein Jahrzehnt, ehe sie ein Ergebnis zeitigten: eine Erweiterung im Johannistal kam nicht zustande; dagegen konnte ein Grundstück zur Anlegung eines neuen Friedhofes angekauft werden (1862), auf der heutigen *Berliner Straße.*

Mehr als 60 Jahre hindurch wurden hier die Toten unserer Gemeinde bestattet; viele um Juden und Judentum wie um Stadt und Vaterland hochverdiente Persönlichkeiten nennen die Grabmäler; wir müssen es uns versagen, ausführlich darüber zu berichten: der künftige Geschichtsschreiber unserer Gemeinde wird hier eine wertvolle Quelle auszuschöpfen finden. Hervorgehoben sei nur das vom Architekten *Wilhelm Haller* geschaffene *Ehrenmal,* das in dankbarer Erinnerung die Gemeinde auf dem Ehrenfriedhof für die im letzten Kriege Gefallenen hier errichtet hat.

Seit 1928 wird neben diesem zweiten ein *neuer Friedhof* benutzt, dessen Anlage und Baulichkeiten der Architekt *Wilhelm Haller* durchgeführt hat: schon durch sein räumliches und künstlerisches Maß ein Zeichen des Wachstums unserer Gemeinde.

STIFTUNGEN UND FÜRSORGE

Über der im Judentum stets hochbewerteten Liebestat an den Toten wurde nie die Fürsorge für die hilfsbedürftigen Lebenden vernachlässigt. Schon in den ersten Haushaltplänen nimmt der Posten „Almosen" fast ein Fünftel der gesamten Ausgaben ein, und hält sich lange in dieser Höhe. Wenn dann im Laufe der Jahre die seitens der Gemeinde als solcher erforderlichen Aufwendungen im Verhältnis sinken, so nur deshalb, weil der wohltätige Sinn von Gemeindemitgliedern, deren Berufstätigkeit von Erfolg gekrönt war, großzügige Stiftungen errichtet hatte, deren Erträgnisse zur Linderung aller Arten von Not beitrugen. Es war ein Ruhmesblatt unserer Gemeinde, jene Reihe von 48 Stiftungen, die in den Verwaltungsberichten bis zum Kriege aufgezählt werden konnten, und die ein Vermögen von mehr als einer Million Mark darstellten; darunter mehrere mit Kapitalien über 100 000 Mark. Hinzu kamen einige Stiftungen unter eigener Verwaltung, von denen hier die noch heute wirkenden genannt seien: die *Gesellschaft der Freunde* (einer der ältesten jüdischen Vereine mit Aufgaben der Wohltätigkeit), der israelitische *Frauenverein,* die *Mendelssohn-Stiftung,* der israelitische *Wohltätigkeitsverein* (durch Alphons Jacobson begründet) und der *Hilfsverein israelitischer Gewerbetreibender.* Leider haben die Stiftungen durch die Inflation ungemein gelitten. Dadurch und durch das Anwachsen der Not innerhalb der Gemeinde machte sich ein Ausbau der Gemeindefürsorge notwendig, in dem

Maße, daß diese heute einen umfangreichen, weitverzweigten Teil der Gemeindeverwaltung darstellt. Demgemäß mußten auch die dafür aufgewandten Gemeindemittel wiederum eine erhebliche Steigerung erfahren.

Daß der wohltätige Sinn innerhalb der Gemeinde nicht geschwunden ist, beweist die auch heute noch, trotz schwieriger Wirtschaftsverhältnisse, erfolgende Auffüllung entwerteter und Errichtung neuer Stiftungen, beweisen vor allem die hier aufrechterhaltenen und neu geschaffenen *Wohlfahrtseinrichtungen:* Die Einrichtungen des Wohltätigkeitsvereins (Altersheim, Speiseanstalt, Kinderhort, Kindererholungsheim Solbad Dürrenberg), Israelitischer Kindergarten, Israelitisches Krankenhaus (Eitingon-Stiftung), Kinderheim der Leipzig-Loge und das seiner Vollendung entgegengehende Ariowitsch-Altersheim.

Auch fromme Stiftungen sind im Laufe der 75 Jahre zu rituellen Zwecken wieder und wieder gemacht worden. Aus ihrer Fülle seien herausgehoben: Der *weiße Thoravorhang* (1857 gestiftet von Jekutiel Kaufmann zur Erinnerung an die Eheleute Louis Bendix), der *rote Thoravorhang* (1895, nach der 1894 erfolgten Renovierung der Synagoge, von den Frauen gestiftet) und der *blaue Thoravorhang* (1927 von den liberalen Frauen gestiftet). *Thoramäntelchen,* z. T. passend zu den entsprechenden Vorhängen. *Thoraschmuck:* bemerkenswert der Thoraschild, der vom Hamburger Tempel 1855 zur Einweihung gestiftet wurde. Die auf unseren Abbildungen wiedergegebenen *Kultgeräte:* Thorakronen, Kidduschbecher, Gewürzturm (Bsomimbüchse), Chanukkah-Leuchter (Stiftung von Geheimrat Sieskind-Sieskind zum Barmizwah-Tage seines Sohnes), Becher für Trauungen (gestiftet von Josef Garfunkel und Frau anläßlich der Vermählung ihrer Tochter) und viele andere sind fast durchweg solche frommen Stiftungen. Die Namen der Stifter werden in der Erinnerung der Gemeinde fortleben.

STELLUNG DER GEMEINDE ZUM GESAMTJUDENTUM

Der Skizze vom Bilde unserer Gemeinde würde ein wesentlicher Zug fehlen, wenn nicht auch der Tatsache Erwähnung geschähe, daß sie es nie hat an Anteilnahme am Leben der Juden anderer Städte und Länder fehlen lassen. So oft Unglücksbotschaften über Nöte und Leiden von Juden die Hilfsbereitschaft aller Juden in allen Ländern in Bewegung setzte, immer hat die Gemeinde das Ihrige dazu beigetragen. Zu einer Sammlung zugunsten der in Westrußland von Hungersnot heimgesuchten Juden brachten 1869 die hier lebenden Juden den größten Teil des Gesamtergebnisses von 2400 Taler auf, und es wurden weiter-

hin von einzelnen Gemeindemitgliedern für denselben Zweck Beiträge von ca. 700 Talern auf 3 Jahre gezeichnet. 1872 leisteten die Leipziger Juden für die in Persien von Hungersnot heimgesuchten Juden eine Hilfe von 820 Talern, und so fort bis in die neueste Zeit hinein.

In gleicher Weise fanden auch von hier aus Werke ihre tatkräftige Förderung, die aus jüdisch-kulturellen Bestrebungen aufgebaut wurden. So erhielt 1869 die Hochschule für die Wissenschaft des Judentums bei ihrer Gründung aus Leipzig als erster der deutschen Gemeinden Zeichnungen in Höhe von 500 Talern. Der gleiche Geist der Verbundenheit mit allen jüdisch-kulturellen Aufgaben beherrscht bis heute unsere Gemeinde. Und es ist ein recht beträchtlicher Anteil, den Mitglieder unserer Gemeinde — die Gemeinde als solche hat aus Steuermitteln immer nur in beschränktem Umfange dabei mitwirken können — an den jüdischen Gemeinschaftsaufgaben, zumal am Aufbau Palästinas, beisteuern.

Eine bedeutsame Rolle durfte unsere Gemeinde 1869 zur Zeit der *ersten jüdischen Synode* ausfüllen. Als erste unter den zur Teilnahme eingeladenen Gemeinden hatte sie die Beschickung der Synode zugesagt, und mit freudiger Bereitschaft übernahm sie es auch, die Synode hier aufzunehmen. Den Gemeindevorstand leitete bei dieser Zustimmung vor allem auch der Gedanke, daß auf diese Weise eine Gelegenheit zur Abhaltung eines israelitischen *Gemeindetages* bereitet würde, dessen Notwendigkeit er schon lange propagiert hatte. Es waren zwei glanzvolle Tagungen, die am 29. Juni in den Sälen des Hotel de Pologne mit einer begeistert aufgenommenen Begrüßungsansprache des hiesigen Rabbiners Dr. A. M. Goldschmidt, bzw. durch den Gemeindevorsteher M. Kohner eröffnet wurden. Die Anwesenheitslisten wiesen weitberühmte Namen auf, und die Ansprachen standen auf ungewöhnlicher Höhe. Als praktisches Ergebnis des Gemeindetages wurde die *Gründung des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes* beschlossen, der lange Jahre seinen Sitz in Leipzig hatte, und von Moritz Kohner, seinem Anreger, geleitet wurde. —

Die Leipziger Gemeinde braucht sich ihrer Vergangenheit nicht zu schämen. Sie hat ihre innere Bestimmung und ihre Stellung zum Ganzen immer getreulich erfüllt. Ihre Entwicklung hat sie andere Bahnen geführt als die, aus denen sie einst erstand: die Messen haben für das Gemeindeleben längst ihre Bedeutung eingebüßt.

In einem aber könnten auch für die Zukunft die Messen eine Richtung andeuten. Alljährlich zweimal versammeln sich hier

Tausende von Juden aus allen deutschen Städten und aus anderen Ländern: Unsere Gemeinde sollte dieses Zusammenkommen benutzen, um, wie einstmals, befruchtende Gedanken ins Judentum hineinzutragen, schwebende Fragen zu erörtern und zu klären, Anregungen zu geben, wie das gegenwärtige Judentum tiefer, ernster und schöner den kommenden Geschlechtern überliefert werden kann. *G. C.*

DER CHARAKTER DER LEIPZIGER GEMEINDE

VON DR. FELIX GOLDMANN

Auch eine jüdische Gemeinde unterliegt dem allgemeinen Gesetze, daß jedes Wesen, jede Organisation charakteristische Eigentümlichkeiten hat. Und wer seinen Blick nach Frankfurt a. M., nach Breslau, nach Hamburg wendet, wird unschwer ihr Besonderes, ihren Charakter beschreiben können. Jahrhundertelang bestehen sie, eine feste Tradition hat sich in ihnen herausgebildet, und die Menschen, die dort geboren werden, die von außerhalb her in die Städte wandern, werden seßhaft auch in den Überlieferungen der Gemeinde. Sie beugen sich ihrem Wesen, ihrem Geiste und fühlen sich als ihr Glied, berufen, die alte Tradition fortzusetzen und zu vererben.

Anders aber ist *Leipzig!* Begründet erst im 19. Jahrhundert, in einer Zeit, da die äußeren politischen Ereignisse, insbesondere der Kampf um die Gleichberechtigung, mehr den Juden formten und beschäftigten als die aus dem Judentum selber strömende Kraft, hat sie wohl den Anlauf genommen, eine *eigene Tradition* zu formen. Die Fülle von Menschen aber, die aus andersgeartetem jüdischem Milieu und aus fremder Kultursphäre in immer stärker werdendem Strome einwanderte, machte alle Ansätze zunichte. Sie fanden keine Tradition vor, der sie ehrfurchtsvoll sich beugen konnten, sie brachten ihre eigenen Überlieferungen mit, und da auch diese stark voneinander abwichen, entstand ein Nebeneinander und damit schließlich ein Durcheinander. So sehr die Menschen sich kulturell assimilierten, religiös und jüdisch klammerten sie sich an den Brauch der Heimat, und alte Gegensätze, die sonst nur literarisch oder bei gelegentlichem Zusammentreffen ausgefochten werden konnten, stießen hier auf engem Raume zusammen, unversöhnlich, ohne Kraft und Willen zum Ausgleich. Chassidim und Mißnagdim mußten miteinander leben; Littauer, Russen und Galizier begegneten sich tagtäglich. Und die Streitigkeiten schwiegen nur, wenn der Widerstand gegen den *gemeinsamen* Gegner, die *deutschen* Juden, die offizielle „Gemeinde" sie einte. Diese Deutschen waren aber auch nicht einheitlich, nicht altansässig, sondern oft noch später eingewandert als die Ausländer, auch sie gehörten verschiedenen Traditionskreisen an,

und so wies Leipzig in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts keine eigentliche Gemeinde im Sinne einer geistigen und jüdischen Zusammengehörigkeit auf, sondern lediglich eine große Ansammlung von Juden, die zu einer Einheit gar nicht zusammenschmelzen wollten. Und bis auf den heutigen Tag hat sich nur wenig daran geändert. Insbesondere der Zustrom in der Kriegs- und Revolutionszeit hat das seine dazu getan, um den Zustand chaotischen Durcheinanderwirbelns und Entstehens zu verlängern. *Eine Leipziger Gemeinde mit Tradition, innerem Halt und Ziel besteht noch nicht.* Die Leipziger Gemeinde ist erst im Werden.

Später als andere deutsche Länder hat Sachsen die *Judenemanzipation* durchgeführt, und bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts war Aufenthalt und Niederlassung den Juden verwehrt oder zum mindesten stark beschränkt. Die Leipziger Synagoge hat die Zeit der Rechtlosigkeit noch miterlebt. Ihr erster *Rabbiner, Adolf Jellinek,* durfte sich, wie einst Moses Mendelssohn einhundertundfünfzig Jahre früher in Berlin, in der Stadt nur darum aufhalten, weil er sich als — *Handlungsgehilfe* eintragen ließ; und die letzten Beschränkungen sind erst im Jahre 1869 durch das bekannte Grundgesetz des Norddeutschen Bundes, dem Sachsen beigetreten war, gefallen. Die Rechtlosigkeit wirkte natürlich ebenfalls hemmend auf die Entwicklung der Gemeinde, aber auch auf die Verschmelzung der einzelnen Teile, da die deutschen Bürger, die in ihrem Kampfe um die Erringung der staatsbürgerlichen Rechte ihre Gleichwertigkeit und ihre kulturelle Gleichartigkeit mit ihrer Umgebung beweisen wollten, einen deutlichen Strich zwischen sich und den Ausländern ziehen zu müssen glaubten.

Die Deutschen waren hauptsächlich aus *Anhalt* und aus *Hessen-Nassau* eingewandert. In ihren kulturellen und jüdischen Anschauungen neigten sie ganz nach dem deutschen *Westen.* Schlesische und Posener Juden, die ja aus dem Osten stammten und ihn und seine Menschen besser kannten, gab es gar nicht, und so war die Kluft zwischen Ost und West unendlich tief. Wohl assimilierten sich die ersten Einwanderer bald, wurden sächsische Bürger und oft recht tätige Mitglieder der Gemeinde, aber der Zustrom ließ nicht nach. Die sächsische Regierung, der man an sich gewiß übermäßige Jugendfreundschaft nicht nachsagen konnte, begünstigte ihn ja, weil die Juden einerseits für den Einfluß der *Messe* auf Osteuropa, für die *Verbindung mit Rußland* von ausschlaggebender Bedeutung waren und weil ja auch der *Rauchwaren- und Borstenhandel Leipzigs* auf den Osten und seine Juden angewiesen war. So nahm die Zahl der Ausländer, die sich in Leipzig niederließen, ständig zu, und die russischen Judenverfolgungen zusammen mit der stetig sich verschlechternden Wirtschaftslage

im Osten taten das ihre, um Leipzig zum Mittelpunkte der ostjüdischen Einwanderung in Deutschland zu machen. Seit fünfzig Jahren machen die Ausländer etwa Dreiviertel der Gemeinde aus.

Die *„Israelitische Religionsgemeinde"*, wie sie offiziell genannt wurde, war im Jahre 1846 gegründet worden, und sie nahm auf die damals schon zahlreichen Ausländer, die sich im wesentlichen mit der *Orthodoxie* deckten, nicht die geringste Rücksicht. Alle ihre Institutionen waren *liberal.* Ein liberaler *Rabbiner* wurde angestellt, der *Unterricht* wurde im liberalen Sinne erteilt, und selbst die *Chewra Kadischa* stand unter liberalem Einfluß. Als im Jahre 1855 eine Synagoge gebaut wurde, war es selbstverständlich, daß sie eine *Orgel* bekam, und daß der Gottesdienst nach liberaler Vorschrift verkürzt und geändert wurde. Umgekehrt wie in Berlin, Breslau und Frankfurt ging die Entwicklung vor sich. Während dort die Orthodoxie zuerst vorhanden war, und die Liberalen ihr in erbittertem Kampfe Zugeständnisse abringen mußten, gründete man in Leipzig eine liberale Gemeinde und kümmerte sich um die Bedürfnisse der Orthodoxen nicht im geringsten. Man war wohl *tolerant,* wie man damals eben die Toleranz verstand. Orthodoxe Ausländer durften den Gottesdienst besuchen, wenn sie sich mit der Orgel abfanden, sie durften ihre Kinder in den Religionsunterricht senden, wenn sie zuließen, daß sie ohne Kopfbedeckung hebräische Gebete übersetzten, sie konnten sich auf dem Friedhof der Gemeinde begraben lassen. Aber Toleranz in *höherem Sinne* übte man nicht. Man schuf keine Institutionen, die auch der Orthodoxe ohne *Gewissensbedenken* benutzen konnte, und man schloß den Ausländer von jeder *Bestimmung in Gemeindeangelegenheiten* schroff aus.

So schufen denn die Ausländer wenigstens im kleinen Rahmen ihre Einrichtungen — Gottesdienst, Unterricht und Schechita — selber, und die Verschiedenheit ihrer Herkunft drückte sich vor allem in der Fülle von kleinen Synagogen aus, die ursprünglich nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten gegründet wurden. Es entstand als älteste und festeste eine *Brodyer* Synagoge, die noch heute als Gebetstätte des Talmud Thora-Vereins existiert. Später rief man neben anderen bereits eingegangenen eine *Jassyer,* eine *Bochnia,* eine *Kolomea,* eine *Krakauer,* eine *Lemberger* Synagoge[1]) ins Dasein. Gewiß lag zu solchem Auseinandergehen auch ein sachlicher Grund vor, denn neben dem allgemeinen orthodoxen askenasischen Ritus besteht auch ein chassidisch-sefardischer. Aber hauptsächlich weist der Zustand auf die

[1]) Die *„Tiktiner* Schul" heißt aber nicht nach dem *Orte,* sondern nach ihrem *Gründer.*

Uneinigkeit der orthodoxen ausländischen und der ausländischen Kreise überhaupt hin. Und wenn es einen für die Leipziger Gemeinde charakteristischen Zug gibt, so ist es die seit Jahrzehnten wirkende Unfähigkeit der Ausländer, das Trennende zu überwinden und sich zur Vertretung ihrer Interessen zu einem Zweckverbande zusammenzuschließen.

Das sächsische Gesetz setzt die *Mitgliedschaft in der „Israelitischen Religionsgemeinde"* der *Zugehörigkeit zum Judentum gleich.* Wer aus der Gemeinde austritt, gilt als Dissident, und die Gründung besonderer unabhängiger Gemeinden, wie sie Preußen beispielsweise kennt, ist in Sachsen ausgeschlosssen, so daß es den Orthodoxen und den Ausländern unmöglich war, eigene Organisationen zu bilden. Die aus diesem Rechtszustand der offiziellen Gemeinde erwachsende *moralische* Pflicht, sich mehr um die Verhältnisse und Bedürfnisse des orthodoxen und ausländischen Teils zu kümmern, sprach um so dringender, als bereits vor dem Kriege, im Jahre 1914, die Zahl der jüdischen Seelen in Leipzig auf 10 000 angewachsen war, unter denen nur etwa 2500 die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. So bahnte sich allmählich ein Wandel der Gesinnung an. Die Aufhebung des *Schächtverbots* im Jahre 1911 gab den Anlaß zu einer ersten Änderung, indem auf dem Gebiete des Schächtwesens kleine Zugeständnisse gemacht wurden. Um den orthodoxen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, wurde im Jahre 1917 ein *orthodoxer Rabbiner* angestellt, dem später ein orthodoxer Dajan zur Seite gegeben wurde. Ihm wurde die Aufsicht über das Ritualwesen übertragen. Die bisherige *private* orthodoxe *Religionsschule* wurde von der Gemeinde übernommen und zur Unterhaltung der *Mikwe* ein erheblicher Zuschuß geleistet. Bei der Errichtung eines *neuen Friedhofs* im Jahre 1928 trug man orthodoxen Forderungen Rechnung, nachdem bereits früher die *Chewra Kadischa* durch Änderung ihrer Satzungen auch den gesetzestreuen Kreisen die Mitarbeit ermöglicht hatte. Prinzipiell ist auch die *Pflicht* der Gemeinde zur Errichtung *orthodoxer Gebetsstätten* anerkannt worden, so daß die erste Grundlage zur Bildung einer auch innerlich zusammengehörigen Religionsgemeinde, die Anerkennung aller religiösen Richtungen, geschaffen worden ist.

Auch *politisch* drängte das Ausländerproblem zu einer Lösung. Eigentlich Kämpfe bei den Wahlen zur Gemeindevertretung hatte man bis zur Revolution nicht gekannt. Erst als unter dem Drucke der politischen Verhältnisse das *Proportionalwahlrecht* an die Stelle der alten *Listenwahl* trat, zog in die Gemeindestube eine kleine Opposition ein, welche das *allgemeine Wahlrecht für alle Gemeindemitglieder,* Männer und Frauen, ohne Unterschied

der Staatszugehörigkeit verlangte. Die Freunde dieser Forderung machten geltend, daß Religion und die Angelegenheiten einer religiösen Gemeinde ganz unabhängig von Deutschtum und Ausländertum seien, daß zudem im Zeitalter der Demokratie jedes voll*verpflichtete* Glied der Gemeinde auch voll*berechtigt* sein müsse! Die Gegner des Ausländerwahlrechts wiesen einerseits darauf hin, daß die jüdische Gemeinde von der *Kultur ihrer deutschen Umgebung* in Aufbau, Organisation und Arbeit stark beeinflußt sei und daß eine Vorherrschaft von Ausländern — bei einem allgemeinen Wahlrecht sei in Leipzig eine solche sicher zu erwarten — diesen Charakter gefährden könne. Andrerseits fürchteten sie, daß bei dem Vorwiegen bestimmter politischer Tendenzen unter den Ausländern die Gemeinde unter ihrer Führung den in Deutschland üblichen Rahmen der Religionsgemeinde sprengen und sich zur Volksgemeinde erweitern könne. Nach heftigen Kämpfen konnte sich die Mehrheit der Notwendigkeit nicht entziehen, die Ausländer zur *verantwortlichen Mitarbeit* heranzuzuziehen, und auf dem Wege des Kompromisses wurde ihnen das Recht eingeräumt, etwa ein Viertel der Sitze der Gemeindeversammlung einzunehmen.

Der Abschluß dieses Kampfes um das Wahlrecht war der nächste Schritt zur *geistigen Konsolidierung* der Gemeinde und zur Aufnahme einer von allen Seiten geförderten Gemeindearbeit. Freilich wurden alle dahinzielenden Absichten und die ersten verwirklichten Ansätze dadurch zunichte gemacht, daß die *wirtschaftliche Verarmung* der deutschen Juden sich bei den eigentümlichen Verhältnissen der Leipziger Judenheit hier viel schwerer auswirkte als im übrigen Deutschland.

In Leipzig gab es — im Gegensatze zu allen anderen deutschen Gemeinden — schon vor dem Kriege ein *jüdisches Proletariat,* das sich — zumeist aus neu zugezogenen Ostjuden bestehend — vorerst durch wenig nutzbringenden Kleinhandel und gelegentliche Maklerdienste ernährte, bis es ihm gelang, im Rauchwarenhandel oder sonst im wirtschaftlichen Organismus unterzukommen und festen Verdienst zu erlangen. Als nun nach der scheinbaren Blüte der Inflationszeit die naturnotwendige Reaktion eintrat, als die Folgen der deutschen Niederlage, als vor allem der *Verlust des Ostens als Einfuhr- und Ausfuhrgebiet* sich geltend machten, traf der Niedergang Leipzig mehr als andere Städte, und in ihm besonders jene Gewerbe, an denen die Juden stark beteiligt waren. Den *Borstenhandel* vernichtete die Monopolpolitik Sowjetrußlands ganz, der *Rauchwarenhandel,* dessen Schwerpunkt sich während der Grenzsperre in den Kriegsjahren nach England und Amerika verlegt hatte, dessen Verbindung mit Rußland abgeschnitten war,

mußte sich umstellen und neue Absatzgebiete suchen. Und der ganze sächsische *Textilhandel* litt nicht nur unter der zurückgegangenen Kaufkraft in Deutschland, sondern durch das Fehlen eines Handelsvertrages mit Polen und mangelnde Konkurrenzfähigkeit mit den übrigen Versorgern des Weltmarkts. Innerhalb der an sich verarmten deutschen Judenheit, die ihr mobiles Kapital in der Inflation verloren hatte und überdies durch die auf Konzentration und Trustbildung gerichteten Wirtschaftstendenzen als ausgesprochene Mittelstandsschicht zermalmt wurde, hatten die Leipziger Juden ihrer Stellung im Wirtschaftsleben gemäß vielleicht am meisten zu erdulden, und die beste Absicht, nach der Einigung der Gemeinde mit vereinten Kräften jüdische Kulturarbeit zu verrichten, scheiterte an dem immer stärker werdenden wirtschaftlichen Elend, an der Notwendigkeit, soziale Arbeit und wieder soziale Arbeit zu leisten. Daß man in früheren Jahren infolge der Zersplitterung keine *großzügigen Organisationen und Anstalten* zur Linderung von Not hatte schaffen können, rächte sich nun bitter, und erschwert wurde die Lage dadurch, daß der größte Teil der Hilfsbedürftigen Ausländer waren, für die der Staat nur zögernd und unvollständig sorgte, die sich selber aus Furcht vor der Ausweisung unter allen Umständen an die *Hilfe der Gemeinde* klammerten!

Die Folgen der geschichtlichen Entwicklung, die eine fast ununterbrochene Kette von Schwierigkeiten darstellt, offenbaren sich in dem Bilde, das das eigentliche Gemeindeleben bietet. Die *Indifferenz* den Aufgaben der Gemeinde gegenüber ist heute noch groß, und nur mit Mühe gelingt es, die geeigneten ehrenamtlichen Arbeitskräfte für die verschiedenen Gebiete der Gemeindetätigkeit heranzuziehen. Besonders fällt dabei auf, daß im Gegensatz zu anderen Orten die jüdischen *Akademiker* — obwohl viele von ihnen in der großen jüdischen Politik und bei Forderungen der jüdischen Gesamtheit sich betätigen — für die eigentlichen Gemeindeaufgaben kaum Interesse haben. Von den vielen Juden insbesondere, welche im Laufe der Zeiten an den zahlreichen Leipziger wissenschaftlichen Instituten gewirkt, den Behörden als Beamte angehört haben, hat wohl nur einer — der im Jahre 1922 verstorbene Rektor der Handelshochschule Professor *Abraham Adler* — in der Gemeinde treu mitgearbeitet.

Ganz schwach entwickelt ist auch das jüdische *wissenschaftliche* Leben. Alle Organisationen, die seiner Pflege sich widmeten, der Verein für jüdische Geschichte und Literatur, die Volkshochschulkurse sind aus Mangel an Beteiligung wieder eingegangen. Auch die Mitarbeit an den großen umfassenden Aufgaben des Judentums ist nur gering. Eine Ausnahme macht nur das *Palästina-*

werk, das in zionistischen und nichtzionistischen Kreisen starke Förderung erfahren hat. Das Vereinsleben, dem eine besondere Betrachtung in diesem Buche gewidmet ist, sonst der Mittelpunkt jüdischer Gemeindearbeit, weist wenig Kraft und Aktivität auf. Nur dort, wo es um *politische* oder *soziale* Probleme geht, herrscht Eifer. Die Sorge um die materielle Existenz und um die durch den Judenhaß gefährdete rechtliche Stellung des Juden ist so groß, daß nichts anderes gegen sie aufkommt. Die Aufrechterhaltung der Gemeindeinstitutionen, der geistigen, der religiösen und der sozialen ist zu der Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, derart gefährdet, daß es fast unmöglich erscheint, der Mehrung religiösen Geistes, der Förderung der Wissenschaft und sonstiger idealer Tat Kräfte zuzuwenden.

Es ist kein übermäßig erfreuliches Bild, das der Querschnitt durch die Zeit ergibt. Wer freilich das Werden der Leipziger Gemeinde verfolgt hat, wird nicht nur verstehen, wie sich die Verhältnisse entwickelt haben, sondern ihm wird auch um die Zukunft nicht bange sein. Leipzig ist eine *junge* Gemeinde, und die Bedeutung der Jugend liegt nicht in ihrer *Leistung,* sondern in ihrer *Kraft* und in ihrem Willen zur Verwirklichung. Die Leipziger Gemeinde ist im Werden, und man spürt, daß die allenthalben verspürbare Wiedererweckung des Sinnes und der Begeisterung für das Judentum auch in ihr, insbesondere in ihrer heranwachsenden Generation, zu wirken beginnt. Wenn die kommenden Jahre durch eine Verminderung der Gegensätze zwischen Ost und West Frieden bringen und den Boden für fruchtbare Arbeit bereiten, wenn die politischen Wirren in Deutschland weichen und eine feste und sichere Grundlage für den Wiederaufbau geschaffen worden ist, wird die Leipziger Gemeinde aus der Kraft ihrer Jugend positive Werte schaffen, dem Judentum zur Ehre! Und das Bild, das ein anderer Chronist in fünfundzwanzig Jahren beim *hundertjährigen Jubiläum der Synagoge* vom Charakter der Leipziger Gemeinde entwerfen kann, wird schöner, abgeklärter und noch zukunftsfreudiger sein!

WOHLFAHRTSWESEN UND VEREINE DER LEIPZIGER GEMEINDE

VON DR. FELIX GOLDMANN

An anderer Stelle ist das Werden und das Wesen der Leipziger Gemeinde geschildert worden; und aus der dort gegebenen Darstellung wird es begreiflich, daß Wohlfahrts- und Vereinswesen in unserer Gemeinde noch in der Entwicklung begriffen sind und

jene Höhe noch nicht erreicht haben, die andere Gemeinden von gleicher und kleinerer Seelenzahl auszeichnet.

Aus der Art, wie die Gemeinde entstand, ergibt sich, daß, um zunächst das *Wohlfahrtswesen* zu betrachten, von einer rechten Systematik keine Rede sein konnte. Die Anstalten verdankten meist den besonderen Wünschen und Arbeitsgebieten ihrer Stifter und nicht den Notwendigkeiten des jüdischen Lebens ihre Entstehung. Bis zum Anfange des Jahrhunderts gab es überhaupt keine Institute, und alles, was geleistet worden ist, entstand in den letzten dreißig Jahren.

Alfons Jacobson — eng mit der Geschichte der Gemeinde verknüpft lebt sein gesegneter Name fort — war der erste, der Wohlfahrtseinrichtungen schuf. In einem Hause der Nordstraße gründete er ein *Altersheim,* das etwa ein Dutzend Insassen aufnehmen konnte, einen *Kinderhort* zur Versorgung der Schuljugend, deren Eltern beruflich beschäftigt waren, und eine *Volksküche.* Den engen Verhältnissen des Hauses entsprechend, waren die Einrichtungen klein; als ein Beginn waren sie gedacht, der auch, wären Krieg und Revolution nicht dazwischen gekommen, weiter ausgebaut worden wäre. Immerhin konnte dem Kinderhort ein *Ferienerholungsheim* im *Solbade Dürrenberg* angegliedert werden, das im Laufe des Sommers fast einhundertundfünfzig Kindern Aufnahme gewährt, und im Anschluß an die Volksküche wurde vom Schwesternbunde der Leipzig-Loge ein *Studentenmittagstisch* gegründet, der bald zu einem allgemeinen *Mittelstandstisch* erweitert wurde.

Der Fürsorge für *Kinder* dienten zwei weitere Anstalten. Die *Leipzig-Loge,* ein Zweig des Ordens *B'ne B'riß,* errichtete ein *Kinderheim,* das ursprünglich nur als Unterkunft für die Kinder der in Leipzig zahlreichen — die ganze Woche abwesenden — Hausierer gedacht war, das aber bald zu einem *Waisenhaus* ausgebaut wurde. Ebenso wurde ein *Kindergarten* gegründet, der einem dringenden Bedürfnis entsprach. Die Zahl von etwa fünfzig Kindern, die er aufnehmen kann, wird auch nicht einem Bruchteil der Notwendigkeiten gerecht.

Für die jüdischen *Kranken* begann man erst vor wenig mehr als zehn Jahren zu sorgen. In einer Etage des Hauses König-Johann-Straße 19 wurde ein *Krankenheim* mit etwa fünfundzwanzig Betten eingerichtet, das segensreich wirkte, bis es durch das im Jahre 1928 eingeweihte *Eitingon-Krankenhaus,* das achtzig Betten umfaßt und auch eine chirurgische Abteilung besitzt, ersetzt wurde. Das Krankenhaus ist eine Stiftung des Leipziger Kaufmanns *Chaim Eitingon* und seiner Familie. Ebenso stiftete die Familie *Ariowitsch* ein *Altersheim,* das

in die Verwaltung des *Sächsischen Israelitischen Gemeindebundes* übergehen wird. Das Gebäude ist zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, bereits fertig, die Einweihung ist aber noch nicht erfolgt.

Noch später hat man Einrichtungen für *produktive* Fürsorge geschaffen, so daß diese noch in ihren ersten Anfängen steckt. Eine *Spar- und Kreditbank* will den kleinen Gewerbetreibenden Darlehen gewähren. In gleicher Weise wirkt die von der Israelitischen Religionsgemeinde eingerichtete *Darlehnskasse.* Bei dieser Gelegenheit muß die *Fürsorgeabteilung* der Gemeinde überhaupt als wichtigste Wohlfahrtsorganisation erwähnt werden, sorgt sie doch in einer außerordentlich ausgedehnten und vielseitigen Arbeit für alle Gebiete, für die andere Institutionen nicht vorhanden sind. Fügt man noch hinzu, daß eine — freilich nur mit einer Schwester besetzte — *Station für Hauspflege* vorhanden ist, die von der *Leipzig-Loge* unterhalten wird, so ist die Zahl der Wohlfahrtsinstitutionen, soweit sie selbständig sind, erschöpft.

Groß ist die Anzahl der *Vereine.* Auch von ihnen sind die meisten, eine Folge der Entwicklungsgeschichte der Gemeinde, erst im 20. Jahrhundert gegründet worden. Aus früherer Zeit stammen nur neben der *Gesellschaft der Freunde* der *Israelitische Frauenverein,* die *Chewra Kadischa,* die freilich nie, wie in anderen Gemeinden, der allgemeinen Wohltätigkeit sich zuwandte, sondern sich streng an den Dienst für Kranke und Dahingeschiedene hielt, der *Talmud-Thora-Verein,* der lange Zeit für den orthodoxen Religionsunterricht sorgte und heute noch zusammen mit dem aus ihm hervorgegangenen *Synagogenverein Ez Chajim,* zwei orthodoxe Synagogen unterhält, und der *Hilfsverein Israelitischer Gewerbetreibender.*

Drei Gruppen von Vereinigungen sind damit in wichtigen Repräsentanten genannt: *religiöse, wohltätige* und *gesellige* Organisationen. Sie alle haben im Leben der Leipziger Gemeinde entscheidende, oft lebensnotwendige Funktionen erfüllt. Die religiösen Vereine freilich sind entstanden und wieder vergangen, wie es nun einmal bei der in viele Splitter zerfallenden Orthodoxie Leipzigs kaum anders möglich war. Heute wirkt noch der *„Jüdische gesetzestreue Verband",* der das Ritualbad und die Religionsschule „Ahawas Thora" unterhält, sowie der *Verein „Mischnajis",* dem eine Synagoge mit chassidisch-sefardischem Ritus untersteht. Ein Gotteshaus unterhält auch der Verein *„Ohel Jakob".* Ortsgruppen der großen religiösen Verbände, wie der *Agudas Jisroel,* der *Vereinigung für das liberale Judentum,* des *Schomre Schabbos-Weltverbandes* existieren ebenfalls.

An der Spitze aller Wohlfahrtsvereine steht der seit mehr als

vierzig Jahren bestehende *Hilfsverein Israelitischer Gewerbetreibender,* ein Verein auf Gegenseitigkeit mit einem Ausgabenetat, der halb so groß ist wie der der offiziellen Gemeindefürsorge. Er hat eine Darlehnskasse für seine Mitglieder, veranstaltet alljährlich im Winter eine Beschenkung für etwa 400 Kinder, gewährt in Fällen von Not und Krankheit Unterstützung und gibt eine Monatsschrift heraus. An den Feiertagen hält er auch orthodoxen Gottesdienst ab. Der Krankenfürsorge dient noch der Verein *„Bikkur Cholim"*, der auch eine Darlehnskasse besitzt. Kleinere Vereine sind der *Verein für Krankenpflege „Esras Chaulim"*, der *Wohltätigkeitsverein „Rasche Hilfe"*, welcher sich hauptsächlich mit Brautausstattung befaßt, und der *Verein Linas Hazedek.* In Ergänzung der *Durchwandererkasse der Gemeindefürsorge* wirkt der *Verein Hachnossas Aurchim, der* fremden durchreisenden Juden Unterkunft und Verpflegung gewährt. Einer Sonderaufgabe, der Fürsorge für *Studenten,* dient die *Jüdische Studentenhilfe.* Demselben Zwecke werden auch die Zinsen aus dem kleinen der *Mendelssohn-Stiftung* verbliebenen Kapitale zugeführt.

Dem geselligen und gesellschaftlichen Zusammenschluß dienen neben der bereits erwähnten *„Gesellschaft der Freunde"* noch die *Leipzig-Loge,* die auch das Kinderheim und die Gemeindeschwesternorganisation unterhält, und der Verein *Casino.* Der Leipzig-Loge ist ein *Schwesternbund* angegliedert, der die *Mittelstandsküche* betreibt und in den Krankenanstalten *Fürsorgedienste* leistet. Auch die *studentischen Bünde* mit ihren *Altherrenschaften* dienen neben ihren religiösen und politischen Sonderzwecken dem geselligen und freundschaftlichen Zusammenschluß. Das *Kartell Jüdischer Verbindungen* ist Nachfolger des bereits vor 35 Jahren gegründeten *Vereins Jüdischer Studenten.* Dem K. C. gehört die *Verbindung Saxo-Bavaria* an, der orthodoxe *Bund jüdischer Akademiker* hat in Leipzig einen Stammtisch, und den wissenschaftlichen, geselligen, aber auch wirtschaftlichen Bedürfnissen, insbesondere der aus dem Auslande stammenden Studierenden wird der *Jüdische Studentenverein* gerecht.

Auch *politische* Vereine weist Leipzig auf. Dem Gemeindeleben widmen sich die Ortsgruppen der *Vereinigung für das liberale Judentum* und der *Jüdischen Volkspartei.* Neben ihnen stehen als Vertreter des nationaljüdischen Gedankens die *zionistischen* Verbände, die *Zionistische Vereinigung,* die *Zionistische Föderation Misrachi* und die *Poale Zion.* Sie unterhalten ein *Palästinaamt,* und angegliedert sind ihnen Zweige des *Keren-Hajessod,* des *Jüdischen Palästinawerkes,* und des *Keren Kajemeth Lejisrael,* des *Jüdischen Nationalfonds.* Dem Kampf gegen den Antisemitismus und der Durchführung der Gleichberechtigung widmet sich der *„Centralverein*

deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", dem eine studentische Ortsgruppe angeschlossen ist, und dessen Syndikat für den Freistaat Sachsen in Leipzig seinen Sitz hat. Zu den politischen Vereinen dürfen auch die Ortsgruppe des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten* und seine Parallelorganisation, der *Bund jüdischer Frontsoldaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee* gezählt werden. Politischen Zielen dient auch die *Jüdische Arbeitergemeinschaft.*

Eine besondere Abteilung bilden, obwohl sie eigentlich auf die Gruppen der politischen, wohltätigen und geselligen Vereinigungen aufgeteilt werden müßten, die *Frauenorganisationen.* Neben dem bereits erwähnten *Schwesternbund der Leipzig-Loge* gibt es als ältesten den *„Israelitischen Frauenverein"*, der sich der allgemeinen Fürsorge bei Frauen widmet. Zur Unterstützung bedürftiger Wöchnerinnen und zur Säuglingspflege hat sich der *Frauenverein „Ruth"* gebildet, der eine *Säuglingsschwesternstation* unterhält. Der politischen Seite der Frauenfrage wie auch der Fürsorge für heranwachsende Mädchen widmet sich der *Jüdische Frauenbund,* der auch der geistigen Fortbildung seine Aufmerksamkeit zuwendet.

Sonstige, der geistigen Seite des jüdischen Lebens dienende Organisationen existieren nicht, nachdem der *Verein für jüdische Literatur* seit Jahren seine Tätigkeit eingestellt hat. Nur als Nebenaufgabe anderer Vereine geschieht etwas für die Verbreitung der Kenntnis der jüdischen Wissenschaft und Geschichte. Neben dem Frauenbund und den Jugendorganisationen lassen auch die politischen Vereinigungen belehrende Vorträge halten, und die Zionistische Vereinigung unterhält eine *Jüdische Lesehalle und Bibliothek.*

Halb dem gemeinnützigen Zwecke der Unterstützung der Mitglieder, halb der Vertretung von Berufsinteressen dienen der *Verein selbständiger Handwerker jüdischen Glaubens* und die *Wirtschaftsvereinigung selbständiger jüdischer Handwerker zu Leipzig.* Denselben Zielen strebt auch der *Verein jüdischer Reisender* nach.

In großer Fülle sind schließlich noch *Jugend- und Sportvereine* aller Art vorhanden. Neben dem *Jüdischen Jugendbund,* der aus dem alten *Theaterverein* hervorgegangen ist, gibt es freilich sonst nur Organisationen, die auf *parteimäßiger* Grundlage sich zusammengeschlossen haben, Den *orthodoxen* Standpunkt vertritt die *Esra, Jüdische Jugendgemeinschaft. Deutsch-jüdisch* sind eingestellt der *Deutsch-Jüdische Wanderbund „Kameraden"* und die *Deutsch-Jüdische Jugendgemeinschaft.* Abgesehen von einer *Gemeinschaft jüdischer marxistischer Jugend,* die rein politisch orientiert ist, gehören alle anderen der nationaljüdischen Richtung an.

Wanderbünde dieser Richtung sind der *Jung-Jüdische Wanderbund* und der *Bund Jüdischer Pfadfinder „Kadimah"*. Dem Sport widmet sich der *Jüdische Turn- und Sportverein „Bar Kochba"*, der auch eine Boxabteilung unterhält. Der Vorbereitung auf das Land Palästina gilt die Arbeit von *Hechaluz* und mit geistigen Fragen befaßt sich der *Jung-Jüdische Club*. Auch die orthodoxe, zionistische Jugend ist im *Zeïre Misrachi*, der *Misrachijugendgemeinschaft* vereint. Die meisten Jugendvereine sind im *„Jüdischen Jugendring"* zusammengeschlossen, die *nationaljüdischen* Bünde haben außerdem in der *Arbeitsgemeinschaft jüdischer Jugendorganisationen* ihren Mittelpunkt. Außerhalb des Jugendrings stehen die *gesetzestreuen* Jugendorganisationen, die *Agudas-Jisroel Jugendgruppe* und die *Agudas-Jisroel Mädchengruppe*.

Fast ein halbes Hundert von jüdischen Vereinen dürfte die jüdische Gemeinde in Leipzig mit ihren 13 000 Seelen zählen, eine große Zahl, wenn man sie beispielsweise mit den Vereinen einer gleichstarken katholischen Kirchengemeinde vergleicht. Die große Fülle ist aber weder ein Beweis von Leben noch von Kraft. Mit voller Absicht sind hier Urteile über Bedeutung und Wirksamkeit der Vereine und auch der Wohlfahrtsorganisationen unterblieben; aber jeder Kenner des jüdischen Lebens unserer Stadt weiß, daß von den vielen, vielen Vereinen nur wenige blühen und arbeiten, daß viele dahinsiechen, manche nur auf dem Papier existieren. Auch darüber, ob nicht dieser und jener Verein einem Bedürfnis nicht mehr entspricht, soll nichts gesagt sein. Daß es dagegen so manche Aufgabe gibt, der trotz ihrer Menge die Leipziger Organisationen nicht gerecht werden, ist ein offenes Geheimnis.

Es scheint, als ob überhaupt die Zeit vorübergeht, da man bei der durch das Vereinswesen betriebenen Wohlfahrt alles Heil in der *Dezentralisation* sah. Gewiß hat sie ihren Nutzen. Sie zieht eine Fülle von Kräften heran, verbindet viel mehr Einzelpersönlichkeiten mit einem Werke, als es die zentralisierte Arbeit vermag. Aber auf der anderen Seite wirtschaftet es sich in der Zusammenfassung viel sparsamer und rationeller. So geht denn im deutschen Judentum, das fraglos durch die Überfülle an Organisation leidet, das Bestreben dahin, die Anstalten und großen Wohlfahrtswerke möglichst den Gemeinden und den Gemeindeverbänden zu unterstellen, die Wohlfahrtsvereine aber in Zentralstellen zusammenzufassen, die sparsame Verwaltung, intensive Propaganda und gerechte Verteilung garantieren.

Was aber die Fülle der sonstigen Vereine, insbesondere der Zusammenfassungen der Jugend anbetrifft, so ist ihre große Anzahl noch viel weniger ein Zeichen von Kraft. Sie spiegelt nur die

Uneinigkeit wieder, die im deutschen Judentum so verderblich wirkt, sie ist oft nur das Resultat von Partikularismus und Rechthaberei. Und zu der jüdischen Untugend des übertriebenen Individualismus und Intellektualismus gesellt sich als Assimilationsprodukt die deutsche Unsitte der Vereinsmeierei.

Diese Betrachtungen wollen nicht nur beschreiben und registrieren, auch Hoffnungen geben sie Ausdruck. Und der erste Wunsch für die kommende Entwicklung des Leipziger Wohlfahrtswesens gipfelt darin, daß nach einem gewissen *System* gearbeitet werde. In unseren Betrachtungen über Fürsorge spielt das Wort „produktiv" eine gewaltige Rolle. Produktivität bedeutet aber lediglich die Heranbildung lebenstüchtiger Menschen, deren Fähigkeiten so entwickelt werden, daß sie in das Leben sich einfügen. Und die Wohlfahrtseinrichtungen nach dieser Richtung hin auszubauen, alles das zu schaffen, was ein starkes und frohes Geschlecht heranwachsen läßt, für körperliche Kraft, verständige Berufsberatung, zweckdienliche Berufsausbildung der Jugend, für Arbeitsgelegenheit, Stützung der kleinen Existenzen in weitestem Maße Sorge zu tragen, ist die Aufgabe, deren sich alle annehmen müssen, die nicht nur mit dem guten Herzen Fürsorge treiben. Die Hilfe für Arme und Kranke, für Gebrechliche und vom geraden Wege Abgeirrte in allen Ehren! Aber auch das Leben, das gesunde und kraftvolle Leben bedarf der Leitung und der Hilfe. Und bei dem wirtschaftlichen Niedergange der deutschen Juden, bei der Fülle von Problemen, die die Existenzfrage bietet, gewinnt die Pflicht zur systematischen, produktiven Fürsorge erhöhte Bedeutung.

Im *Vereinswesen* ist aber Gesundung und Blühen nur zu erwarten, wenn uns recht bald ein *Gemeindehaus* beschert wird. Die Zeiten haben sich geändert; einst war Mittelpunkt der Gemeinde das Lehrhaus und die Synagoge, heute ist es das Gemeindehaus, das alle Vereine und Institutionen aufnimmt, das Versammlungs- und Klubräume, Lesezimmer und Bibliothek aufweist, in dem die Gemeindeverwaltung untergebracht ist, das ein Heim für alle Vereinigungen und alle Mitglieder der Gemeinde darstellt. In allen Städten, die solche Gemeindehäuser besitzen, wird ihr materieller und ideeller Segen gerühmt. Und zumal für unsere Jugendvereinigungen tut uns ein wirkliches Heim bitter not, Ganz abgesehen davon, daß bei den bitteren Wohnungsverhältnissen von heute so viele Hunderte junger Menschen in Café und Kneipe, auf den Tanzboden und ins Kino getrieben werden, für die das Gemeindehaus mit dem Jugendheim eine unendliche Wohltat wäre, ist nichts so geeignet, eine Annäherung der einzelnen Glieder der Gemeinde, einen Ausgleich zwischen den sozialen Schichten herbeizuführen und wirkliches Gemeinschaftsleben zu begründen. Ohne

ein solches Haus ist eine Gesundung und Kräftigung des Vereinslebens, ein wirklicher Fortschritt, nicht zu erwarten.

Und der historische Rückblick schließt mit einer Frage: Zwei uneigennützige Wohltäter haben sich in unserer Gemeinde ewigen Ruhm und Ehre bereitet, indem sie für die *Kranken* und die *Alten* sorgten. Die Namen *Eitingon* und *Ariowitsch* werden in unserer Mitte stets zum Segen genannt werden! Wer sorgt nun für die *Gesunden* und die *Jungen*? Wer ist der dritte große Freund der Judenheit, der Wohltäter, der uns das *Gemeindehaus* stiftet?